

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: 3.50 RM. monatlich 1.10 RM.
 Vierteljährlich 3.00 RM. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 RM. des Monats.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Ausschluss für
 Deutschland und Österreich: Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Besprechungs-Artikeln 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengelände und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Insetale für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 10. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wem verdanken die linksliberalen Gruppen ihre Mandate?

Die linksliberalen Gruppen haben im neuen Reichstage 49 Sitze inne, davon die Freisinnige Volkspartei 27, die Freisinnige Vereinigung 14, die Süddeutsche Volkspartei 7. Als wildliberal gilt der Inhaber des Sonneberger Mandats. Von diesen 49 Mandaten haben die notdürftig „geernteten“ Linksliberalen 10 bei der Hauptwahl erobert. 1903 haben die drei linksliberalen Fraktionen bekanntlich kein einziges Mandat in der Hauptwahl erobert. Wodurch war es diesmal möglich, daß die Linksliberalen im ersten Rennen zehn Mandate gewannen? Haben sie wieder soviel „eigene Kraft“ entwickelt? Keine Spur. Die gewonnenen zehn Mandate fielen den Linksliberalen bereits am 25. Januar zu, weil in den betreffenden Kreisen die Rechtsparteien im Gegensatz zu 1903 keine Kandidaten aufstellten. Die Freisinnigen haben, wie in Nr. 40 des „Vorwärts“ nachgewiesen ist, durch Verzicht auf freisinnige Kandidaten bei den Hauptwahlen der Reaktion elf Mandate zugeschanzt.

Die von den Linksliberalen im ersten Gange gewonnenen 10 Mandate sind dafür nur die Gegenleistung der Reaktion. Es brachten 1903 auf in

Deffau	die Nationalliberalen	5704 Stimmen
Reinigen	„	3801
Sof	„	7578
Neutlingen	„	4744
Göppingen	„	3725
Reich	„	9458
Königsberg	die Konservativen	3213
Breslau W.	„	8180
Sonneberg	Reichspartei	2716

In Halle (Saale) stand 1903 dem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei ein Kandidat der Freisinnigen Vereinigung gegenüber, der auch von den Konservativen und Nationalliberalen unterstützt wurde und 9431 Stimmen erhielt. Am interessantesten sind die Verhältnisse in Breslau-West und in Raumburg-Zeit. In Breslau-West erhielt der freisinnige Kandidat 1903: 6594 und der konservative Kandidat 8190 Stimmen. Trotzdem durfte der Freisinnige Volksparteiler 1907 Sammellandidat des Göttenblutens sein, weil die Freisinnigen dafür in Breslau-Ost gegen den konservativen Fürsten Hahfeld auf die Aufstellung eines liberalen Kandidaten verzichteten. In Raumburg-Zeit wurden für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien 1903 abgegeben 6403 freikonervative, 9458 nationalliberale und 0 freisinnige Stimmen! 1907 siegte der freisinnige Volksparteiler aber als alleiniger Kandidat des konservativ-nationalliberal-freisinnigen Wismars im ersten Gange! Von Parteiprinzipien und Parteiprogrammen haben mindestens 99 Proz. der bürgerlichen Wähler keine Ahnung.

Wie in Nr. 38 des „Vorwärts“ nachgewiesen ist, haben die Freisinnigen in den Stichwahlen den Rechtsparteien 32 Mandate zugeschanzt. Was war hier die Gegenleistung? Die Antisemiten halfen in Stettin, in Lauenburg und in Lennep dem dieberischen Freisinn. Sie gaben dem Freisinn drei Mandate und verdanken selbst der freisinnigen Hilfe nicht weniger als sechs. Im politischen „Geschäft“ sind die Antisemiten dem Freisinn also über. Vier Mandate lieferten die Konservativen dem Freisinn in der Stichwahl aus, nämlich Danzig, Plauen, Görlitz und Oldenburg I. (Berlin I und Hirschberg, die auch in der Stichwahl vom Freisinn erobert wurden, lassen wir bei dieser Betrachtung aus, da hier der Freisinn vor den Sozialdemokraten einen Vorsprung hatte, der die reichlich gewährte Hilfe der Rechtsparteien nicht als zum Erfolge unbedingt notwendig erscheinen läßt.) Der Bund der Landwirte lieferte dem Freisinn drei Mandate aus, nämlich Zittau, Bremen und Erlangen, der Süddeutsche Bauernbund I, nämlich Ulm. Den Nationalliberalen verdankt der Freisinn in der Stichwahl drei Mandate, nämlich Pinneberg, Feber und Nordhausen. Endlich haben Nationalliberale, Antisemiten und das Zentrum gemeinsam Frankfurt a. M. den Linksliberalen ausgeliefert. Die Rechtsparteien gaben also den Linksliberalen in der Stichwahl 15 Mandate und erhielten dafür 32 Mandate!! Die Linksliberalen haben durch die Unterstützung nicht nur ihre Prinzipien verraten und ihre politische Ehre verkauft, sondern sie sind auch noch die Gemeinlichen bei diesen politischen Schachergeschäften. Die beiden Mandate für Hagen und Iserlohn erhielten die Freisinnigen, weil die sogenannten besseren Katholiken in der Stichwahl den liberalen Kandidaten dem Sozialdemokraten vorzogen, während die kleinen Leute sozialdemokratisch wählten. (In beiden Kreisen hatten übrigens die Nationalliberalen 1907 keine Kandidaten aufgestellt, während 1903 in Hagen 5786 und in Iserlohn 7440 nationalliberale Stimmen abgegeben wurden.)

Die übrigen 20 von insgesamt 49 Mandaten verdanken die Linksliberalen der sozialdemokratischen Unterstützung. Die Freisinnige Vereinigung hat von 14 Mandaten 10 nur mit sozialdemokratischer Hilfe erobert, nämlich Ueder-

münde, Greifswald, Parchim, Hagenow, Glogau, Schweinitz, Plön, Detmold, Balde und Heilbronn.

Die Freisinnige Volkspartei hat von 27 Mandaten 7 mit sozialdemokratischer Unterstützung gewonnen, nämlich Bunzlau, Liegnitz, Jauer, Löwenberg, Stralsund, Tondern und Schleswig. In Niederschlesien hat die gehässige Kampfweise des Freisinn den Freisinnigen bekanntlich den Verlust des Saganer Mandats gebracht. Auch im Löwenberger, Bunzlauer und Liegnitzer Kreise enthielt sich ein Teil der Sozialdemokraten der Stimme in der Stichwahl. Aber selbst ein Knops hätte nie gewählt werden können, wenn nicht ein Teil der Sozialdemokraten für ihn gestimmt hätte.

Die Süddeutsche Volkspartei verdankt von 7 Mandaten 3 der sozialdemokratischen Stichwahlunterstützung, nämlich Balingen, Nagold und Freudenstadt.

Bei unseren Betrachtungen haben wir Mühlhausen in Thüringen außer Betracht gelassen, obwohl es gleichfalls am 5. Februar mit sozialdemokratischer Hilfe für den Freisinn erobert wurde, denn Mühlhausen hat ja Herr Eichhoff inzwischen durch seinen Mandatsverzicht dem Bunde der Landwirte in die Hände gespielt.

Wenn die Linksliberalen vierzig Prozent ihrer Mandate der Sozialdemokratie verdanken, so haben sie alle Ursache, endlich so verlogene Redensarten beiseite zu lassen, wie z. B. die abgedroschene Phrase, die Sozialdemokratie hätte die Reaktionäre unterstützt habe.

Deutschlands Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Der amerikanische Volkshater in Berlin, Charle-magne Tower, hat auf einem von der „New Yorker Staatszeitung“ veranstalteten Bankett im Manhattanclub eine lange Rede über die guten Beziehungen zwischen Deutschland und dem nordamerikanischen Freistaat gehalten, die von dem Wolffischen Telegr.-Bureau in einem 3/2 Spalten langen Telegramm veröffentlicht wird. Von der langen Rede, die sich über alles Mögliche verbreitete, kommen als politisch wichtig nur die Ausführungen über die Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Union in Betracht; Charlemagne Tower sagte:

Die wichtigste Transaktion, welche die amerikanische Regierung kürzlich mit Deutschland hatte, betrifft unsere Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reiche und die Schaffung einer Grundlage, auf der wir unseren kommerziellen Verkehr in Zukunft fortsetzen sollen. Mehrere Jahre hindurch erstreuten sich die Vereinigten Staaten infolge der erzielten Vereinbarung und unter der Weisbegünstigungsklausel gewisser Handelsprivilegien, welche das Deutsche Reich den europäischen Mächten durch verschiedene Verträge einräumte: Amerikanische Waren kamen unter einem Zollsaße nach Deutschland, wie er dessen Nachbarn unter sieben Sonderverträgen zugestanden war; das bedeutete für und eine große Wohltat, aber vor zwei Jahren liefen die erwähnten Verträge ab. An ihre Stelle traten sieben neue Reziprozitätsverträge mit den europäischen Mächten. Die deutsche Regierung verständigte die Vereinigten Staaten davon mit dem Bemerken, wir könnten jene Privilegien nicht länger für uns verlangen, welche den anderen Ländern auf Grund des Reziprozitätsprinzips zugestanden wurden, gleichzeitig sagte die deutsche Regierung: Wir sind gern bereit, einen Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, seid Ihr bereit, mit und in Unterhandlungen einzutreten? Da der Kongreß keine Schritte tat, die Keuregelung der Handelsbeziehungen zu Deutschland herbeizuführen und die Zeitgrenze, welche Deutschland zur Anknüpfung von Unterhandlungen über diese Frage einräumte, bald erreicht war, lag vor einem Jahre die Befürchtung nahe, daß amerikanische Waren in Deutschland künftig nur nach den Bestimmungen des allgemeinen Zolltarifes eingeführt werden könnten und wie auf die früheren Privilegien verzichtet mächten. Das war bei unseren riesigen, immer mehr zunehmenden Export nach Deutschland, der sich jährlich auf 35 bis 30 Millionen Dollar beziffert, von höchster Bedeutung, und im Hintergrunde lauerte die Gefahr eines Zollkrieges. Ein Zollkrieg mit Deutschland wäre eine gefährliche Sache, was Sie besser als ich zu beurteilen vermögen und was ich unter keinen Umständen heute Abend ausmalen möchte. Wie jeder Krieg mühte er Schaden und Opfer für beide Teile zur Folge haben, die um so schwerer zu ertragen sind, wenn sie durch gütliche Vereinbarung, gegenseitige Verständigung und wechselseitige Zugeständnisse vermieden werden können. An diesem kritischen Wendepunkte im Anfang des vorigen Jahres entschloß sich die deutsche Regierung mit jenem liebenswürdigen Entgegenkommen, mit welchem sie alle internationalen Diskussionen mit uns behandelt, den Vereinigten Staaten ein wichtiges Zugeständnis zu machen, um uns mehr Zeit zu geben, die kommerziellen Fragen zu erwägen und ein Mißverständnis zwischen beiden Nationen zu vermeiden. Im Februar 1906 wurde dem Reichstage eine Gesetzesvorlage überreicht, welche bestimmte, daß die Zollsaße des Vertragstaris auch auf amerikanische Exportartikel für weitere sechs Monate Anwendung finden sollten. Die Vorlage wurde angenommen. Unter den Bestimmungen dieses sogenannten Provisoriums vollzieht sich nunmehr unser Handel mit Deutschland. Dieses Provisorium bleibt in Kraft bis zum 30. Juni; dann erwartet Deutschland Antwort von uns, ob wir geneigt sind, neue Arrangements zum Austausch unserer Handelsprodukte zu treffen.

Der deutsche Vorschlag ist etwa folgender: Wir gewähren euch die Privilegien unserer niederen Vertragshöfe für eure Waren, ohne daß wir von euch etwas dafür erhalten. Unsere Waren, die wir nach Amerika schicken, sind den allgemeinen Bestimmungen eures Tarifes unterworfen, eure Zölle sind in manchen Fällen zehnmal höher als die unseren für dieselben Güter, die ihr nach Deutschland bringt. Die Fortdauer dieses Zustandes ist unmöglich, ebenso wenig können wir euch ohne Gegenleistung jene Zugeständnisse machen, die wir den europäischen Nationen auf Grund des Reziprozitätsprinzips zubilligten. Wir sind aber gern bereit, mit euch einen Vertrag einzugehen, der für uns beide zufriedenstellend ist. Das war die Situation, als der Präsident in seiner Weisheit sich dazu entschloß, die Angelegenheit gründlich an Ort und Stelle untersuchen zu lassen. Er sandte letzten Herbst die Kommission des Dr. Korth, der von Herrn Gerry vom Schahamt und Herrn Stone vom Handelsdepartement, Männern von reicher Erfahrung und wohlgeübt für diesen Zweck, begleitet war, nach Berlin. Der Bericht der Kommission befindet sich zurzeit in den Händen des Präsidenten, der seine Ansichten darüber wahrscheinlich bald dem Lande bekanntgeben wird.

Die russische Revolution.

Bogrompolitik.

Die „Russ. Korresp.“ erhält das nachstehende Telegramm: Petersburg, 9. April. Die Agitation des Verbandes des russischen Volkes gegen die Duma wird mit steigender Kraft, und wie ich mitzuteilen in der Lage bin, unterstützt von einflussreichsten Kreisen, fortgesetzt. Bezeichnend sind nachstehende Äußerungen aus Kreisen des Verbandes: Bulagel, ein führendes Mitglied der „russischen Leute“, erklärte jüngst ausländischen Korrespondenten, daß in der „Ruskoja Snamja“ in kürzester Zeit ein neues symbolisches Zeichen mit Direktiven für die Gesamtorganisation erscheinen werde! Einem Redakteur der „Kobnaja Semija“ wurde von Verbandsmitgliedern erklärt: das erste Stadium der Kampagne gegen die Duma sei beendet. Nunmehr würden Deputierte der Verbandsfraktionen nach Petersburg berufen werden; diese Konferenz sei als echte Volksvertretung zu betrachten! Ihre Beschlüsse würden vom Volke unterstützt werden, und zwar um so zweifelloser, da Juden soeben wieder Ritualmorde begangen hätten! Unter diesen Umständen müsse die jüdische Frage überall im Lande, wo es Juden gibt, „gelöst“ werden, nachdem die bürokratischen Minister durch Räuber nach den Bedürfnissen des Reiches ersetzt seien! — Die Unterredung schloß mit den präbendenden Worten: „Wir erfreuen uns so hoher Unterstützung, wie sich niemand denken kann.“

Diese Äußerungen sind sehr ernst zu nehmen, da im ganzen Lande Gerüchte über Ritualmorde verbreitet werden! Die „Ruskoja Snamja“ druckt mit fetten Lettern die Nachricht, es seien in Petersburg zwei Kinder verschwunden! — Aus dem Kiewischen Gubernement berichtet der Volksgeist, daß dort gleiche Gerüchte in Umlauf gesetzt sind, und daß Bogromvorbereitungen bemerkbar seien. Anderwärts kommen gleiche Nachrichten.

Ernste Politiker rechnen mit der Tatsache, daß bei den ständig sich zuspitzenden Konflikten zwischen Duma und Ministerium eine neue Sprengung des Parlaments bevorsteht und daß alsdann durch Bogrome und Ritualmordmächden die Aufmerksamkeit der Bevölkerung abgelenkt werden soll.

Die Ernennung des Professors Pichno zum Staatsratsmitglied ruft in russischen Kreisen die tiefste Entrüstung hervor, da Pichno als Redakteur des ultra-antisemitischen Blattes „Kijewskaja“ und als Mitglied des Zentralkomitees des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ bereits wiederholt Pogroms in Kiew provoziert hat, von dem dortigen Bericht mehrmals bestraft worden ist und allgemein als „Wenigenfeind“ gilt! —

Das Ansehen des Reichsdumapäsidenten Golowin wird von Tag zu Tag gefährdeter, und zwar in erster Linie durch das mehr als eigenartige Verhalten des Ministerpräsidenten Stolypin und der übrigen Regierungsgorgane dem Reichsdumapäsidenten gegenüber. Die Agitation gegen Golowin geht soweit, daß man sich nicht geniert, ihn in Blättern, die der russischen Regierung ergeben sind oder von ihr subventioniert werden, öffentlich bloßzustellen. In der „Kowojje Wremja“ werden an leitender Stelle die schwersten Beleidigungen und Verpötnungen gegen Golowin gebracht, während sich zwischen den Zeilen die verheerenden Drohungen gewisser Kreise wahrnehmen lassen! Der Vizepräsident des Reichsdumapresidenten hat schon privatim eine Konferenz mit einigen Reichsdumamitgliedern gehabt, um zu erörtern, wie sich die Reichsduma dazu stellen will, falls die Angelegenheit dem Plenum unterbreitet wird. —

Konfliktstimmung.
 Petersburg, 9. April. Die Konflikte der Regierung mit der Reichsduma wegen Kompetenzüberschreitungen seitens der letzteren dauern fort. Ministerpräsident Stolypin richtete zwei Schreiben an den Dumapresidenten Golowin mit dem Hinweis, der Regierung sei bekannt, daß die Duma-Kommission für das Verpflegungswesen und zur Durchsicht des Budgetentwurfs Privatpersonen als Sachverständige heranzuziehen beabsichtige. Ein solches Verfahren bedeute eine wesentliche Kompetenzüberschreitung seitens der Duma und Stolypin ersuche den Dumapresidenten um eine Benachrichtigung darüber, welche Maßnahmen das Dumapresidentum ergreifen habe oder zu ergreifen beabsichtige, um die gesetzliche Ordnung der Dinge zu wahren und eine Ver-

...egung der bestehenden Gesetzesvorschriften fernerhin unmöglich zu machen.

Der Minister des Innern wies die Gouverneure an, keine Dorfversammlungen zur Beratung von Vorschlägen, die seitens der Duma-Abgeordneten brieflich oder telegraphisch an die Dorfbehörden gemacht werden würden, zu gestatten bezw. die Schuldigen sofort zur Verantwortung zu ziehen.

Konzeptionen.

Petersburg, 9. April. Die Sektion der Budgetkommission des Reichsrats hat das Budget des Kriegsministeriums bereits um sieben Millionen herabgesetzt. Weitere Streichungen sind in Aussicht genommen. Ebenso werden eine Reihe von Einnahmen aus den Etats des Justiz- und des Unterrichtsministeriums und der Synode gestrichen werden.

Budgetberatung.

Gestern (Dienstag) wurde in der Reichsduma das Budget weiter beraten. Der Redakteur Fedorow, Abgeordneter für die Stadt Petersburg, trat der Ansicht des Finanzministers bei, welcher sagte, daß eine Generaldebatte über das Budget nur in der Budgetkommission von Nutzen sein werde und daß diese Beratung vor allem in Ruhe und ohne Beeinträchtigung sowie ohne politische Sonderbestrebungen geführt werden müsse. Redner erinnerte daran, daß man von dem gegenwärtigen Ministerium nicht Uebermäßiges verlangen dürfe, da es erst seit zwei Jahren einer neuen Lage gegenüberstehe und da es durch die erste und bewegte Vergangenheit Aufwands ein schweres Erbe angetreten habe. Fedorow kritisierte im weiteren Verlaufe seiner Rede die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung und sagte, die Regierung könne die Ausgaben nicht verringern; ihre einzige Aufgabe müsse sein, die produktiven Kräfte des Landes zu verstärken. Redner tadelt die Regierung wegen der Geringfügigkeit der für eine Unterstützung solcher Entfaltung der produktiven Kräfte ausgeworfenen Mittel gegenüber den stets wachsenden Ausgaben für Gendarmerie und Polizei. Er bezeichnete es als eine verwerfliche Politik, die Ausfuhr von Lebensmitteln, die für das Volk nachteilig sei, zu begünstigen und die indirekten Steuern zu erhöhen. Fedorow schloß mit einem Appell zur ruhigen Arbeit ohne Furcht vor einer Dumaauflösung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. April 1907.

Der Wiederbeginn der Parlamente.

Der Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus nehmen morgen, am Mittwoch, nach den Osterferien ihre Verhandlungen wieder auf. Im preussischen Abgeordnetenhaus wird die zweite Beratung des Kultusetats mit den Universitäten fortgesetzt und im Reichstage stehen auf der Tagesordnung die erste eventuell zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. Bühnenerhebung auf dem Nordostsee-Kanal sowie die zweite Beratung des Etats, die mit dem Reichsamt des Innern beginnen wird.

Die Zeichendauer der bürgerlichen Presse sind an der Arbeit, anzukünden, wie in beiden Parlamenten die konservativ-liberale Paarung ihre Geschäfte machen wird, und es ist sehr ergötlich, wenn auch politisch völlig belanglos, wie kaum zwei dieser Weltweisen in ihren Prognosen übereinstimmen. Nur in einem sind sich wenigstens die Blockparteien einig, daß man im Reichstage vor dem Herbst, also in den bevorstehenden Wochen, alles vermeiden müsse, was ernste Konflikte zwischen Regierung und „nationaler“ Mehrheit hervorrufen könnte. „Stille, stille, kein Geräusch gemacht“, das ist die Parole dieser Herren. Tatsächlich wird es mit dieser so heiß ersehnten Stille und Konfliktlosigkeit gute Weile haben, sintonalen die Dogm der Tatsachen ihren eigenen Willen hat und vor den edlen Absichten des Blocks keineswegs den regierungströmmen Respekt hat.

Konfliktstoff liegt nämlich im Reichstage wie im Landtage überreichlich vor, und es ist ganz zweifellos, daß er in die Erscheinung treten wird, wenn auch mit den Unterschieden, die in der Natur der Zusammensetzung der beiden Parlamente hinsichtlich begründet sind.

Am Reichstage wird die zweite Beratung des Etats für unsere Vertreter die Einzelkritik ermöglichen, und sie werden sich darin, was Gründlichkeit betrifft, auch nicht durch die Schlurfs der bürgerlichen Sommerreisenden hindern lassen, die zufällig Reichstagsabgeordnete geworden sind. Wollen einzelne Parteien, wie aus der agrarisch-konservativen Presse mit besonderer Deutlichkeit hervorgeht, die an sich schon so begrenzte parlamentarische Kritik diesmal noch durch gewaltsamen Debattenschluß einengen, so dürften sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, ja sie dürften im Reichstage nicht einmal die Majorität für solche Nordgelüste unter den jetzigen Verhältnissen zusammenklappen können. So wird es denn auch eine ziemlich eckle Hoffnung sein, den Etat bis Pfingsten unter Dach und Fach zu bekommen, und ein erneuter Null-Effekt ist nicht ganz ausgeschlossen. Die Debatten der zweiten Reichstags-Beratung dürfen und können diesmal um so weniger eingedämmt werden, als besonders für die Etats des Reichsamts des Innern, des Auswärtigen und der Kolonien eine solche Fülle von Material vorliegt wie kaum zuvor. Dazu wird die Opposition im Reichstage mit aller Energie darauf dringen müssen, daß sein Recht der Initiative gerade jetzt verstärkt zur Geltung kommt, wo die Regierung in allen sozialen und kulturellen Fragen sie völlig vermissen läßt. Die strikteste Innehaltung der Schwerinstage ist eine absolute Notwendigkeit. Das jetzt viel diskutierte Verhältnis der „Paarung“ ist nachgerade zur Lächerlichkeit geworden; nämlich in sich widerspruchsvoll bis zum äußersten, hatte es schon in den ersten Wochen des neuen Reichstages die wunderbarlichsten Beispiele seiner Haltbarkeit gegeben, und die ganze Systemlosigkeit bürgerlicher Parlamentaristik konnte an dieser „Paarung“ wahre Schulbeispiele erleben lassen. Das muß mit fortschreitender Zeit immer gegenfährlicher wirken, und die gloriose Politik des Reichskanzlers wird auf ihren eigenen Dunghaufen verweisen. Dieser Verwehnungsprozess hat sich nicht bloß im Reichstage schon angekündigt, sondern auch im preussischen Abgeordnetenhaus, wo die liberal-konservative Paarung von vornherein nur mit Hohn und Spott begrüßt wurde. Da hier überdies jeder frische Lustzug durch das Fehlen sozialdemokratischer Reinigungsmaßnahmen ausgeschlossen ist, wird das Hinsinken dieser Mißgeburt von „Liberal-Konservativ“ noch widerlicher wirken.

Es ist sonach kein Wunder, daß beim Wiederbeginn der Parlamente den Siegern vom 25. Januar vor ihrer eigenen Herrlichkeit Angst und Bange wird, und daß nur die „nationalen“ Parteien, zu denen sehr wider eigenen Unmut und Willen auch das Zentrum gehört, so etwas wie Freude in die neue Arbeit mitbringen.

Ministerwechsel in Bayern.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Mit dem Beginn der Landtagswahlbewegung hat sich in Bayern ein Ministerwechsel vollzogen, bei dem weiter nichts Wunderlich ist, als daß er so lange hat auf sich warten lassen. Herr v. Feilich, der ein halbes Menschenalter fast Minister des Innern war, ist auf seinen Wunsch in Huld und Gnaden entlassen worden, und an seiner Stelle ist der Mann seiner Empfehlung, der frühere Regierungspräsident der Oberpfalz, Herr v. Bretterich, getreten.

Vor wenigen Jahren noch wäre es ein unerhörtes Ereignis gewesen, unter der Regenschaft in Bayern einen lebenden Minister aus dem Amte scheidend zu sehen. Wie alles Gute im Reich von Preußen kommt, ist aber die Zerstückelung der Seßhaftigkeit unseres Ministerintendanten aus dem Jahre 1896 auch von dort eingeleitet worden. Jenes Stinmünder Telegramm des deutschen Kaisers, das der „Empörung“ Ausdruck gab „über die schöne Undankbarkeit“ der Streichung von 100 000 M. für Kunstforderungen im Kultusetat durch das Zentrum und das im Hofjagdlager des Prinzregenten böllige Verblüffung erregt hatte, war zum Stein geworden, über den der damalige Ministerpräsident v. Craillsheim stolpern sollte. Da sich in Bayern Ministerernennungen und Entlassungen im engen Zirkel des Hofes, des Geheimkabinetts und einer kleinen Zahl von berufenen und unberufenen Ratgebern vollzogen, kennt man noch heute die näheren Einzelheiten dieser auffälligen Wendung nicht. Aber, wie gesagt, der Regent ließ damals Herrn v. Craillsheim ziehen, der noch rüstig genug war, nachher die aufreibende Tätigkeit eines Aufsichtsrats einer großen Bank und eines bedeutenden industriellen Unternehmens auf seine gräßlichen Schultern zu laden.

Und wie Herr v. Feilich jetzt, so folgte dem Ministerpräsidenten damals das laute Begehren der Konservativen und Liberalen, die in Bayern seit Jahren schon so innig gepaart sind, daß man sie kaum mehr von einander trennt. Was auch biologisch begründet sei mag, da in einer guten und langen Ehe die liebenden Gatten häufig eine erstaunliche Ähnlichkeit gewinnen sollen.

Dieser Liberalismus, der sich soeben mit den Konservativen und Landwirtsbündlern und mit — den acht oder neun hundert Soldaten der „demokratischen“ Armee Duiddes zum Landtagsblock wieder verbunden hat, trauert dem scheidenden Feilich heftig nach. Es ist allerdings die Nachrede, die die trauernd Hinterbliebenen ihrem Toten gönnen, nicht bei allen von gleicher Lieblichkeit. Am untröstlichsten geberdet sich das Organ der süddeutschen Volkspartei in Frankfurt, das überhaupt in den letzten Jahren eine bayerische Politik gemacht hat, für die das Eigenschaftswort national-liberal noch viel zu schmeichelhaft ist. Dieser Demokratie war Feilich ein Mann mit einem unfähig edlen Herzen, ein Liberaler erster Güte, dem für sein Wirken der ewige, unauflöschliche Dank des Landes gebührt. Die „Kölnische Zeitung“ tat's etwas billiger wie das Frankfurter Demokratienblatt; sie rühmte nur den „gemäßigten Beamtenliberalismus“ des Dahingegangenen. Der „Wärnberger Anzeiger“ aber, der sich manchmal noch des einen oder anderen demokratischen Prinzipis erinnert, tut seiner größeren Schwester in Frankfurt das Leid an, auch in dieser schweren Stunde die Wahrheit zu bekennen und bezeugt den in Gnaden entlassenen und mit dem goldenen Kniebilde des Regenten beschenkten Minister der obersten Polizeireaktion.

Nicht zu den Leidtragenden gehört das Zentrum. Und es ist nicht etwa ein Ausfluß edler Christenliebe, wenn die Zentrumspresse ihre Freude über das Ereignis leuchtend im Lichte barg. Die Freiheitspartei hat schon im Herbst 1906 die Entlassung des jetzt freiwillig Gegangenen stürmisch gefordert. Und das war so gekommen: Als im Februar jenen Jahres Liberale und Konservativs gegen das neue Wahlgesetz gewütet hatten, sah sich die Regierung zu der Erklärung veranlaßt, sie werde nach dem Fall des Gesetzes die — auf den Gewinn der Liberalen zugeschnittene — Wahlkreiseinteilung nach den Grundstücken des besetzten Entwurfs ändern. Das Gesetz fiel. Aber Herr v. Feilich, der alte Freund des Beamtenliberalismus, sorgte dafür, daß den Liberalen kein Leid geschah und wandte die neue Wahlgeometrie zum Schaden des Zentrums und zum Vorteil der Sozialdemokratie an.

Unsere Partei hatte dem Polizeiminister nicht erst neue Fehde anzufügen, sie lag von jeher mit ihm im Kampfe. Das Zentrum jedoch sah feierliche und hallende Wehklänge und schwor, der Erzfeind Feilich müsse verschwinden. Beim Beginn der Landtagsession fehlte es auch nicht an großen und scharfen Worten, gerade wie jetzt im Reichstage. Sogar eine Tat geschah: Dr. Heim wurde zum Referenten für den Etat des Ministeriums des Innern ernannt. Vollmar war Korreferent. Damit schien das Zeichen einer unerhittlichen Opposition gegeben. Zudeßen Herr v. Feilich konnte seine Vappenhelmer vom Zentrum. In aller Gemütslichkeit legte er die Begegnung. Wozu hat man denn auch Wettern beim Zentrumsel und mit guten Diäten gesegnete Gabel- und Bierverversicherungskommissäre unter den Zentrumsbauern?

Zudem war der Minister davon unterrichtet, daß der gute Franz Seraph Böhler seinem Freunde Heim es nicht gönnen werde, so edles Hochwird zu fällen. Eines schönen Tages legte denn auch Dr. Heim das Referat nieder, die Treiberinnen in seiner Fraktion waren ihm zu dumm geworden. Die Friedenstube mit dem Delzweig im Schnabel flog auf das Referentenpult in der Gestalt eines indifferenten ultramontanen Landgerichtsrats, und der Herrscher des Innern feierte seinen Sieg über die ungeschickten Krieger Gottes, indem er lächelnd blieb, so lange es ihm paßte. Vielleicht wäre er auch jetzt noch nicht freiwillig gegangen, wenn nicht eine gewisse Erklärung eingetrotten wäre zwischen dem Hofe und dem Resort des Innern. Es spielt da das Wassergetöse hinein und die Frage der Wasserkraftverwertung im Zusammenhang mit der Hofjagd und der gefährdeten Popularität des Prinzregenten: Dinge, die dadurch peinlich geworden sind, daß sie unser Münchener Parteiorgan öffentlich erörtert hat.

Unsere Partei gegenüber war Feilich ein rückwärtsloser Vertreter der herrschenden Klassen. Unter dem Ausnahmegericht putzlamerte er besser wie sein preussischer Kollege. Und daß er nicht mehr Unheil angerichtet hat, daran ist lediglich der Umstand schuld, daß seine Untergebenen menschlicher waren wie er. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes schätzte er die politische Partei wie die Gewerkschaftsbewegung unablässig weiter, bis um Weihnachten 1896 unser unergiebiger Grillenberger im Landtage so gründlich mit ihm abrechnete, daß selbst bürgerliche Organe von einer „parlamentarischen Hinrichtung“ sprachen. Oeffentliche Bloßstellungen aber waren nicht nach dem Beschma des Ministers, und je mehr der Einfluß unserer Presse und unserer Partei in Bayern wuchs, umso vorsichtiger wurde er nun. An die Stelle der offenen Drangsalierungen trat mehr die hinterlistige Verleumdung, die allerdings unterstützt wurde durch eine von den bürgerlichen Parteien aufrecht erhaltene, unwürdige Vereinsgesetzgebung aus den Jahren der Konturrevolution.

Bei alledem muß zugestanden werden, daß Feilich kein Durchschnittsmensch war. Mit einer ungewöhnlichen Routine verband er eine hervorragende Arbeitskraft, und wenn er seinem Nach-

folger auch ein auf vielen Gebieten verrostetes Messer hinterläßt, so muß man bedenken, daß er zwanzig Jahre fast mit einem Landtag zu wirtschaften hatte, für den die Bezeichnung hieratisch-archaisch (priesterlich-altmodisch) noch eine sehr höfliche Qualifikation ist.

Was den Nachfolger anbetrifft, so hat er die Günst, daß das früher sehr umfangreiche Gebiet des Ministeriums des Innern durch Aufteilung einiger wichtiger Sparten (Handel und Gewerbe, Fabrikinspektion usw.) an das Ministerium des Reichs verkleinert worden ist. Die bürgerliche Presse weih viel Rühmendes von ihm zu melden über seine Beliebtheit in seinem früheren Wirkungskreise und seinen Arbeitseifer. Politisch ist er nie hervorgetreten, und die Zentrumspresse findet, er passe ausgezeichnet in das neue völlig parteilose Kabinett. Warten wird ab. Und sehen wir vor allem, was die Wahlen ergeben. Denn, wenn auch Bayern nichts weniger als ein parlamentarisches Regime hat, von der Entschiedenheit und Stärke der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage hängt doch gerade auf dem Felde der inneren Verwaltung viel ab. Das hat sogar ein so jünger Polizeibureaukrat wie der verflozene Herr v. Feilich erfahren müssen.

Deutsches Reich.

Die Zeugnisfolter im Aufschwung.

Kärnberg, 9. April.

(Privatdepesche.)

Genosse Paul Schlegel von der „Volkstribüne“ wurde vom Schöffengericht zu Kulmbach in Zeugniszwanghaft genommen, weil er als Zeuge im Prozeß des Fabrikbesizers Hornschuh gegen den Genossen Goller-Kulmbach den Verfasser eines Artikels in der „Volkstribüne“ nicht beraten wollte. Zugleich wurde er zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Am Sonnabend mußten wir aus Mannheim melden, daß in der bekannten „Schnupftabaks“-Affäre die Strafkammer die Beschwerde des Genossen O. Ged von der „Volkstribüne“ gegen die Verhängung der Zeugniszwanghaft verworfen habe und daß Genosse Ged — der inzwischen Beschwerde beim Oberlandesgericht Karlsruhe eingelegt hat — aufgefordert worden ist, die Haft im Mannheimer Gerichtsgefängnis am Mittwochvormittag 11 Uhr anzutreten. Koch ehe das geschehen ist, sind schon wieder einem sozialdemokratischen Redakteur die Zeugnisdaumfingerringe angelegt worden! Die Zeugnisfolter erfreut sich steigender Anwendung in der neuen „konservativ-liberalen“ Ära. Gedehit trotz der Proteste der liberalen Presse, trotzdem vor kurzem selbst ein jüdischer — wohlgenert: ein jüdischer — Staatsanwalt sie bekämpft hat! Bemerkenswert ist, daß auch der Fall Schlegel in Süddeutschland spielt. Die Fälle Ged und Schlegel, die Behandlung der Delegierten zum Anarchistenkongreß, alles beweist, daß die Verurteilung Süddeutschlands mächtige Fortschritte macht. Kulturelle Fortschritte sind das indes nicht.

Ein Aufdruck.

Während die liberale Presse seit den letzten Reichstagswahlen tatsächlich ihren Lesern die Mär auftrifft, die deutsche Sozialdemokratie habe ihren Höhepunkt überschritten und der sozialdemokratische Wahlschlag des 25. Januar 1907 sei der Anfang eines unvermeidlichen Endes der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, bringt die letzte Morgennummer der bis her am lautesten diese tiefgründige politische Weisheit verkündenden „Nationalzeitung“ einen Leitartikel, in dem die Ansicht ausgesprochen wird, weder habe die sozialistische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht, noch könne sie jemals unterdrückt werden, denn sie sei nichts als ein notwendiges Produkt der Entwicklungsverhältnisse und in diesen fest verankert. Wörtlich heißt es in dem Aufsatz:

„Wer zurückdenkt, von welschen geringen Anfängen die Bewegung im Jahre 1848 ausging, und welche Bedeutung und Macht sie seitdem in allen Staaten, in der Wissenschaft und Kunst erlangt hat, wird sich nicht zu dem Wahne verleiten lassen, sie habe ihren Höhepunkt erreicht oder könne jemals unterdrückt werden. Die soziale Frage hat von dem Leben der Menschheit fortan Besitz ergriffen, wie ehemals die Religion. Schon der feudale Staat hat in schweren Krisen Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung ausführen müssen und alte historische Rechte und Einrichtungen beseitigt. Das Eigentum ist so wenig heilig gewesen, wie die Untersiede der Kasten und die Vorrechte der Stände. Die Emanzipation des Bürgerstandes, die Befreiung der Bauernschaft aus der Leibeigenschaft sind das Vorbild und das Vorbild der Emanzipation der arbeitenden Klassen geworden.“

Nach der Versicherung des Verfassers können zwar die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft nicht durch eine revolutionäre Erhebung, sondern nur durch eine „längere Entwicklung“ zur Verwirklichung gelangen, aber andererseits meint er, werde nie die soziale Bewegung auf die revolutionären Elemente verzichten, denn sie seien „ihre werbende und treibende Kraft“:

„Da sie in jeder Nation die überwältigende Mehrheit ausmachen und von ihrer Erhaltung und Lichtigkeit die Sicherheit und Wohlfahrt des Staates abhängt, kann ihre Erhebung und Gleichstellung mit den oberen Schichten nur ein Werk sorgfältigster Erudition und die Folge einer längeren Entwicklung sein. Von der Ansicht, durch den großen Staat den Zukunftsstaat oder auch nur die Herrschaft des Proletariats herbeizuführen, sind die verständigen Führer der sozialdemokratischen Partei überall zurückgekommen, und die Ereignisse, die sich in Rußland vollzogen, übernehmen auch für die revolutionärlüsternden Genossen den Beweis von der Vergeblichkeit des Schredens und des Generalstreiks, die bestehenden Zustände zu ändern. Wie kirchliche und politische Umwandlungen, sind auch die sozialen einzig durch Reformen und allmähliches Fortschreiten möglich, auch sie stehen unter dem Gesetz der organischen Entwicklung. Die soziale Bewegung wird nie auf die revolutionären Elemente verzichten, sie sind ihre werbende und treibende Kraft, aber solange die Regierungen und die bürgerlichen Parteien dem Reformwerk trenn bleiben, ist die Gefahr eines wirklichen, allgemeinen Zusammenbruchs nicht groß, sie verschwindet in demselben Verhältnis, wie der Fortschritt der Reformen sich ausbreitet und die Steigerung ihrer Wirkungen wächst. Nur eine heilige Allianz gegen die Sozialdemokratie könnte diese Revolution heraufbeschwören, weil sie durch ihre Nützlichkeit auf die politischen Verhältnisse das ganze Volk in Mitleidenschaft fortziehen würde.“

Erstarrt fragt man sich, wie diese Keuherungen in das Partinische Blatt kommen, das sonst seinen Lesern lediglich den faden Abpülcht eines seitden liberalen Aufklärungs vorlegt. Sollte vielleicht einer der professionellen Mitarbeiter, deren das Blatt noch einige aus früheren besseren Tagen besitzt, der Redaktion dieses ausgelegene Aufdruck in das

mit Dividendencheinen ausgefüllte warme Nest gelegt haben, ohne daß sie in ihrer Einfalt die Qualität des fremden Eis erkannt hat? —

Die Ehre der Reservisten. Bei den Frühjahrskontrollversammlungen in Lübeck wird gegenwärtig den Reservisten ein Passus verlesen, in welchem es heißt, daß es mit der Ehre der Reservisten nicht vereinbar sei, der sozialdemokratischen Bewegung anzugehören. So unglaublich es klingen mag, es ist Tatsache, daß eine militärische Behörde sich herausnimmt, indirekt die Sozialdemokraten als ehrlös zu bezeichnen. Sie handelt allerdings nach bekannten Vorbildern. Aber das macht die Sache nicht besser. Die sozialdemokratischen Staatsbürger haben allen Anlaß, sich solche Beleidigung von amtlicher Stelle entschieden zu verbitten. Es muß die Frage gestellt werden, ob der Kriegsminister und der Reichskanzler dieses Verfahren des Lübecker Bezirkskommandos zu billigen wagen. Vielleicht kann es aus der „Reichs-Anzeiger“ mitteilen. Sonst gibt es ja auch noch andere Gelegenheiten, wo man die Herren zum Sprechen bringen kann. —

Scharfmachersehnsucht nach der starken Faust. Unsere Bemerkungen über die brutale Unterdrückung der sozialistischen Partei Japans haben dem Organ „Kritik“ einen sehnsuchtsvollen Stoß entzündet:

„Es wird der japanischen Regierung bezweifelt gleichgültig sein, ob das führende Organ der deutschen Sozialdemokraten von der schweren Faust der Reaktion und den Brutalitäten der Regierung spricht. Die Japaner, für die wir sonst nicht allzuviel übrig haben, sind durchaus reale Politiker, die sich durch den Dunst der Phrase nicht blenden und verblenden lassen. Sie haben mit Recht erkannt, daß die Sozialdemokratie den Frieden im Staate gefährdet; deshalb haben sie sich nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet erachtet, die sozialistische Partei sofort zu lösen. Es wird viele Leute in Deutschland geben, die das japanische Volk um diese Mäßigkeit und Entschiedenheit beneiden.“

Das agrarische Organ zeigt also wieder einmal sein wahres Gesicht. Es möchte die „niedergerittene“ Sozialdemokratie gar zu gern nach japanischem Muster von der schweren Faust niedergeschmettert sehen. Auch glauben wir ihm gern, daß es in den ihm nahestehenden Kreisen viele Leute gibt, die solch' liebenswürdige Wünsche teilen! —

Bennigsen — Erzberger.

In einer Privatklage des Gouverneurs a. D. Rudolf v. Bennigsen in Charlottenburg gegen den Reichstagsabg. Schriftsteller Matthias Erzberger stand gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte Termin zur Hauptverhandlung an. Die Privatklage ist angehängt worden wegen einer im Dezember d. J. vom Abg. Erzberger herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Warum ist der Reichstag aufgelöst?“ In einzelnen Stellen dieser Broschüre erblickt Herr v. Bennigsen den gegen ihn gerichteten Vorwurf, daß er seine Stellung als Mitglied des Kolonialrats dazu mißbraucht habe, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.

Zum gestrigen Termin waren die Parteien persönlich erschienen, ebenso als Verteidiger des Angeklagten der Rechtsanwalt Verttram. Dagegen war von dem Vertreter des Privatklägers, Justizrat Kistnermann, die Anzeige eingegangen, daß er wegen plötzlicher Erkrankung nicht erscheinen könne. Unter diesen Umständen beschloß das Gericht, die Verhandlung zu vertagen und einen neuen Termin im Mai anzulegen. —

Das Hauspolizeirecht des Reichstages.

Die „Kreuz-Zeitung“, das ehemals offizielle Organ der Dhm, Gödtsche, Bierig und anderer edler Polizeibehörden, durch deren wissenschaftliche Demutierungen gegen Waldeck und andere Ehrenmänner diese konservative Zeitung einen Bestrafung als Abblende für Schurkerei sich erworben hat, läßt die Verachtung nicht schlafen, die die „National-Zeitung“ sich jüngst dadurch erworben hat, daß sie ihre Spalten für jenen Erguß einer Polizeizeile bereitstellte, der zu einem strafrechtlichen Eingreifen gegen die sozialdemokratische Fraktion anleitete, weil deren Mitglieder im Reichstage mit anderen als Abgeordneten sich unterhalten hätten. In ihrer gestrigen Morgennummer sucht sie unter Mißachtung der Reichsverfassung darzulegen, daß das Reichstagsgebäude der Polizeigewalt unterliege. Auf den Galimatias staatsrechtlicher Deduktionen ihres polizeilichen Hintermannes eingegangen, lohnt nicht. Es mag nur festgestellt werden, daß es ein sehr bekanntes konservatives Reichstagsmitglied war, das neben dem konservativen Reichstagspräsidenten in erster Linie gegen den Versuch eines Eingriffs in das Hauspolizeirecht des Reichstages protestierte. —

„Nationale“ Wahlhelfer und Streikbrecher werden als nützliche Elemente hochgeschätzt und beschützt. Diejenigen, die diesen Leuten auf die Hüften setzen, werden als „terroristische“ und müssen empfindlich bestraft werden. Als „nationaler“ Wahlhelfer tat am 20. Januar in Cuba bei Chemnitz der dortige Einwohner Reubert Dienst. Da er es zu toll trieb, wurden bald auch Arbeiter aufmerksam und beobachteten den Herrn. Der Handarbeiter Auerbach konnte sich nicht enthalten, dem Wahlhelfer in ferndeutschen Worten die Meinung zu sagen. Das brachte ihm eine Anklage wegen öffentlicher Beleidigung ein. Vom Chemnitzer Schöffengericht wurde der noch unbescholtene Auerbach zu der verhältnismäßig hohen Strafe von einer Woche Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Erregung des Wahlkampfes als strafmildernd in Betracht gezogen worden sei, aber von einer Geldstrafe sei mit Rücksicht darauf, daß diese doch die sozialdemokratische Partei kasse bezahle und somit den Angeklagten nicht treffe, abgesehen worden. Auch müsse der „Terrorismus“ gegen politisch Anderdenkende empfindlich bestraft werden.

Man vergleiche mit dieser harten Bestrafung die Entscheidung wider die patriotischen Versammlungssprenger in Köddenitz. —

Die Wahlen zu der badischen Landwirtschaftskammer sind gestern beendet worden. Gewählt sind: 16 Vertreter des Herikolen Bauernvereins, 11 Vertreter der liberalen landwirtschaftlichen Bezirksvereine und ein Vertreter des Bundes der Landwirte. Zu diesen Gewählten kommen noch 10 Vertreter der landwirtschaftlichen Verbände und 4 Vertreter der Forst- und Domänenverwaltung hinzu. —

Russenbege in Bayern.

Die „Münchener Post“ erhielt dieser Tage folgende Zuschrift:

Am 8. Februar und 19. März wurden von mir, als Vorsitzender der Russischen Studenten-Kassa in München, zwei Wohltätigkeits-Bälle zugunsten der genannten Kassa und der politischen Gefangenen in Rußland veranstaltet. Die der Kasse gehörigen Summen blieben bei mir, das Geld für die Gefangenen wurde meinem Kollegen Herrn Tomaskewitsch übergeben. Vor kurzem hat beim Herrn Tomaskewitsch eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Später wurde auch meine Wohnung polizeilich durchsucht und dabei mein Post- und meine Korrespondenz beschlagnahmt; bei dieser Gelegenheit wurde mir auch meine beabsichtigte Ausweisung aus Bayern mitgeteilt. Um die Gründe meiner Ausweisung zu erfahren, wandte ich mich an den Referenten der politischen Polizei, Dr. Wittinger. Dr. Wittinger stellte mir eine Reihe von Fragen über die Existenz von russischen revolutionären Gruppen in München und deren angebliche Tätigkeit. Dann erklärte er mir: er halte mich für einen „lästigen Ausländer“, er sei im Besitze der Abbildung der Stempel der Russischen Sozialdemokratischen Gruppe in München. Schließlich forderte er mich auf, ihm mitzuteilen, bei wem sich die Stempel befänden und wer

zu der Gruppe gehöre; im Falle meiner Weigerung, die Fragen zu beantworten, könnte ich ruhig meine Studien am Münchener Polytechnikum fortsetzen. Darauf erklärte ich, dem Wunsch des Herrn Dr. Wittinger nicht nachkommen zu können. „Sie wollen oder Sie können nicht?“ fragte er mich. „Ich will nicht“, so sagte ich. „Dann werden Sie ausgewiesen!“ lautete sein Schlusswort. Jetzt habe ich im Ministerium des Innern erfahren, meine Ausweisung wäre bereits eine Tatsache.

Vorur ich München auf diese Weise verlasse, will ich der Öffentlichkeit auf diesem Wege von dem Falle Mitteilung machen; insbesondere möchte ich aber die Tatsache hervorheben, daß ein akademisch gebildeter Regierungsbeamter einen Studenten unter Drohung der Ausweisung derartige Vorschläge gemacht hat.

Ich mache auch noch an dieser Stelle auf das aufmerksam, daß ich keiner politischen Partei angehöre. Daniel Meerowitsch.

Seit geraumer Zeit betreibt, wie die „Münchener Post“ erzählt, die Münchener Polizei eine ausgedehnte Russenbege. Sie hält Hausdurchsuchungen bei russischen Studenten, konfisziert Bücher, die sogar in Rußland erlaubt sind, ohne sie wieder herauszugeben, schließt Studententerritorien, weist aus und gebärdet sich ganz als Organ der russischen Gesandtschaft.

Die bayerische Parteipresse glaubt, daß Bayern bei diesen Maßnahmen preußischem Gebote folgt. Das wird schon stimmen.

Prüfungsordnung für Ärzte. Durch die Zulassung der Oberrealschüler zum Studium der Medizin und der ärztlichen Prüfungen sind verschiedene Abänderungen der bisher gültigen Prüfungsordnung für Ärzte vom 28. Mai 1901 nötig geworden. Nach der Mitteilung der „Möln. Ztg.“ gelten fortan folgende Bestimmungen:

Inhaber des Reifezeugnisses einer Oberrealschule haben nachzuweisen, daß sie in der lateinischen Sprache die Kenntnisse besitzen, die sie für die Verlesung in die Obersekunda eines deutschen Realgymnasiums gefordert werden. Sind diese Kenntnisse erworben an einer deutschen Oberrealschule mit wohlfeilem Lateinunterricht, so genügt das Zeugnis des Anstaltsleiters über die erfolgreiche Teilnahme an diesem Unterricht, anderenfalls ist der Nachweis durch ein auf Grund einer Prüfung ausgefertigtes Zeugnis des Leiters eines deutschen Gymnasiums oder eines deutschen Realgymnasiums zu erbringen. Dieser Nachweis ist von den Oberrealschülern erst bei ihrer Meldung zu den ärztlichen Prüfungen beizubringen, es ist nicht Voraussetzung für den Beginn des medizinischen Studiums. Letzteres nimmt einschließlich der für die ärztliche Vorprüfung nachgewiesenen medizinischen Studienzeit mindestens zehn Halbjahre an Universitäten des Deutschen Reiches in Anspruch. Auf diese zehn Halbjahre ist die Zeit des Militärdienstes, sofern der Studierende während dieser Zeit an einer Universität immatrikuliert war und die Ableistung am Universitätsort erfolgte, bis zur Dauer eines halben Jahres anzurechnen.

Ausland.

Frankreich.

Ein Provinzialskandal.

Paris, 8. April. (Fig. Ber.) Skrupellose Geschäftspraktiken, die eine Vereinigung von Händlern zum Schaden der Staatsfinanzen übte, haben jetzt das Eingreifen der Gerichte veranlaßt. Die Affäre hat für denjenigen, der in die Natur des aus dem öffentlichen Körperlichen gezogenen Kapitalprofits jemals einen Einblick gewonnen hat, nichts Überraschendes. Diesmal aber ist gerade diejenige Presse, die sonst die allergrößten Korruptionsaffären geflissentlich durch ihr Schweigen deckt oder durch eine bezahlte Argumentation noch begünstigt, eifrig bemüht, die Sache nach Kräften aufzudeckeln; denn sie findet eine Gelegenheit der verhassten sozialistischen Partei, die so oft die Diebstahlwirtschaft der Großkapitalisten angezweifelt hat, tückisch die Handlungen eines ihrer Mitglieder anzudeckeln.

Der kompromittierte Sozialist ist der Abgeordnete und Bürgermeister Dufour von Houdan im Departement Indre. Dufour, seines Zeichens Althändler, war Mitglied eines Konsortiums, das bei den von der Militärverwaltung in Bourges veranstalteten Versteigerungen außer Gebrauch gefetzter Objekte tätig war. Man kennt das Treiben dieser Versteigerungsghispanen: Der Händlerring läßt einem der Seinen die Ware um einen minimalen Preis zuschlagen und teilt hernach den beim Weiterverkauf erzielten großen Gewinn. In Bourges bestand das Konsortium in aller Öffentlichkeit volle 35 Jahre! Dufour hat seine Stellung darin sozusagen von seinem Vater ererbt, was für den Geschäftsmann immerhin als eine Ausrede, für den Sozialisten sicher nicht als Entschuldigung gelten kann. Neben Dufour war eine Menge anderer „Honoratioren“, Bürgermeister und Generalräte aus den verschiedensten Parteien, in der Kompanie, und die Duldung des bei hellem Tageslicht verübten Betruges am Staatsvermögen mag im Lauf der Zeit den Vätern an Ende eine Art Gewissensberuhigung gewährt haben. Dufour will dieses Treiben sogar als für den Staat nützlich hinstellen, mit der Begründung, daß ohne die Vereinigung der Händler der Verkauf der oft sehr bedeutenden Vorräte ganz unmöglich gewesen wäre. Wie denn der Ausbeuter den Leuten und womöglich auch sich selbst als Wohltäter vorkommen möchte.

Die sozialistische Partei hat in diesem Falle nichts zu beschönigen, nichts zu veruschen. Nicht sie wird durch die Geschäfte Dufours kompromittiert, sondern die kapitalistische Profitmacherei, von der diese Wadenschäften doch nur ein bescheidenes Weisziel geben. Für die Partei läßt sich darum bloß die Folgerung ziehen, daß sie, um der bürgerlichen Korruption in ihren Reihen zu entgehen, die Gewählten in den engsten Zusammenhang mit den organisierten Arbeitermassen bringen muß — ein Ziel, dem die geeinigte Partei unzulässig zustrebt. Den moralisierenden Bourgeois aber kann man nur raten, über den sicher sehr beträchtlichen Trödlerprofiten des Dufourschen Ringes die denn noch ganz anders beschaffenen Profite nicht zu überschauen, die beim Einkauf von Kriegsschiffen, Uniformen usw. sowie bei den Finanzgeschäften des Staates den Fierden des bürgerlichen Parlamentarismus zuließen.

England.

Das militärische „Vertraulichkeitsgesetz“.

Letzten Freitag erschien unter dem Rubrum „Mitteilungen für die Presse“ folgender Armeebefehl:

„Offizieren und Mannschaften ist verboten, direkt oder indirekt der Presse irgendwelche militärische Information oder ihre Ansichten über irgendwelche militärische Angelegenheiten ohne spezielle Autorisation mitzuteilen. Jede Information militärischer Natur, die sie auf Märkten, Reisen oder im Dienst erlangen, ist als Eigentum des Kriegsdepartements zu betrachten und darf in keiner Form ohne Erlaubnis des Armeesates veröffentlicht werden.“

Offiziere und Mannschaften werden für alle Berichte an ihre Freunde, die später in der Presse veröffentlicht werden, verantwortlich gemacht. (1) Sie dürfen in Zeitungen kein Urteil abgeben über Fragen, die unter Ermöglichung höherer Militärbehörden sind, weder anonym noch anderwie, und sie dürfen an keiner Diskussion in der Öffentlichkeit teilnehmen, die sich auf Befehle, Regularien oder Instruktionen ihrer vorgesetzten Behörde bezieht.“

„Daily News“ bemerkt hierzu:

„Der drastischen Armees-Ordnung muß besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zweifello ist in Verbindung mit militärischen Angelegenheiten „Geheimnis“ angebracht. Die Japaner unterdrückten die Kriegskorrespondenz in russisch-japanischen Kriege, und es ist zu bezweifeln, ob für einen zweiten Archibald Forbes oder W. Russell sich Gelegenheiten für fernere Tätigkeit finden werden. — Wir sind durchaus nicht dafür, daß sich die Soldaten eine freie Kritik erlauben

dürfen; es ist jedoch notwendig, sich alle Mitteilungen während des Transvaalkrieges und der Natalunruhen ins Gedächtnis zurückzurufen, um zu verstehen, was der Armeebefehl in Wirklichkeit bedeutet, ebenso die Enthüllungen über die russische Armee, die nur durch Mitteilungen der unteren Grade bekannt geworden sind. Es ist eine äußerst scharfe Maßregel, die die Armee gewissermaßen hermetisch zu verschließen und somit die Kritiken der Kriegskorrespondenten während der Krim-Grovel, jene Kritiken, denen England so viel verdankt, und die Berichte der Soldaten aus der Welt zu schaffen, die zu den südafrikanischen Armeelieferungs-Standalen Anlaß gaben.“

„Daily News“ hätte kürzer sagen können, daß der Armeebefehl eher russisch anmutet als englisch! Um die Ungeheuerlichkeit der Order zu erkennen, braucht man nur daran zu denken, daß bei peinlich-strenger Durchführung der Bestimmungen z. B. Soldaten, die ihren Angehörigen brieflich Mitteilung davon machen, daß sie mißhandelt werden, wegen Verletzung des „Vertraulichkeitsgesetzes“ bestraft werden könnten! Soweit sind wir noch nicht einmal in Preußen. —

Holland.

Theater-Anfrage.

Haag, 9. April. (Melbung des Neulerschen Bureau.) Die Eröffnung der zweiten Friedenkonferenz ist auf den 15. Juni, 2 Uhr nachmittags im großen Ritteraal des Binnenhofs festgesetzt. Als Generalsekretär wird Dr. Doude van Troostwijk, früher Bureauchef in der politischen Abteilung des Ministeriums des Neuhern, vorgeschlagen werden.

Serbien.

Belgrad, 8. April. Die Stupskina ist heute durch einen Erlaß des Königs bis zum 9. Juni vertagt worden, ohne daß das Budget oder das Budgetprovisorium genehmigt worden wären. In Sofia herrscht große Unzufriedenheit infolge der Färten des neuen Prehgesetzes. Insbesondere agitieren sozialistische Lehrer gegen die Regierung. Die Gefahr eines allgemeinen Lehrertreits ist vorhanden. —

Gewerkschaftliches.

Christliche Gewerkschaftskampfmethode.

Die Kaler und Anstreicher in Frankfurt a. M. stehen in einer Lohnbewegung. Die christliche Gewerkschaft, der ein Vertreter bei den Verhandlungen seitens des Kalerverbandes zugewiesen wurde, versuchte im Träben zu fischen und verhandelte an die Arbeitgeber einen eigenen Kohntarif mit verminderten Forderungen. Und zwar wollten sich die christlichen Organisationsmitglieder mit einem Mindestlohn von 53 Pf. für Gehältern über 20 Jahren und 42 Pf. unter 20 Jahren begnügen, während der Verband 55 resp. 44 Pf. und vom 1. April 1908 an 57 und 48 Pf. pro Stunde fordert. Mit der 1/2stündigen Arbeitszeit, die schon 1899 in Frankfurt a. M. erzwungen wurde, sind die Christlichen ebenfalls zufrieden. Die moderne Gewerkschaft verlangt 8stündige Arbeitszeit.

Obwohl die Christlichen den Wünschen der Arbeitgeber weitgehend nachkamen (Arbeitszeit dieselbe, die Mindestlohnforderung ist nur um 1 Pf. pro Stunde höher, als die Meister Zugeständnisse machten), fanden sie bei denselben nicht die gewünschte Gegenliebe. Die Arbeitgeber sagten sich wohl, daß sie mit einer Organisation, hinter der nur einige zupend Mitglieder stehen, keinen Vertrag abschließen können. Und so bekamen sie vom Arbeitgeberverband dieselbe brutale Antwort wie der Verband. In diesem Schreiben ist interessant, daß die Unternehmer kategorisch erklären, der von ihnen ausgearbeitete Tarif müsse unbedingt angenommen werden, da sonst der alte Tarif — der von der Organisation gefordert ist — bestehen bleibe.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Dreher und Maschinarbeiter! Der Streik bei Daimler ist beendet. Die Kollegen haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter!

Die Sperre über die Firma Kieck u. Schöne wird hierdurch aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Die Lohnbewegung der Bäcker.

Vor kurzem hatte eine große Versammlung der Bäckergehilfen ihre Forderungen für die gegenwärtige Lohnbewegung aufgestellt. Der Vorlaut der Forderungen ist fernerzeit im „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Diefelben sind inzwischen den Innungen sowie der Freien Vereinigung der Bäckermeister mit dem Ersuchen um Antwort bis zum 9. d. M. übermittelt worden.

Am Dienstagnachmittag (gestern) tagte in Kellers Saal wieder eine öffentliche Bäckerversammlung, welche die Antwort der Arbeitgeber entgegenzunehmen und Beschluß darüber zu fassen hatte. Die Versammlung war ungewöhnlich stark besucht. Obwohl der Saal samt den Galerien von einer Kopf an Kopf gedrängten Menge gefüllt waren, vermochte das Versammlungslokal nicht alle Einschließenden aufzunehmen.

Der Referent Schneider beleuchtete die bekannten Ursachen und Ziele der gegenwärtigen Lohnbewegung und teilte dann die Antwort der Meister mit. Im Namen der beiden Berliner und 14 in den Vororten bestehenden Innungen schreibt der Obermeister Schmidt:

„... Die Innungen sind gewillt, mit den gesetzlichen Vertretern, den Gesellenauswärtigen, unter Mitwirkung von je zwei Vertretern des Verbandes und des Bundes der Gesellen in Verhandlungen einzutreten. Unter welcher Leitung die Verhandlungen geführt werden sollen, können erst die Innungsversammlungen beschließen, welche in der nächsten Woche stattfinden.“

Der letzte Passus des Antwortschreibens bezieht sich darauf, daß der Verband bei Einreichung der Forderungen sogleich bemerkt hat, er könne nur dann mit Vertrauen in Verhandlungen eintreten, wenn dieselben nicht unter Leitung der Innung, sondern des Ernennungsamtes des Berliner Gewerbegerichts stattfinden.

Der Vorsitzende der Freien Vereinigung der Bäckermeister schreibt, die Vereinigung werde sich in ihrer am Donnerstag stattfindenden Versammlung mit den Forderungen beschäftigen und ihren Beschluß dem Verband mitteilen, sie hoffe, daß eine Verständigung mit den Gesellen herbeigeführt werde.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Referent, daß auch er und seine Kollegen eine friedliche Erledigung der Bewegung wünscheln, aber eine Vertretung des Bundes, der selben Gewerkschaft, könnten sie nicht anerkennen, denn der Bund sei keine Vertretung der Gesellen, sondern der Meister. Nur der Verband mit seinen 2500 Mitgliedern könne als die Vertretung der Berliner Bäckergehilfen angesehen werden. — Der Referent empfahl die nachstehende Resolution, welche nach einer zustimmenden Diskussion einstimmig angenommen wurde:

Die heutige öffentliche Versammlung der Bäcker Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben der vereinigten Innungen Berlins und Umgegend, nach welchem diese zu Verhandlungen mit der Gesellenvertretung bereit sind. Die Gesellenchaft glaubt aber, es ausgesprochen zu müssen, daß die Agitation der Innungen und ihrer Organe in den letzten Wochen nicht gerade von Friedensliebe zeugen.

Die Wahrgelungen vieler Gesellen, die schon jahrelang in den betreffenden Stellen waren und als die fähigsten Arbeiter bekannt waren, die Aufforderung hervortragender Innungsführer, die Mitglieder des Deutschen Bäckerverbandes überall aus

Die Bewegung in den Gewerkschaften wirkt immer höhere Wellen. Gestern haben die Delegierten der vereinigten Pariser Metallgewerke in der Arbeitshalle eine Beratung abgehalten, die den Generalstreik beschloß. Das Datum wird noch nicht bekanntgegeben, doch kündigt ein Plakat eine Baderversammlung für Donnerstag abend an, auf der entscheidende Beschlüsse gefaßt werden sollen. Dem Verband der Nahrungsmittelarbeiter gehören 170 Organisationen an, die allerdings von sehr ungleicher Stärke sind. Der Kampf der Nahrungsmittelarbeiter soll vor allem der Sicherung von Minimallöhnen und der Durchsetzung des Ruhetages gelten. Die Bourgeoispreffe wetteifert in blödsinnigen Sensationsartikeln, um gegen die Arbeiter Stimmung zu machen, die die Stadt „der Hungernot preisgeben“ und die Bewohner durch das „Sabotage“ vergriffen oder auf andere grausame Weise umbringen wollen. Den Spiegeln wird täglich erzählt, daß sie Glasplitter ins Brot eingebaden bekommen werden und dergleichen. Bezeichnend ist, daß auch radikale Blätter, wie der „Radical“ des Deputierten Raujan, des verbissensten Feindes der Sozialisten und die radikal-sozialistische „Dépêche de Toulouse“, das größte demokratische Provinzialblatt Frankreichs, an dieser Hege teilnehmen.

Auch die Marineworker sind in einer Bewegung, die zum allgemeinen Streik hinführen scheint. Gestern haben sie in allen Seestädten Versammlungen abgehalten, auf deren Tagesordnung die Altersversorgung stand. Die Marineworker haben auf ihrem letzten Kongress einen Gesetzentwurf angenommen, den der radikale Abgeordnete Siegfried ausgearbeitet hat. Die Regierung aber besteht auf einer Vorlage, die den Arbeitern viel weniger bietet. Die gestrigen Versammlungen haben einstimmig den Entwurf des Marineministers Thomson verworfen. Am 13. Mai werden die Delegierten der 116 Organisationen der Marine angestellten neuerdings zusammentreten, um die der Sachlage entsprechenden Maßregeln, gegebenenfalls den allgemeinen Streik, zu beschließen.

Der Kampf der Regierung gegen die Staatsangestellten ist in das entscheidende Stadium getreten. Schon wird aus der Provinz die Maßregelung eines Finanzbeamten gemeldet, der das Gewerkschaftsrecht seiner Kollegen in einem Artikel verteidigt hat. Das Ministerium legt aber namentlich die Latit fort, die Einigkeit der Beamten zu brechen. Es ist ihr gelungen, die Vereinigungen der Gefängniswärter und der Ministerialbeamten zu einer Erklärung gegen das Schlichtungsausschüsse der Staatsangestellten zu bewegen. Die Gefängnisbeamten erklären nicht nur, das Manifest gegen Clémenceau nicht gezeichnet zu haben, sondern stellen diesem auch das Knie aus, doch er sie immer mit „Wohlvollen“ empfangen habe. Nicht „Wohlvollen“, sondern zu mindest eine Unhöflichkeit und eine, eines ernsten Politikers unwürdige Kinderei ist es, daß das Ministerium den Lehren des Antivorschreibens, dessen Wortlaut schon vor zwei Tagen durch „Agence Havas“ verbreitet worden ist, noch immer nicht hat zustellen lassen.

Angesichts der prinzipiell ablehnenden Haltung des radikalen Ministeriums in der Frage der Beamtenvereinigungen erinnert die „Humanité“ heute an die Tagesordnung der Kammer vom 22. Mai 1894, die lautet: „In Erwägung, daß das Gesetz von 1884 auf die Arbeiter und Beamten des Staates ebenso anzuwenden ist wie auf die der Privatindustrie, fordert die Kammer die Regierung auf, dieses Gesetz zu achten und seine Ausführung zu erleichtern.“ Diese Resolution brachte den Ministerpräsidenten Casimir Perier zu Fall. Heute, nach 13 Jahren, steht der radikale Demokrat Clémenceau dort, wo der repräsentative Mann des Finanzkapitalismus gestanden hat.

Eingegangene Druckschriften.

- Werkstättenbericht für das 8. Geschäftsjahr 1906 des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ zu Hamburg. 40 Seiten. Verlag Kurt u. Co. in Hamburg.
Werkstättenbericht der „Union“, Baugesellschaft auf Affen, für das Jahr 1906. Selbstverlag Margaretenstr. 92/93.
Die Aufrüstung der Kinder über geschlechtliche Dinge. Ein Vortrag von Otto Kühle, Bremen, Verlag des Sozialdemokratischen Vereins (Kommissionsverlag Buchhandlung der „Bremer Bürger-Zeitung“). Preis 20 Pf.
Abdruck aus dem „Nachruf“ der Bodenreform: Das neue Baupfandgesetz von H. Freese. Verlag: G. Richter in Jena.
Das Mittelgeschlecht von Ed. Carpenter. 240 R. Verlag: Schö u. Schauer, Kamen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

- Lohnbewegung. Budapest, 9. April. (B. G.) Die Zunderbäder sind heute in den Ausstand getreten; sie fordern Lohnerhöhung.
Militär und Gerichte gegen das Koalitionsrecht. Paris, 9. April. (B. G.) Gegenüber der vom Vorstand des Verbandes der Arbeiterjudikale betriebenen, auf allgemeinen Streik abzielenden Agitation hat die Regierung die strengsten Maßregeln ergriffen. Die Führer des Syndikats der Volksschullehrer sowie des Syndikats der Briefträger, Telegraphenboten und unteren Postbeamten, die den öffentlichen, gegen die Regierung gerichteten Aufruf unterzeichnet hatten, sind vor die zuständigen Disziplinargerichte verwiesen worden. Was den für Donnerstag angekündigten Ausstand der Syndikate der Nahrungsmittelgewerbe anlangt, so hat die Regierung beschlossen, auf Grund des Strafgesetzes gegen sämtliche Anführer vorzugehen.
Paris, 9. April. (B. G.) Die Behörden haben umfassende Maßregeln für Donnerstag getroffen, angesichts des für diesen Tag angekündigten Ausbruchs des Streiks der Arbeiter der Lebensmittelbranche. Sämtliche Truppen der Garnison bleiben an diesem Tage in den Kasernen konzentriert. Die betroffenen Läden werden von Militär und Polizei bewacht werden.
Generalstreik der Bäcker. Marseille, 9. April. (B. G.) Die Bäcker haben beschlossen, in den Generalausstand zu treten, nachdem die Arbeitgeber die Forderungen der Gehälften abgelehnt haben.

Das Budget und die Duma.

Petersburg, 9. April. (B. T. B.) Das Haus beschloß mit allen Stimmen gegen diejenigen der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre das Budget der Budgetkommission zu überweisen.

Ueberfall durch Polizeibeamte.

Riga, 9. April. (B. G.) In einem Hause der Smolenskerstraße fand am Sonnabend eine geheime revolutionäre Versammlung statt, die von der Polizei aufgelöst wurde. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. In der darauf folgenden Nacht nahm die Polizei zahlreiche Hausdurchsuchungen vor und kam irrtümlicherweise auch in die Wohnung des reichsdeutschen Fabrikmeisters Rittinghaus, wo sie Einlaß forderte. Dieser hielt die Polizisten für Räuber und verteidigte sich mit Revolverkugeln. Die Polizei erwiderte das Feuer und verletzte Rittinghaus schwer.

und Reservefahrer der Berliner Brauereien nur im vorgenannten Verbände organisiert sind, erklären wir, daß dieselben schon seit Jahren im Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter organisiert sind und als Legitimation eine Bogenquittungsliste von roter Farbe haben, welche sie angewiesen sind, auf Wunsch vorzuzeigen.

Die Karten sind nur gültig, wenn sie ordnungsgemäß gestempelt sind.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, Sektion II.

J. A.: Arthur Schuldt.

Deutsches Reich.

An die deutsche Arbeiterschaft!

Die organisierten Einlassierer und Kassenboten erfordern die deutsche Arbeiterschaft, mehr als bisher auf die vom Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter eingeführte braune Kontrollkarte zu achten, welche nur dann Gültigkeit hat, wenn dieselbe jedes Quartal abgestempelt ist.

Es hat sich herausgestellt, daß in letzter Zeit von verschiedenen „Auch-Kassierern“ das Gerücht verbreitet wird, eine Organisation der Einlassierer und Kassenboten existiere nicht mehr. Dies ist unannehmlich; wir sind nach wie vor auf dem Vollen.

Bei jeder Zahlung, bei jedem Geschäftsabschluss, sei es Abzahlungs-, Versicherungs- oder Nähmaschinenbranche, verlange man die braune Legitimationskarte: „Hoch die Solidarität.“

Die gesamte Parteipresse, insbesondere aber die Gewerkschaftspresse werden um Veröffentlichung dieses Aufrufes gebeten.

Die Agitationskommission der Einlassierer und Kassenboten. J. A.: Friedr. Ludow, Berlin N., Fehrbellinerstr. 3.

Zur Aussperrung der Hamburger Schauerleute.

Die vom Hamburger Gewerbegericht angebotene Vermittlung ist auf Seiten der Reeder auf Widerspruch gestoßen, während die Schauerleute erklären, jederzeit vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts erscheinen zu wollen. Von dritter Seite wird der Versuch gemacht, eine Einigung auf „mittlerer Grundlage“ zu erzielen. Es wird auch höchste Zeit, daß eine Einigung zustande kommt, denn die Zustände auf den Kasernenschiffen werden immer unhaltbarer, und die Arbeit stockt nach wie vor, was aus dem erneuten Anwachsen der Schiffe ersichtlich ist. Die Kaufmannschaft zeigte gegenüber dieser „prompten“ Beförderung eine wahre Lammesgebild, doch mehren sich jetzt von Tag zu Tag die Stimmen, die auf eine Beilegung der Differenzen hinweisen.

Gestern nachmittag fand, wie uns ein Privattelegramm aus Hamburg mitteilt, zwischen den Vertretern des Hafenvereins und denen des Hafenarbeiterverbandes eine weitere Besprechung zwecks Beilegung des Konfliktes statt. Das Ergebnis derselben wird einer heute nachmittag stattfindenden Versammlung der Schauerleute vorgelegt werden.

Ein neuer Tarifvertrag ist zwischen den Lübecker Klempnergehilfen und der Klempnerinnung auf drei Jahre abgeschlossen worden. Nach demselben darf der Lohn für Gesellen unter 20 Jahren nicht unter 43 Pf. pro Stunde, für Gesellen über 20 Jahre nicht unter 50 Pf. pro Stunde betragen. Außerdem erhalten alle Gesellen, die über 20 Jahre alt sind, eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wird im Winter von 9 1/2 auf 9 Stunden herabgesetzt.

Die Arbeiter der Maschinenfabriken Offenbach a. M. haben, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, sich zu den gestellten Forderungen zu äußern, nunmehr am Montag in einer überaus stark besuchten Versammlung gezeigt, daß es ihnen Ernst mit der Verbesserung ihrer Lage ist, indem sie in geheimer Abstimmung gegen nur einige Stimmen beschlossen, am nächsten Sonnabend die Kündigung einzureichen.

Die Schmiede, Kesselschmiede und Hülsenarbeiter der Firma D. Schimmelbusch in Kaiserslautern stehen seit Montag im Ausstande. Von Arbeiterseite ist alles Mögliche getan, um eine friedliche Lösung der Differenzen herbeizuführen. Aber auch die Fabrikinspektion und das Gewerbegericht, welches von den Arbeitern als Einigungsamt angerufen wurde, konnten dem Fabrikanten Vernunftgründe nicht beibringen. Auf die Forderung einer Schlichtungshalle wußte Herr Schimmelbusch nichts anderes zu antworten als: Er sehe wohl die Berechtigung dieser Forderung ein; aber er habe kein Geld zu so was. Wenn ihn der Zentralverband der Schmiede 50 000 M. pumpen würde, so wäre er bereit, die Halle zu bauen. Für das gepumpte Geld würde er gern 4 1/2 Proz. zahlen. Da aber die Arbeiter ein großes Interesse an der Erhaltung von Leben und Gesundheit haben, so beharren sie auf ihren Forderungen, ohne daran zu denken, dem reichen Fabrikanten 50 000 M. zu pumpen. — Zugung von Schmiedern, Kesselschmiedern und Hülsenarbeitern ist zu vermeiden.

Die Schuhmachergehilfen in Konstanx sind in den Ausstand getreten.

Ausland.

Die Maßschneider in Zürich (Schweiz) stehen die fünfte Woche im Streik. Zugung ist strengstens verboten, bis der Kampf beendet ist.

Die Bauarbeiter in Antwerpen sind in eine Bewegung eingetreten. Der Ausstand hat einen großen Umfang angenommen. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich bereits auf mehrere Tausend. Sie durchziehen demonstrierend die Straßen der Stadt.

Eine neue Aussperrungsandrohung der dänischen Arbeitgebervereinigungen.

Ist dem Verband der dänischen Gewerkschaften am Freitag zugestellt worden. Sie betrifft die organisierten Führer in Kopenhagen, die sämtlich ausgesperrt werden sollen, weil bei zwei Unternehmern die Führerleute dagegen protestierten, daß zwei unorganisierte Arbeiter beim Ein- und Ausladen tätig waren. Die Arbeitgebervereinigungen hat in diesem Fall nicht einmal Verhandlungen zwischen den Führern und Führerleuten abgewartet, sondern will gleich mit der allgemeinen Aussperrung vorgehen.

Gleichzeitig kündigt sie dem Gewerkschaftsverband an, daß die Aussperrung sämtlicher organisierter Arbeiter der drei großen Schiffswerften in Kopenhagen und Helsingör am Sonnabend, den 13. April, stattfinden soll.

Streik angekündigt haben die Glaserarbeiter in Kopenhagen und Helsingör, die seit Oktober vorigen Jahres hergeblig versucht, durch Verhandlungen mit den Eisenindustriellen ihre Stundenlöhne zu erhöhen; ferner die Stellmacher, deren Tarifvertrag am 1. März abgelaufen ist, ohne daß inzwischen ein neuer zustande kam. Auch die Straßenbahnangestellten in Kopenhagen drohen mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, und zwar wegen ungerechtfertigter Dienstentlassung eines Mitgliedes ihrer Organisation.

Ein neuer Tarifvertrag der Schneider Kopenhagens ist am Freitag endgültig angenommen worden. Er bietet Lohnverbesserungen von durchschnittlich 10 Proz. Die verschiedenen Geschäfte sind in 5 Klassen eingeteilt, doch soll die Einteilung nach Verlauf von 2 Jahren auf 4 Klassen beschränkt werden.

Die Steinhauer auf Bornholm und in Kopenhagen haben ebenfalls einen neuen Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, der ihnen Lohnverbesserungen und eine Verlängerung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden bringt.

Die Arbeiterinnen der größeren Glasfabriken in Dänemark kündigten Ende vorigen Jahres die damals geltenden Tarifverträge. Zu einer Einigung ist es bis jetzt mit Taborgsfabriken in Kopenhagen und mit dem Aarhus Glaswerk gekommen, die ungefähr 400 Arbeiterinnen beschäftigen. Sie erreichten Lohnverbesserungen von 1,50 bis 2 Kronen die Woche.

Pflaster zu legen und dafür gelbe Streikbrecher in Arbeit zu nehmen, weiter, die den einzelnen Meistern vorgelegten Reberje, nach welchen diese sich verpflichten sollten, keinerlei Kundenschaft von solchen Meistern anzunehmen, die die Gesellenforderungen abgelehnt haben und in Leberjeleistungen sogar hohe Geldstrafen in Aussicht stellen, endlich die zahlreichen Annoncen in allen Provinz- und Kreisblättern, in welchen Streikbrecher gesucht wurden, beweisen vielmehr, daß es den Innungen nur um den Kampf zu tun war.

Ungeachtet aller Provokationen, die sich in den vorgenannten Maßnahmen sowie in vielen anderen Kundgebungen der Innungen äußerten, dokumentiert die heutige Versammlung aufs neue ihre Friedensliebe.

Der Gesellenrat ist es einzig und allein nur darum zu tun, ihre berechtigten Forderungen, deren Erfüllung bereits im Vorjahre zum größten Teil seitens der Innungen gesichert war, die aber nicht erfüllt wurden, erfüllt zu sehen. An einem Kampfe hat die Gehilfenschaft gar kein Interesse. Aus diesen Gründen beschließt die heutige Versammlung, mit den Innungen in Verhandlungen einzutreten, wenn genügende Gewähr für unparteiische Leitung derselben gegeben ist, und wenn auch für Erfüllung des geschaffenen Vertrages genügende Garantien geboten werden.

Die Versammlung sieht aber in nur zwei Vertretern des Deutschen Bäckerverbandes nicht die genügende Vertretung der Gehilfenschaft, muß vielmehr unter allen Umständen mindestens sechs Verbandsvertreter beanspruchen.

Wieviel Innungsvertreter zu diesen Verhandlungen zugezogen werden, ist lediglich Sache der Innungen, wie es ihnen auch unbenommen bleibt, soviel Vertreter von Korporationen und Vereinen der Meistererschaft, die alle mehr oder weniger mit den Innungen koalieren, zu den Verhandlungen zuzuziehen, als sie nur immer wollen.

Als Vertretung der Gehilfenschaft aber hat neben den Gesellenauschüssen nur der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands zu gelten.

Die Tarifbewegung in der Herrenkonfektion.

Die für die Berliner Herrenkonfektion tätigen Schneider wollen bekanntlich in diesem Jahre allgemeine Lohnsätze durchzuführen, die der bisher durch keinerlei Regeln eingeschränkten Ausbeutung ihrer Arbeiterschaft gewisse Grenzen setzen sollen. Die Tarifvorlage ist den Unternehmern bereits vor ungefähr 14 Tagen zugestellt worden, freilich genug, damit sie sich bei Berechnung ihrer Warenpreise danach richten, und nicht mit der Ausrede kommen können, sie hätten schon alles kalkuliert, ihre Reisenden seien unterwegs und darum sei es unmöglich, eine andere Lohnregelung durchzuführen.

Am Montag fanden nun vier große öffentliche Versammlungen der Konfektionschneider statt: bei Haberecht in der Großen Franzfurterstraße, in den „Königsäfen“ in der Neuen Königstraße, bei Wille in der Drammestraße sowie in der „Berolina“ in der Schönhauser Allee. Die Versammlungen waren sämtlich zahlreich besucht, ein Beweis dafür, daß es den Schneidern der Konfektionsbranche ernst ist mit der Verbesserung ihrer Lebenslage. Die Referenten waren: Kunze, März, Mirus und Stühmer. Auf der Tagesordnung stand: „Die Stellung der Konfektionschneider zu unseren eingereichten Lohnsätzen.“ Darüber konnte allerdings noch nicht viel berichtet werden. Jene welche bestimmte Antwort auf die Tarifvorlage war noch nicht eingegangen. Doch läßt der Umstand, daß die Konfektionschneider sich zu einem Arbeitgeberverband für die Herrenkonfektion zusammengeschlossen und eine besondere Kommission gewählt haben, erkennen, daß sie sich wohl mit der Angelegenheit befassen wollen. Es bleibt also abzuwarten, welche Stellung sie einnehmen werden. Sollte die Antwort allzu lange ausbleiben, so wird es die Kommission der Konfektionschneider gewiß nicht an der nötigen Mahnung fehlen lassen.

Die Referenten sprachen ferner über die Tarifbewegung im allgemeinen wie über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der mächtig ausblühenden Konfektionsindustrie, die den Unternehmern immer größere Profite bringt, den Arbeitern aber nicht das bietet, was bei der Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zum Leben notwendig ist. Die 12 1/2 Prozent Lohnerhöhung, die durch den großen Streik von 1896 erzwungen wurden, sind nur zum Teil wieder verloren gegangen. Die Bewegung von damals war wie ein Strohhalm. Die Massen, die zu einem Handlung zusammengeführt waren, hielten nicht fest an der Organisation und darum konnten sie sich die gewonnenen Vorteile nicht sichern. Nun aber stehen sie weit zahlreicher und fester in der Organisation da und werden, wenn es sein muß, sich ihre kämpfenden Kollegen in der Maßbranche zum Muster nehmen. Sind die Tarife einmal durchgeführt, so werden sie Kraft ihrer Organisation auch dafür zu sorgen wissen, daß sie dauernd innegehalten werden. Selbstverständlich wird es auch weit leichter sein, an bestimmten Tarifen dauernd festzuhalten, als an einer prozentualen Lohnerhöhung, wie sie vor 11 Jahren erreicht wurde. Die Tarife selbst sind in Geschäftsführungen von den Arbeitern der verschiedenen Firmen gründlich beraten und sorgfältig ausgearbeitet worden. Jetzt ist es so, daß für ein und dasselbe Stück in demselben Geschäft die Preise um 10 bis 25 Pf. in 7 bis 8 Stufen steigen, der Güte der Arbeit entsprechend. Jedoch bringt es diese Grobchensteigerung mit sich, daß oft die bessere Arbeit für denselben Preis verlangt und geliefert wird wie geringere. Die Tarifvorlage teilt nun die Geschäfte in drei Klassen und für jeden Artikel sind wiederum besondere Serien vorhanden, so daß z. B. in der mittleren Tarifklasse für einen Paletot je nach der Güte der Arbeit Arbeitspreise festgelegt werden von 4,25 M., 5 M., 5,75 M. und 6,50 M.

Für Lohnarbeit wird verlangt 33 M. Wochenlohn für Gehilfen und 18 M. für Arbeiterinnen bei neunständiger Arbeitszeit.

Der Einwand, daß einheitliche Tarife in der Konfektion nicht durchführbar sind, wird widerlegt durch die Tatsache, daß solche schon durchgeführt sind in Breslau, Ebersfeld, Stuttgart, Augsburg, Frankfurt a. M., Mainz, Offenbach, München, Stettin. Von den größeren Konfektionsstädten sind es nur noch Berlin und Aschaffenburg, wo Tarife noch nicht bestehen. Die Konfektionschassen müssen übrigens auch leicht zu der Einsicht kommen, daß die Einschränkung der ungelassen Konkurrenz, die eine feste Lohnregelung mit sich bringt, ihnen selbst eher zum Vorteil als zum Nachteil gereicht. Wenn die Konfektionschassen mit hohen Arbeitslöhnen großtun, die angeblich verdient werden, so darf man nicht vergessen, daß in den Löhnen auch die Tagesarbeit der Frauen der Arbeiter steckt und daß den Konfektionschneidern, die doch zum allergrößten Teil Heimarbeit sind, eine Arbeitszeit von 12 Stunden meist als kurz erscheint, sie aber nur zu oft 14—15 Stunden, wenn nicht noch länger täglich arbeiten.

In allen Versammlungen trat ein reges Interesse für die Tarifbewegung hervor und die Aufforderung der Referenten, nun für eine weitere Stärkung der Organisation unablässig tätig zu sein, bereifte nicht ihre Wirkung.

Beendigung der Aussperrung im Schneidergewerbe?

Wie durch eine Zeitungskorrespondenz gemeldet wird, fanden gestern in München zwischen den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen längere Verhandlungen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Am Donnerstag, den 11. d. M., erfolgt in allen deutschen Städten die Wiederaufnahme der Arbeit von Seiten der ausgesperrten und Ausständigen. Alle Verhandlungen über den abzuschließenden neuen Tarif finden auf der Grundlage der vorliegenden Arbeitgebertarife in den einzelnen Orten zwischen den beteiligten Organisationen statt.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und Umgegend.

Bezugnehmend auf die unter Gewerkschaftliches in Nummer 81 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 7. April, gebrachte Notiz des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen, wonach es erscheint, als ob die Fahrer, Mitfahrer

Deutscher Handelstag.

Der Deutsche Handelstag trat heute (Dienstag) zu seiner 83. Vollversammlung zusammen. Nach den üblichen Formalitäten hielt Graf Kosobowsky eine Rede, aus der wir folgendes wiedergeben:

Die fortschreitende Entwicklung unserer Industrie hat wesentlich dazu beigetragen, die Lebenshaltung der industriellen Arbeiter zu heben, eine Tatsache, die wohl von keiner Seite mehr ernstlich bestritten wird. Aber mit der industriellen Entwicklung sind auch mancherlei Gefahren für unsere Volksgesundheit verbunden und die Kurve der Betriebsunfälle zeigt leider eine aufsteigende Linie. Die rege Beschäftigung, deren sich gegenwärtig unsere Industrie erfreut, beruht zum Teil sicherlich auf dem Wiedererstarren der Landwirtschaft, wie es sich namentlich in ihrer erhöhten Produktivität und verstärkten Verwendung von Maschinen zeigt. Wenn gleichzeitig gewisse Lebensmittel eine Preissteigerung aufweisen, so haben hierauf die günstigen Lohnverhältnisse und die hierdurch ermöglichten Ansprüche unserer schnell wachsenden Bevölkerung auf verbesserte Lebenshaltung einen wesentlichen Einfluss geübt; in der steigenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen liegt indes wiederum ein starker Anreiz zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik und damit zur Hebung der gesamten Landwirtschaft.

Außer der Vermehrung der Unfälle und der wirtschaftlichen Kämpfe, die Graf Kosobowsky ebenfalls berührte, sieht er alle Verhältnisse mit optimistischen Augen an. Millionen deutscher Arbeiter wissen nichts von einer Hebung ihrer Lebenshaltung; relativ betrachtet dürfen sich tatsächlich nur verhältnismäßig wenige Arbeiter einer Verbesserung ihrer Position freuen. Der verminderte Fleischkonsum ist jedenfalls auch kein Beweis für bessere Lebenshaltung. Die Agrarier, denen Kosobowsky schon lange ein Dorn im Auge war, werden nach seiner jetzigen Verteidigung der Lebensmittelpreissteigerung wohl etwas wohlwollender werden. Man stelle sich nur vor, ein Staatssekretär würde in einer Wählerversammlung in solch prononzierter Weise sich als Schilling des Handels und der Industrie aufspielen. Die Junker würden nicht schlecht auffahren und den Kühnen derb heimleuchten.

Ein Referat des Präsidenten kämpft über Weltpostporto und engerer Postverein folgte. Er führte dazu u. a. aus:

Die Verbilligung des Postos gehört zu den wichtigsten Fragen des Verkehrs. Es war geradezu eine Großtat, als im Jahre 1840 in England das Pennyporto eingeführt wurde. Gerade wir in Deutschland müssen umso mehr nach einer Herabsetzung des Postos streben, als bei uns im Inlandsverkehr das Porto höher ist als in anderen Kulturländern. In Frankreich zahlt man für einen einfachen Brief 10 Ct. in Belgien und der Schweiz nicht mehr, in Oesterreich 10 Heller (= 85 Pf.), in England 1 Penny (= 85 Pf.). Nur in Deutschland zahlt man noch das bedeutend höhere Porto von 10 Pf. An einer Verbilligung des internationalen Postos ist Deutschland umso mehr interessiert, als gegen 4 Millionen deutscher Reichsangehöriger sich im Auslande aufhalten und etwa 9 Millionen im Auslande ansässiger reichsdeutscher Herkunft sind.

Auf dem im Mai vorigen Jahres in Rom abgehaltenen Weltpostkongress hat Neu-Seeland den Antrag gestellt, für alle Länder des Weltpostvereins das Porto von 10 Cts. einzuführen, während Japan, unterstützt von England, eine Herabsetzung des jetzigen internationalen Postos von 25 Cts. auf 20 Cts. für je 15 Gramm beantragte. Beide Anträge sind indes abgelehnt worden. Dagegen ist beschlossen worden, zwar das 25-Cts.-gleich 20-Pf.-Porto beizubehalten, aber das zulässige Gewicht eines einzelnen Briefes von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen und für das Mehrgewicht von je 20 Gramm nur 15 Cts. bzw. 12 Pf. zu erheben.

Folgender vom Referenten befürworteter Antrag wurde einstimmig angenommen:

Der Deutsche Handelstag ersucht den Herrn Reichskanzler, dahin zu wirken, daß unter möglichster Herabsetzung des Postos im inneren deutschen Verkehr für Briefe von 10 auf 8 und für Postkarten von 5 auf 4 Pf. 1. zunächst zwischen Deutschland und dessen Nachbarländern Postverträge geschlossen werden nach Art der zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie zwischen Deutschland und Luxemburg bereits bestehenden Verträge, wonach für den Verkehr zwischen diesen Ländern nur die für den inneren Verkehr derselben bestehenden Portosätze in Anwendung kommen; 2. künftig zwischen sämtlichen Ländern des Weltpostvereins die Herabsetzung des Postos auf die in deren innerem Verkehr geltenden Sätze herbeigeführt wird.

Hierauf erstattet über die Revision des Vorseugesetzes der Vizepräsident der Berliner Handelskammer Herr v. Wendelsjohn das Referat:

Die großen Uebel, die das Vorseugesetz anerkanntermaßen im Gefolge hatten, sind weder an den Symptomen, noch am Grunde der Krankheit selbst bisher kuriert worden.

Das Verbot des Terminhandels im Vergewerks- und Hüftenanteil sollte große Ausschweifungen verhüten und die wilde Spekulation beschränken. Beide Folgen hat das Verbot nicht gehabt. Dagegen hatte es andere Nachteile, die nicht nur vom Standpunkte der Börse, sondern vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkte aus tief zu beklagen sind. Die Gegner des Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten argumentieren damit, daß der Terminhandel die Einfuhr ausländischen Getreides fördere, große Preisschwankungen hervorrufe und preisdrückend wirke. Demgegenüber ist zu betonen, daß unter dem jetzigen Vorseugesetz die Einfuhr ausländischen Getreides nicht ab-, sondern zugenommen hat, trotz der günstigen Ernten in Deutschland. Die Vermehrung der Einfuhr ist einfach eine notwendige Folge der Vermehrung der Bevölkerung und der besseren Lebenshaltung. Der Import regelt sich nicht nach dem Vorseugesetz, sondern nach dem Bedarf. Auch die Schwankungen im Getreidepreis hat das Vorseugesetz nicht vermeiden können, und die dritte Behauptung, der Terminhandel wirke preisdrückend, wird durch die Erfahrung der letzten Jahre widerlegt.

Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution wurde angenommen.

Sodann beriet der Handelstag über die Haftung des Staates für den von seinen Beamten zugefügten Schaden. Berichterstatter ist Generalsekretär Soelbeer. Die zu diesem Punkt nachher angenommene Resolution lautet:

Die Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechtes für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden erlangt zurzeit in Deutschland der einheitlichen Regelung. Nur in einem Teile der Bundesstaaten findet eine unmittelbare Haftung statt; in einem anderen Teile wird noch Art einer Bürgschaft gehandelt; in einem dritten Teile, darunter Preußen, mit Ausnahme der Rheinlande, fehlt es an jeder Haftung. Dieser Zustand steht mit der Einheit des Deutschen Reiches und den Forderungen des Rechtsbewußtseins im Widerspruch. Zu seiner Beseitigung tritt der Deutsche Handelstag in Uebereinstimmung mit dem Deutschen Juristentag dafür ein, daß durch Reichsgesetz die unmittelbare Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechtes für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden festgesetzt werde.

Es folgte auf der Tagesordnung die Beratung der Kolonialfrage. Der Ausschuh des Deutschen Handelstages legte folgende Erklärung vor, die natürlich auch Annahme fand:

Ueberzeugt von der großen Wichtigkeit des deutschen Kolonialbesitzes für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, sowie für die Stärkung seiner handelspolitischen Stellung tritt der Deutsche Handelstag warm ein für eine zielbewusste und kraftvolle wirtschaftliche Entwicklung unserer Kolonien, insbesondere durch einen planmäßigen Eisenbahnbau. — Der Deutsche Handelstag empfiehlt

deshalb auch allen Kreisen von Handel und Industrie, im Vertrauen auf eine großzügige Leitung der Kolonialverwaltung, die tatkräftige Mitarbeit an den Vorarbeiten für die Schaffung volkswirtschaftlich wichtiger Rohstoffe und Produkte, sowie zur Förderung des Absatzes deutscher Industrieverzeugnisse in den deutschen Kolonien.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Frage des Zeidenzschußes. Handelskammerpräsident Schloßmacher-Offenbach begründete im Auftrage des Ausschusses einen längeren Antrag, der das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnungen vom Jahre 1894 zwar als einen bedeutamen Fortschritt anerkennt, jedoch die Beseitigung einer Reihe von Mängeln fordert, die sich im Laufe der Wirksamkeit des Gesetzes herausgestellt haben.

Neunter Verbandstag des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 8 April 1907. Nachmittags-Sitzung.

Das Resultat der Mandatsprüfung ergibt die Anwesenheit von 132 Verbandsvorstellern auf dem Verbandstage, deren Mandate sämtlich für gültig erklärt werden.

Die Diskussion über die Vorstandsberichte wird fortgesetzt. Roschler, Dresden, Wende, Elbing (Gauleiter), Reinecke, Leipzig und andere beschließen sich besonders mit den Kartellverträgen und dem Bestreben der Maurer, die Zementarbeiter in ihre Organisation hineinzuziehen. Die Debatte wird durchaus sachlich geführt und Roschler findet Beifall, als er ausführt, wenn der Kartellvertrag mit den Mauern zu 75 Proz. sich bewährt und zu 25 Proz. sich nicht bewährt habe, so dürfe man die vorgefallenen Mißbelästigungen nicht verallgemeinern.

Vömelburg geht auf die Fragen, welche die Zementarbeiter, den Kartellvertrag und die Verschmelzung behandeln, ein. Wenn teils die Maurer bestrebt sind, die Zementarbeiter zu ihrer Organisation hinzuzuziehen, so treffe dasselbe mindestens in demselben Maße auch auf die Bauhilfsarbeiterorganisation zu. Er sehe nach wie vor auf dem Boden, daß die gelernten Arbeiter der Zementbauindustrie in den Maurerverband und die Hilfsarbeiter den Bauhilfsarbeitern gehören. Es gibt in der Zementbranche hoch qualifizierte Arbeiter. Es sei notwendig, daß die berechtigten Zustände von den Zentralvorständen zunächst untersucht werden. Dazu sei infolge der gewaltigen Lohnbewegungen bisher keine Zeit gewesen. Erstaunt sei er aber darüber, daß heute noch Organisationsleiter und dazu rechne er alle, welche an der Leitung in irgendeiner Weise teilnehmen, die Aufhebung des Kartellvertrages zur Debatte bringen. Der Kartellvertrag sei ein Produkt der Verhältnisse. Die Verhältnisse hätten sich zusammengewandelt, die Verhältnisse werden sich zusammenhalten. Wenn hier und dort Verstöße vorkommen, so liege das nicht an dem Kartellvertrag, sondern an den ausführenden Personen, die manchmal schlechte Kaufleute sind. Auf beiden Seiten müsse das Bestreben vorwalten, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen. Da, wo unvollkommene Menschen zusammenarbeiten, wird es immer Reibungsflächen geben. Es dürfe aber nicht jede Kleinigkeit an die weisse Westfront gebracht werden. Da wirkt sie dann erst recht zum Schaden aller Beteiligten. Die Zeit, wo die Notwendigkeit der Verschmelzung einmal kommen werde, kann näher oder ferner sein: kommen wird sie. Das glaube er. Heute, wo der Kartellvertrag besteht, sei die Verschmelzung weniger dringlich als früher. Was bis heute geschehen ist an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe, ist das Resultat der gemeinsamen Arbeit. Dieses Hand in Handarbeiten wird sich zur weiteren Verwirklichung entwickeln. Vor der Verschmelzung müßten die einzelnen Organisationen sich erst gehörig ausbauen. Die einzelnen Berufsgruppen müssen sich aus sich selbst heraus zur Hilfe kommen, daß sie innerhalb von 10 Jahren bei den Bauhilfsarbeitern in betriebsfähiger Weise schon geschehen. Darum aber liegt doch dieser Berufsgruppe noch ein gewaltiges Feld vor. Er sei der festen Ueberzeugung, daß die Bauhilfsarbeiterorganisation sich nur darum so weit entwickeln konnte, weil sie in der Organisationsform allein war. Die übrigen Schwierigkeiten, welche bei einer Verschmelzung mitsprechen, werden sich einmal zur Sprache entwickeln. Heute gelte es zunächst, alle Kräfte zum Besten der einzelnen Organisationen und so für die Gesamtheit zu heben und zu entwickeln.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird bis zum Schluß der Sitzung fortgesetzt.

Hamburg, 9. April.

In der Sitzung vom Dienstag vormittag wurde die Debatte über den Vorstandsbericht fortgesetzt. Fröhlich, Köln ist mit der Stellungnahme des Fachorgans in politischen Fragen nicht zufrieden. Leider werde der Meinungsaustausch über diese Dinge verhindert durch das selbstherrliche Verfahren des Redakteurs, der die strittigen Sachen auf das persönliche Gebiet übertrage. Das gelte von der Behandlung des „Vorwärts“-Konfliktes ebenso wie von dem über das Ergebnis der Reichstagswahl geschriebenen Artikel, der nicht zur Hebung der Kampfes Stimmung geeignet sei. Auf diese Angriffe antwortet der Redakteur Löffler, der u. a. hervorhebt, es müsse schlecht bestellt sein um die Partei, wenn sie in ihrer Kampfes Stimmung durch sachliche Förderung von Tatsachen geschädigt werde. Das sei aber gar nicht der Fall. Politische Zeiterei treibe das Fachblatt nicht. Allerdings lasse er sich nicht bestimmte Anschauungen aufzwingen. Wollte man es anders haben, dann müsse man sich einen anderen Redakteur wählen.

Verbandstag der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weigbinder Deutschlands.

Leipzig, 8. April.

Die Verhandlungen des Verbandstages begannen am 8. April im Volkshause und werden voraussichtlich am 13. April beendet sein. Dem gedruckt vorliegenden ausführlichen Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses über die Jahre 1905 und 1906 entnehmen wir folgendes interessante Material: Die Mitgliederzahl ist in den beiden Berichtsjahren von 22 859 auf 36 626 gestiegen, eine Steigerung um 13 767 vollzählende Mitglieder oder 60 Proz. Schon von 1903 zu 1904 war die Zahl der Mitglieder um denselben Prozentsatz, um 8556 Personen gestiegen. Allerdings wird es wohl kaum noch eine zweite Gewerkschaftsorganisation geben, in der eine so große Fluktuation der Mitglieder stattfindet. So wurden zwar 27 434 Mitglieder im Jahre 1906 neu aufgenommen, davon blieben nur 13 767 im Verbandsverband, ein Verlust von 60 Proz. Trotzdem hat sich auch jene Erscheinung ein wenig gebessert. Interessant ist, daß die Fluktuation der Mitglieder, die nach einem Jahre bereits Anspruch auf Kranken-, Reise- und Sterbengeldunterstützung haben, wesentlich geringer ist. Rechtschutz wurde 48 mal bei gewerkschaftlichen Streitigkeiten, 6 mal in Fällen bei Berggängen gegen das Vereinsgesetz und 3 mal in Unfallsachen gewährt, was eine Gesamtausgabe von 6423 M. verursachte. Mafregelnungsunterstützung wurde in 96 Fällen in Höhe von 3316 M. gezahlt. Dazu kommen aber noch 2100 M. für Mitglieder, die nach Streiks oder Aussperrungen nicht in Arbeit treten konnten. An den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen in Berlin nahmen die acht angestellten Bezirksleiter teil, was eine Ausgabe von 1279 M. verursachte. Der Geschäftsbericht empfiehlt, eine gewisse Summe für Bildungszwecke in den Etat der Organisation einzustellen, damit die Anforderungen, die die Entwicklung der Organisation an die leitenden Personen stellt, auch erfüllt werden können. Die internationalen Beziehungen sind bis jetzt soweit geblieben, daß dem bekannten Kartellvertrag, der bereits zwischen Deutschland, Dänemark, Oesterreich, Serbien und der Schweiz abgeschlossen ist, sich auch die Zentralorganisation in

Ungarn angeschlossen hat; Schweden und Holland dürften bald beitreten. Die amerikanische Bruderorganisation hat den Beitritt zum Kartell auf der letzten Generalversammlung abgelehnt. Unter dem hohen Eintrittsgeld, das jene fordert, leiden die Berufslogen, die nach Amerika kommen. Die Lohnbewegungen zeigen den Einfluß, den der Verband auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat. Der günstigen Konjunktur, dem Erstarren der Organisation und auch den neu angestellten Bezirksleitern und Lokalbeamten ist neben der Kampfesfreudigkeit der Mitglieder der Erfolg der letzten zwei Jahre zu verdanken. Lohnbewegungen wurden im Jahre 1905 102, und zwar in 81 Orten von 13 799 Personen geführt, im Jahre 1906 aber 152 Lohnbewegungen in 227 Orten und mit 25 794 Kollegen. Die 286 Lohnbewegungen ohne Streiks im Jahre 1905 brachten für 967 Kollegen pro Woche 4429 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 1339 Kollegen mehr Wochenlohn von 2529 M. Die 41 Angriffsstreiks, wovon nur 9 erfolglos waren, brachten im Jahre 1905 für 2550 Kollegen pro Woche 8227 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 6273 Personen 14 002 M. mehr Lohn pro Woche. Abwehrstreiks wurden 12 im Jahre 1905 und 7 im Jahre 1906 geführt. Die 60 Lohnbewegungen ohne Streiks im Jahre 1906 ergaben für 6615 Kollegen 10 853 Stunden Arbeitszeitverlängerung und für 7718 Kollegen mehr Lohn von 17 979 M. pro Woche. Die 67 Angriffsstreiks desselben Jahres brachten an Erfolgen (nur 8 waren erfolglos) für 1816 Kollegen 6325 Stunden Arbeitszeitverlängerung und ein Mehr an Wochenlohn von 52 985 M. für 11 493 Beteiligte. Von Aussperrungen wurden betroffen 650 Mitglieder im Jahre 1905 und 1708 Personen im Jahre 1906. Die Gesamtausgaben der Lohnkämpfe betragen in den beiden Berichtsjahren 237 160 und 358 238 M. Die Verbands-einnahmen sind von 614 000 M. im Jahre 1905 auf 880 002 M. im Jahre 1906 gestiegen, ebenso die Gesamtausgaben von 396 980 auf 603 321 M. Das Verbandsvermögen beträgt am Schluß des Jahres 1906 346 713 M. In den Filialen liegt dann noch ein Vermögen von 108 963 M. Von den über eine halbe Million Gesamtausgaben entfallen für persönliche Verwaltungskosten 13 431 M. und sächliche Verwaltungskosten 14 106 M. An Verbandsunterstützung wurden 59 475 M. an 5300 männliche Mitglieder, die 60 108 Tage im Jahre 1906 krank waren, ausbezahlt. Sozial interessant ist die Statistik über die Art der Krankheiten. Von 4717 und 5299 Krankheitsfällen in den Jahren 1905 und 1906 entfielen auf Weißloht, Mehlrauhung und Mehlreiftung 405 und 421, auf durch Unfälle verletzte Glieder 630 und 696, auf Influenza 620 und 427, auf Luftrohrentzündung, Bronchitis, Halsentzündung 305 und 423, auf Lungenentzündung, Lungenatarrh, Lungenbluten und Lungenüberfülle 335 und 439, auf Magen- und Darmleiden 440 und 450, auf Rheumatismus und Gicht 682 und 892 und auf Verdenleiden 150 und 194 Krankheitsfälle. Von 79 und 113 verstorbenen Mitgliedern im Jahre 1905 und 1906 starben allein an Tuberkulose und Scharlachleiden 44 und 42. Als erfreuliches Abschluß teilt der Bericht noch mit, daß das Vereinsorgan an dem allgemeinen Aufstieg mit teilgenommen habe. Vereins im März 1906 wurde zum ersten Male eine Auflage von 40 000 erreicht, die im 2. Quartal 1907 sicherlich auf 50 000 gestiegen sein wird.

Aus der Partei.

Vorbereitungen zur Waisfeier.

Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen in Lübeck bisher die Maurer und Schauerleute.

Die Bauhilfsarbeiter Hamburgs und Umgegend beschließen, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern sowie an den Demonstrationen teilzunehmen.

Der erste Kassaussperrungsbeschluss ist heraus. Der Arbeitgeberverband der Holzbearbeitungsbranche in Magdeburg beschloß am Freitag, jeden Arbeitnehmer, der am 1. Mai feiert, für den Rest der Woche, also drei Tage auszusperrten, so daß vor Montag, den 6. Mai kein Teilnehmer an der Waisfeier wieder eingestellt werden darf. Im Vorjahre haben diese Arbeitgeber einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Die organisierten Holzarbeiter beschließen demgegenüber, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen.

Bildungsbestrebungen. Die Genossen zu Chemnitz veranstalten Serien populärwissenschaftlicher Vorträge. Am 7. Mai wird Genosse Dr. Dunder aus Dresden einen auf fünf Wochen berechneten Vortragszyklus als Einleitung in die Volkswirtschaft beginnen. Weiter wird Genosse Dübels aus Dresden einen Unterrichtszyklus in Parteigeschichte abhalten. Im Herbst soll der eigentliche Unterrichtszyklus in Volkswirtschaft folgen. Ferner ist in Aussicht genommen zunächst ein Unterrichtskursus in mündlichen und schriftlichen Gedankenansatz in deutscher Sprache, für spätere Zeit sind Vortragszyklen oder einzelne Vorträge über allgemeine Geschichte, Staatswissenschaften, Naturwissenschaften, Philosophie, Literatur, Kunst usw. projektiert. Der Vortragszyklus über Volkswirtschaft soll fünf, der über Parteigeschichte 12 bis 15 Abende umfassen. Der Beitrag für den einzelnen Vortragszyklus oder für den einzelnen Unterrichtszyklus soll nur je eine Mark betragen. Doch wird die Bedingung daran geknüpft, daß der Schüler ein Jahr lang dem sozialdemokratischen Verein für den Chemnitzer Wahlkreis als Mitglied angehört haben muß.

Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien. Eine sozialdemokratische Kreisversammlung des 14. württembergischen Reichstagswahlkreises hat folgenden Antrag nahezu einstimmig angenommen: Nachdem die Vorgänge bei den letzten Wahlen wiederholt bewiesen haben, daß die bürgerlichen Parteien unserer Partei gegenüber nicht Bündnistreue sind, spricht die Verammlung den Wunsch aus, der Landesvorstand möge dahin wirken, daß derartige Wahlbündnisse überhaupt nicht mehr abgeschlossen werden.

Gemeinbewachen. In Lesum (Provinz Hannover) ziehen die ersten beiden Sozialdemokraten ins Gemeindepalament ein. An Stelle zweier aus der zweiten Wählerklasse ausscheidender Bürgerlicher wurden zwei Genossen gewählt. Sie erzielten 50 und 51 Stimmen, während für vier bürgerliche Kandidaten insgesamt 64 Stimmen aufgebracht wurden.

Genosse Gabriel Löwenstein, der für den ersten Württembergischen Landtagswahlkreis als Kandidat aufgestellt ist, hat aus Bogen, wo er sich zurzeit seiner Gesundheit wegen aufhält, an die Parteileitung ein Schreiben gerichtet, worin er bemerkt, er habe die Kandidatur übernommen, weil er glaube, daß er infolge seiner Erfahrungen im politischen und parlamentarischen Leben sich der Partei trotz seines Alters (er ist 82 Jahre alt) immerhin noch in seiner Tätigkeit machen könne. Kammher müsse er aber gestehen, daß er seine Kraft überschätzt habe und daß sie nicht ausreiche, die ehrenvolle, aber schwierige Aufgabe in entsprechender Weise zu erfüllen. Deshalb lege er sowohl im Partei-, wie im eigenen persönlichen Interesse seine Kandidatur nieder.

Genosse Löwenstein hat für die Partei in langer Dienstzeit soweit getan, daß er sich einen ehrenvollen Rufstand vollaus verdient hat. Möge er sich seiner noch recht lange erfreuen. In diesem Wunsch werden mit den zunächst beteiligten Württemberg Genossen die ganz Deutschlands überestimmen.

Die Vereidigung des Genossen Grimpe hat am Sonntag in Eberfeld in würdiger Weise stattgefunden. Zu Tausenden hatten sich die Genossen von nah und fern eingefunden, um einem alten treuen Kämpfer der Partei das letzte Geleit zu geben. In der Wohnung Grimpes am Röhrenberg ging eine kurze Feiernfeier voraus. Genosse Wilh. Schmitt-Düßeldorf würdigte am Sarge die Verdienste

Gründung für die Partei. Die Arbeiterführer saßen als Scheidegruß „Wieber ein Streiter“ und „Zum Reich der Erben“. Als dann formierte sich der Reichsverband, den der sozialdemokratische Verein eröffnete; es folgten verschiedene Gewerkschaften und die sonstigen Arbeitervereine, auswärtige Deputationen usw. Es war ein endlos langer, nicht zu übersehender Zug. Die Polizei übte weisse Justizhaltung. Am Ende wurde der „Versammlung“ die besamte Mitteilung gemacht, daß keine Neben gehalten werden dürften. So begünstigt sich denn nach einem Abschiedslied der Arbeiterführer die Deputationen damit, die Kränze mit entsprechender Widmung niederzulegen. Das Agitationskomitee für den Wiederkehr, der sozialdemokratische Verein Eberfeld-Barmen, die Konsumgenossenschaft „Freie Presse“, das Personal der „Freien Presse“, der Kreiswahlverein Düsseldorf, dessen Reichstagskandidat der Verstorbene war, fast sämtliche Gewerkschaften sowie die Genossen von Kemscheid, Solingen, Krefeld ehten also den toten Kämpfer.

Der Parteikonflikt in Nordhausen ist beigelegt. Am Sonnabend wurde in der Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Nordhausen mitgeteilt, daß vor Beginn der Versammlung eine Sitzung der Parteifunktionäre, der Redaktion der „Volkszeitung“ mit dem Genossen Schilbach unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Vereins „Arbeiterpresse“ getagt und sich auf eine den Konflikt beilegende Resolution geeinigt habe. Genosse Schilbach verzichtete von vornherein auf weitere Tätigkeit an der „Nordh. Volksztg.“ Es wurde anerkannt, daß er mit großem Fleiß gearbeitet habe, wie auch er anerkannte, daß ihm bis zum Anbruch des Konfliktes alles Entgegenkommen erwiesen worden ist. Der Konflikt sei entstanden infolge sachlicher Differenzen, bei denen jeder Teil im Interesse der Partei und des Parteiblattes zu handeln geglaubt habe. Diese Resolution wurde ohne Debatte von der fast beschlossenen Versammlung einstimmig angenommen und damit der Streitfall für erledigt erklärt.

Das Parteisekretariat Eberfeld-Barmen ist eröffnet worden. Genosse Drescher hat seine Stelle angetreten. Bis zum 1. Mai werden die Geschäfte in den Räumen der „Freien Presse“, Robertstraße 8a vollführt, von da ab befindet sich das Bureau in Barmen, Martenstr. 22.

Personalien. In die Redaktion der „Freien Presse“ zu Eberfeld wird zum 1. Mai Genosse Kurt Wollenburg vom „Volksblatt“ in Halle eintreten, und zwar an Stelle des Genossen Karl Eberle, der am 1. April in die Verwaltung des Konsumvereins „Vorwärts“ in Barmen übergetreten ist. Genosse Eberle hat der Redaktion 5 1/2 Jahre angehört.

In die Redaktion der „Vielfelder Volkszeitung“ ist der Genosse Max Sachs eingetreten, früher in Breslau, in letzter Zeit Darmstädter Mitarbeiter der „Volkszeitung“.

Von der russischen Sozialdemokratie. Die Führer der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (darunter die Genossen Martow, Dan, Martynow, Starow u. a.) haben unter Anteilnahme der Gruppe der Deutschen die russische Plattform zu dem bevorstehenden Parteitag ausgearbeitet, wonach die Aufgaben der Sozialdemokratie in der nächsten Periode in folgendem bestehen sollen:

1. Erweckung der politischen Initiative der Proletariermassen. Zudem die Sozialdemokratie hierbei das Proletariat zur Unterstützung aller fortschrittlichen Massen in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die Reaktion aufruft, verweist sie zugleich jede dauernde Vereinigung mit irgend einem Teile der nichtproletarischen Massen. Ihre Kritik richtet die Sozialdemokratie in gleicher Weise gegen die konterrevolutionären Kräfte der Bourgeoisie und gegen die utopischen Vorurteile des agrarleinbürgerlichen Sozialismus.
2. Energetischer ideeller Kampf gegen alle Versuche, die Klassenständigkeit des Proletariats zu beschränken und sein Klassenbewußtsein mit reaktionären kleinbürgerlichen Illusionen zu trüben.
3. Entwicklung der politischen und organisatorischen Selbstständigkeit der Arbeitermassen auf der Grundlage der Wahrung ihrer Interessen, als einer Klasse von Lohnarbeitern. Förderung des organisatorischen Aufbaues, der sich unter den breiten Proletariatsmassen auf der Grundlage der Befriedigung ihrer nächsten gewerkschaftlichen, politischen und kulturellen Bedürfnisse und des Kampfes um die Erhaltung und Erweiterung der dem alten Regime abgerungenen Zugeständnisse weiterentwickelt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasfondo der Presse. Genosse Lingweiler wurde wegen seiner verhassten Tätigkeit am 6. Oktober „Volksblatt“ am 6. April vom Bochumer Schöffengericht zu 80 Mark Geldstrafe oder 16 Tage Haft verurteilt wegen Beleidigung der Polizei des Ortes Hock-Emscher. Es handelte sich um eine Notiz über die angebliche Mißhandlung eines Arbeiters durch mehrere Schutzleute. Die Schutzleute beledeten, nicht geschlagen zu haben. Die Entlassungszeugen beledeten das Gegenteil, aber das Gericht glaubte den Schutzleuten.

Der Genosse Müller von der Breslauer „Volkszeitung“ wurde wegen Beleidigung des Staatsanwalts Straßler aus Gleiwitz zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Die „Volkszeitung“ hatte, wie mehrere andere schlesische Blätter, berichtet, der Staatsanwalt habe eines Nachts auf der Straße in animierter Stimmung einige Damen beleidigt und sei dafür von einem Regelleibhaber geprügelt worden. Die Oberstaatsanwaltschaft, für die Beleidigung der Damen aber wurde der Wahrheitsbeweis nicht erbracht.

Aus Industrie und Handel.

Nationaler Bodenerwerb.

Eine Verdoppelung der Landpreise in Ostpreußen und Posen hat in den letzten 20 Jahren stattgefunden. Die An siedelungskommission zählte pro Hektar:

	Westpreußen		Posen	
	Angekauft	W. Hektar	Angekauft	W. Hektar
1886	4641	523	7215	601
1890	1678	492	6088	702
1895	2851	609	4715	548
1900	4252	821	12323	811
1905	8080	1004	26581	1238

Ein Teil dieser Steigerung ist durch stattgefundenen Meliorationen (Bodenverbesserungen) bedingt, zum größten Teil handelt es sich dabei jedoch um künstliche Preistreiberien der deutschen und polnischen Großgrundbesitzer, die aus der hier getriebenen „nationalen“ An siedelungspolitik ihren Vorteil zu ziehen wissen. Die Preise zahl natürlich der angesiedelte Bauer, der von vornherein mit einer hohen Grundrente belastet wird. Auch ein Beitrag zur Agrarfrage und zur „Not der Landwirtschaft“!

Gläubiger Aktionäre.

Der Kölner Bergwerksverein erzielte im vergangenen Jahre bei einer Gesamtbelegschaft von 2478 Personen (Arbeiter und Beamte, ausschließlich der Krantien) eine Förderung von 780 710 Tonnen, gegen nur 688 914 Tonnen im Vorjahre bei 2477 Mann Belegschaft. Die Zunahme der Förderung stellt sich auf 13,3 Proz., während das Plus der verkauften Schicht — 1905 war das große Streik — nur 8,4 Proz. ausmacht. Die Leistung pro Schicht ist demnach erheblich gestiegen, aber auch der pro Kopf erzielte Reingewinn. Im Vorjahre wurden ein 1 500 000 Mark 25 Proz. Dividende verteilt, diesmal gibt es 30 Proz. Der Reingewinn beträgt 1 800 000 Mark. Mitsin entfällt für das letzte Jahr auf den Kopf ein Reingewinn von rund 726 Mark; für 1905 ergab sich eine Kopfquote von 605 Mark. — Die Aktionäre der Metallwarenfabrik Aktiengesellschaft Waer in Stettin sollen für das letzte Jahr 25 Proz. erhalten, 20 Proz. im Vorjahre. — Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft für

Federstahlindustrie vormals A. Girsh u. Co. schlägt eine Dividende von 15 Proz. (im Vorjahre 12 Proz.) vor.

Deutschlands Außenhandel im laufenden Jahre.

Im Vergleich zum Vorjahre weist sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr einen gewaltigen Rückgang auf. Es betrug nämlich der Gesamtumsatz in 1000 Doppelzentnern:

	Januar	Februar
1904	62 889,3	59 400,7
1905	63 701,0	69 415,0
1906	81 803,3	84 808,2
1907	74 131,6	70 785,0

Nachdem in den drei vorhergegangenen Jahren der Umsatz im Februar andauernd strot gewachsen war, erscheint im laufenden Jahre ein starker Rückgang. Mit 1906 verglichen wurden 24 Millionen Doppelzentner im auswärtigen Handel Deutschlands weniger umgesetzt. Das gewaltige Minus gegenüber 1906 sowie die geringe Zunahme gegen 1905 ist zum größten Teil durch die Bewegung der Einfuhr veranlaßt. In den ersten beiden Monaten wurden nämlich in 1000 Doppelzentnern eingeführt:

	Januar	Februar
1904	82 890,3	81 824,3
1905	86 084,4	48 084,3
1906	45 781,0	54 315,2
1907	41 543,7	36 589,0

Lange nicht in dem Grade wie die Einfuhr ist die Ausfuhr zurückgegangen, es mochte sich vielmehr ein ziemlich starkes Exportbedürfnis geltend. Ein Beweis dafür ist es, daß von Januar auf Februar noch eine Zunahme der Ausfuhr eingetreten ist, während von 1906 abgesehen, in jedem vorhergegangenen Jahre der Export von Januar auf Februar abgenommen hat. Die Ausfuhr betrug nämlich in 1000 Doppelzentnern:

	Januar	Februar
1904	22 559,6	23 085,4
1905	27 616,8	26 330,7
1906	36 112,3	40 493,0
1907	32 587,9	34 196,2

Sucht man die Einfuhr nach Warengruppen zu spezialisieren, um zu erforschen, wodurch Rückgang gegenüber 1905 hervorgerufen ist, so ergibt sich, daß vorerst Kohle sehr viel weniger eingeführt wurde als damals. Dadurch ist aber noch nicht der ganze Rückgang erklärt, denn es bleibt immerhin noch ein Minus von rund 3 Millionen Doppelzentnern, das sich auf die anderen Warengruppen verteilt. Da der Import landwirtschaftlicher Erzeugnisse gegenüber 1905 zugenommen hat, so ist die Abnahme schließlich auf die Gruppe Fertigfabrikate zurückzuführen, um so mehr als auch der Import von Textilrohstoffen gegenüber 1905 gestiegen ist.

Verfeinerung der Hüttenenergie.

Nach dem im Kaiserlich Statistischen Amte zusammengestellten Nachweise über die Ergebnisse der Vergleiche, Salinen und Hütten im Deutschen Reich und Luxemburg ergeben sich für fast alle Erzeugnisse ziemlich erhebliche Einheitswerte. Es stellt sich z. B. der ermittelte Durchschnittswert für die Tonne:

	1905	1906
Steinkohlen	8,66 M.	8,93 M.
Braunkohlen	2,33	2,83
Eisenerz	3,49	3,84
Rinzerg	65,42	74,16
Giechereisenerz	56,77	61,88
Giechwaren I. Schmelzung	99,81	104,44
Dessenerisenerz	60,72	64,35
Thomasroheisen	50,05	54,47
Stahl- und Spiegelisenerz	71,47	80,46
Silbermessen	52,81	56,87
Waldroheisen	34,86	40,10
Bruch- und Wälzeisen	59,22	58,08
Blockzinn	493,02	528,23
Blockblei	269,01	338,60
Kupfer	1 406,57	1 738,91
Zinn	2 066,12	3 344,90
Silber (Reinmetall) per kg	82,35	90,91
Gold	2 700,00	2 790,98

Soziales.

Zur Armenfürsorge auf dem Lande.

Aus dem Dorfe Olöwen im Kreise Westpreignitz geht uns folgender Bericht zu, der für die soziale Auffassung und Aufklärungsarbeit auf dem Lande nicht ohne Interesse ist:

Der Armenfürsorge in unserem Dorfe ist eine 86 Jahre alte Witwe anheimgefallen. Das alte, völlig erwerbsunfähige Mütterchen lebt im Arzeneuhause. So nennt man die alte hausfällige Lehmkate, die Hülsenbedürftigen als Wohnung angewiesen wird. Nun Lebensunterhalt wirft die Gemeinde der alten Frau monatlich drei Mark aus. Man macht sich ein Bild davon, wie fürstlich die Ernährung und Pflege der armen Alten von den zehn Pfennigen täglich sich gestalten muß. Früher, als sie noch arbeiten konnte, kümmernten sich allenfalls die Bauern noch um sie; seit dem gänzlichen Verfall ihrer Kräfte gilt sie als überflüssige Drohne, die das Verbrechen begeht, noch zu leben, wiewohl sie erwerbsunfähig ist. Von hilfsbereiter Mütterlichkeit durch Leute, für die sie früher tätig gewesen, keine Spur. Der Vorsteher unserer fürsorglichen Gemeinde hatte sich nach der Reichstagswahl nicht verheuen können, unseren Vertrauensmann mit seinen Wigeleuten zu beenden. So erklärte er hämisch: „Nun hat die Agitation des roten Lehmann (dies ist der Name unseres Genossen) doch keinen Erfolg gehabt; unsere kleinen Leute werden sich hüten, ihre Schweine mit den Ruten zu teilen.“ Und doch ist der Mann keineswegs der Weisheit und humanen Ideen würdig. Aus Rücksicht auf die alte Frau und um dem Manne ein bisheres Verständnis für die Kulturarbeit der „Roten“ beizubringen, setzte unser Genosse gelegentlich dem Gemeindevorstand aneinander, daß die Art der Verpflegung der alten Frau doch eigentlich eine Schande für die Gemeinde sei. Der Gemeindevorsteher gab schließlich dem Genossen im Grunde recht. Er versprach, der nächsten Gemeindevorsteherung die Sache zu unterbreiten. Da ein vernünftiges Wort solch gute Stätte, wenn auch nach langer Diskussion, fand, setzte der Genosse seine Aufklärungsarbeit fort. Er setzte dem Gemeindevorsteher auseinander: „Sehen Sie, Herr Gemeindevorsteher, so ungefähr wollen wir Sozialdemokraten unsere Schweine mit den armen Leuten teilen.“ — Ob die Gemeindevorsteher ein taufkräftiges Einsehen haben werden, bleibt abzuwarten. Vorab hat diese schätzbare Aufklärungsarbeit den Vorteil, daß in unserem Dorfe zugunsten der Frau und der sozialdemokratischen Auffassung über diese Unterhaltung lebhaft diskutiert wird. Vielleicht läßt sich auch an anderen Orten diese ruhige Art der Aufklärung anwenden. Deshalb teilen wir diesen kleinen Vorkfall mit.

Schadenersatzklage wegen Bohloft.

Nachdem das Reichsgericht dem Gesuch entsprechend entschieden hat, daß der Bohloft ein gesetzlich zulässiges Kampfmittel ist und daher seine Anwendung nicht zum Schadenersatz verpflichtend könne, geben die Unternehmer mehr und mehr den Versuch, eine Schadenersatzklage durchzuführen auf. Das haben jüngst auch die Nürnberger Wäldermeister getan.

Im Sommer 1905 streikten in Nürnberg die Wälderbesitzer, um ihre miserablen Lohnverhältnisse zu verbessern und das verfallende Holz- und Loggüterwesen abzufassen. Damit stießen sie bei dem größten Teil der Unternehmer auf härtmädigen Widerstand. Die gesamte Arbeiterschaft und ihre Organisationen verfolgten den Streit mit größtem Interesse und unterstützten die Streikenden nach Kräften. In der „Fr. Tagespost“ wurde ständig eine Liste der Meister veröffentlicht, die bewilligt hatten und das Publikum aufgefördert, nur bei diesen Wäldermeistern zu kaufen.

Darauf stellten die anderen bei Gericht Klage an und erzielten auch eine vorläufige Verfügung, wodurch bei Strafe von 1000 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten wurde, die bewilligten Meister bekannt zu geben. Die Beklagten erhoben Widerspruch und lehrten sich im übrigen nicht an die Verfügung, sondern ließen die Bekanntmachung weiter erscheinen. Die Zivilkammer bestätigte die Verfügung, das Oberlandesgericht hob aber das Urteil auf, erklärte jedoch den Einspruch für unzulässig. Seitdem ist dieser Prozeß in der Schwebe geblieben, ebenso eine andere Klage, in der 16 Wäldermeister 20 000 Mark Entschädigung wegen Veröffentlichung der Liste beanspruchten. Rummehe haben die Meister vom Prozeß die Klagen zurückgezogen und die nicht unbeträchtlichen Kosten übernommen. Die von den Meistern Genossen im Vorjahre siegreich durchgeführte Klage scheint auch sie endlich von der Ausfichtlosigkeit solcher Klagen überzeugt zu haben.

Von der „Armenfürsorge“ auf dem Lande.

Ein trauriges Kulturbild entrollte eine Verhandlung, die dieser Tage vor dem Landgericht Augsburg stattfand. Eine arme Frau sah wegen Beleidigung des katholischen Pfarrers Sakner in Klammach auf der Anklagebank. In der Verhandlung wurde folgendes festgestellt: Die Witwe Kanny fiel nach dem Tode ihres Ernährers der Armenpflege zur Last, d. h. sie erhielt täglich 1 1/2 Liter Milch und wöchentlich 1 M. in bar. Der genannte Pfarrer machte nun alle Anstrengungen, die arme Frau aus dem Dorfe hinauszubringen. Er kündigte im Namen der Kirchenstiftung die auf dem Hause der Witwe ruhende erste Hypothek und veranlaßte an anderer Stelle die Kündigung der zweiten Hypothek. Dann nahm der Pfarrer zwei Kinder der Witwe weg und brachte sie zu fremden Leuten. Als der Pfarrer dann weiter die Kündigungen, das jüngste (dritte) Kind ebenfalls wegzunehmen und es an den Winderndenden zu veräußern, da suchte ihn die arme Mutter an: „Herr Pfarrer! Sind's harnberzig!“ Der Diener des barmherzigen Nazarenus war aber nicht harnberzig. Als er hörte, die Arme wolle aus Verzweiflung mit ihren Kindern ins Wasser gehen, da sagte er: „Das soll's nur tun; wenn's zum Teufel ins Loch reinsahren will, dann soll's reinsahren, und wenn's spinnit, dann tun wir's ganz einfach ins Karrenhaus; da zahlen wir pro Tag bloß 1 M. und sind fertig damit!“ Weil die so behandelte Frau den Pfarrer einen Pfaffen, einen Heuchler genannt hat, bekam sie unter Annahme mildernder Umstände vier Tage Gefängnis. Und der Pfarrer? — predigt als Stütze der Gesellschaft, die solche Zustände zeitigt, weiter über die Themat: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst und vergieb denen, die dich hassen.

Von der Dresdener Ortskrankenkasse.

„Nationale“ Beamte der Dresdener Ortskrankenkasse hatten beim Ministerium des Innern eine von Unwahrheiten und Verdächtigungen strotzende, gegen den Vorstand der Kasse gerichtete Eingabe eingereicht, weil der Vorstand der Kasse die zwischen dem Kassendirektorenverband und dem Zentralverband von Ortskrankenkassen vereinbarten Anstellungsverhältnisse einführen wollte. Der Oberbürgermeister nahm sich der Sache der „nationalen“ Beamten an und verbot, wie wir seiner Zeit mitteilten, der Kasse die Einführung der Verträge. Die Kasse hat gegen diese oberbürgermeisterliche Verfügung unter Verlegung eines juristischen Gutachtens Rekurs erhoben. Die Wähler der „nationalen“ Beamten und die verständnisvolle Aufnahme ihrer Beschwerden bei der vorgezeichneten Aufsichtsbehörde haben aber dazu geführt, daß die Kasse die Einführung der Gehaltsaufbesserung usw. fallen läßt, wodurch sie pro Jahr etwa 20 000 M. erspart, die sonst die Beamten als Gehalt ausgezahlt erhalten hätten.

Verfammlungen.

Die Bauanschläger nahmen in ihrer am Sonntag abgehaltenen Versammlung einen Vortrag des Genossen Eduard Verstein ein. Derselbe behandelte das Thema: Der Geldlohn und der Gehalt des Arbeiters, eine Kernfrage der Nationalökonomie. Der Gehaltentzug des auf zahlreichen statistischen Angaben beruhenden Vortrages ist folgender: Der Geldlohn der Arbeiter ist im Laufe der Zeit erheblich gestiegen. Die hierauf bezüglichen statistischen Angaben erstrecken sich hauptsächlich auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aus der Steigerung des Geldlohnes folgt aber noch nicht, daß auch der Reallohn, das heißt die Menge der Konsumartikel, die der Arbeiter für seinen Geldlohn kaufen kann, sich erhöht hat. Betrachtet man die Statistik über die Preise der für den Arbeiter hauptsächlich in Frage kommenden Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände, so ergibt sich, daß in England ein Preisrückgang von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu verzeichnen ist, während Deutschland von Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts, abgesehen von einzelnen Schwankungen, im allgemeinen eine stetige Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel aufweist. Der englische Arbeiter ist demnach in der Lage, billiger zu leben als der deutsche Arbeiter. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in England eine Wirtschaftspolitik herrscht, welche auf Verbilligung der Lebensmittel gerichtet ist, die infolge der steigenden Produktion naturgemäß eintretende Verbilligung der Produkte aufzuhalten, die Preise der wichtigsten Konsumartikel zu heigern oder doch ihr Sinken zu verhindern. Infolge dieser Wirtschaftspolitik wird die Steigerung des Reallohnes der Arbeiter aufgehalten, Streiks zur Aufbesserung der Löhne werden deshalb geführt. Diefenigen, welche die Streiks nicht gern sehen, mögen bedenken, daß dieselben begünstigt werden durch die in Deutschland herrschende Wirtschaftspolitik. Die Politik der Arbeiterklasse muß der Politik der herrschenden Klassen entgegenwirken. Der Organisation des Kapitals muß die Organisation der Arbeitskraft, die Gewerkschaft gegenübergestellt werden. Auch die Organisation in Konsumvereinen ist ein Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Weiter ist notwendig die politische Organisation der Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie, der einzigen Partei, welche die Interessen der Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich konsequent vertritt. — Die Ausführungen des Vortragenden fanden lebhaften Beifall.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Tübtinger Postillon“ Nr. 8 ist soeben erschienen. Aus dem reichen Inhalt heben wir hervor: Die liberal-konservative Bauern (Kultur), Erbsberger als Rime und Hosenfuß (Kultur). Die Klänge im Reichstag (Kultur). Das Zeitgebißt behandelt die Sozialpolitik der Hamburger Eisenarbeiter. Somit sind noch zu nennen die Beiträge: Wenn Rüstern reuen, Kathona Leontieff, Der Tod des Reichstagslers, Rumänische Bauernrevolte, Robbedomezen, Derburg der Gantastosen, Die Friedenskonferenz, Die Weltausstellung in Berlin, Aus dem Tagebuch eines Adorlien, Karollo.

„Neue Gesellschaft“, 2. Heft. Herausgeber Dr. G. Braun und Wly Braun. Einzelheft 20 Pf. Verlag Berlin W. 15.

Witterungsbericht vom 9. April 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mitt. man)	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. G. (in C.)	Stationen	Barometer (mitt. man)	Windrichtung	Windstärke	Temp. u. G. (in C.)
Schwembe	759 SHH	Stegen	6	4	Naparanda	770 SHH		2 bedekt	0
Hamburg	759 SHH	3 wolkent	5	6	Petersburg	774 SHH		1 bedekt	2
Breslau	760 SHH	2 bedekt	7	5	Silly	762 SHH		4 wolkig	8
Frankfurt a. M.	758 SHH	1 wolkig	5	6	Westerden	754 SHH		1 bedekt	6
München	761 SHH	3 bedekt	3	6	Paris	755 SHH		3 bedekt	6
Wien	762 SHH	bedekt	5	6					

Wetter-Prognose für Wittwod, den 10. April 1907.

Ziemlich heiter, etwas wärmer bei schwachen südlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 9. April. Elbe bei Wittenberg — Meter, bei Dresden + 0,96 sp. — Elbe bei Magdeburg 3,45 Meter. — Oder bei Rathow 4,21 Meter steigt. — Oder bei Breslau + 0,74 Meter. — Oder bei Orlow 3,90 Meter. — Rheingebirgung 3,62 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 10. April
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Coppelia.
Anfang 8 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus, Die Welt, in der man sich langweilt.
Deutsches, Der Gott der Rache.
Festung, Marquise.
Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus, Herthas Hochzeit.
Berliner, Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater), Mathias Gollinger.
Schiller-Theater Charlottenburg, Traumulus.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater), Unsere Käte.
Komische Oper, Tosca.
Vorstellung, Die Fleckenmaus.
Zentral, Wiener Blut.
Westen, Die lustige Witwe.
Kleines, Märschen.
Neues, Der Dieb.
Residenz, Haben Sie nichts zu verzollen?

Verkaufshaus, Infanterie.
Deutsch-Amerikanisches, Mamzelle Nitouche.
Thalia, Olympische Spiele.
Nachspiel, Luffen.
Karienne, ein Weib aus dem Volke.
Trianon, Die Jozeite - meine Frau.
Bernhard Rose, Der Pfarrer von Kirchfeld.
Metropol, Der Teufel lacht dazu.
Gebr. Herrnsfeld, Ein verrücktes Hotel.
Wintergarten, Cleo de Mérode.
Spezialitäten.

Apollo, Der Triumph des Weibes.
Spezialitäten.
Kaffee, Mit Carter, Spezialitäten.
Walhalla, Spezialitäten.
Folies Caprice, Eine Nacht in der Apotheke.
Im Inspektionszimmer.
Figaro, Geschlossen.
Nurmes, Eine vom Ballett. -
Japantreich.
Palast, Spezialitäten.
Passage, Was was Anderes, Spezialitäten.
Karl Haberland, Spezialitäten.
Reichshallen, Steintiner Säger.
Urania, Taubenthräne 18/19.
Abends 8 Uhr: Die Feuergevalten der Erde.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/52.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.

Sherlock Holmes
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr zum 50. Male:
Herthas Hochzeit.
Donnerstag Anfang 7 Uhr:
Faust.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Dieb.
Donnerstag und folgende Tage:
Der Dieb.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Allerseelen.
Donnerstag: Nachspiel.
Freitag: Ein idealer Gatte.
Sonnabend zum erstenmal: Die Wäscherin von Kirchfeld.

Lortzing-Theater
Belleallianenstr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Fra Diavolo.
Abonnements gültig!
Donnerstag (Finalabend): Fritzechen und Lieschen, No. 66. Die schöne Galathé.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Infanterie.

Zentral-Theater.
(Operette) Täglich abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Operette in 3 Akten v. Joh. Strauß.

Schiller-Theater N.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater
Abends 8 Uhr:
Unsere Käte.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schantz in 3 Akten v. W. Gennepin
und B. Weber.
Robert de Arvelin: Die Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger.
Neu:
Ballettschule Klappermatt.
Varieté v. J. Meyel.
Einstieg nachmittags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Wintergarten
Cleo de Mérode
Neues Programm.

Steidl.
Theater- und Konzerthaus,
Arckonstr. 2.
Zubel! Bureau Diependrink.
Anfang 8 Uhr. Vorher:
Militär-Konzert.
Steidl-Restaurant:
Großes Militär-Konzert. Heute:
3. Garde-Feld-Artillerie-Regiment.
Dir. Spiegelberg.

Gebr. Herrnsfeld-Theater
Anfang 8 Uhr.
8 Uhr: Bedeutende Spezialitäten.
9 Uhr: Merians.
Original-Dauern-Hunde-Theater.
Ein treuloses Weib.
9 1/2 Uhr: Die neue Operetten-Buch.
Der Triumph des Weibes
v. Benno Jacobson, Wulf v. Josef Hellmesberger und Paul Lincke.
Sonntag, 14. April, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergweg 19/20, Holentz. Cor.
Heute abend 8 Uhr:
Das neue April-Programm.
10 Pars. **Geni Family** 10 Pars.
Circulische Spiele zu Pferde.
Grete Gallus
Charakter-Soubrette.
12 ersteklassige Nummern 12.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 53.
Direktion: Bernhard Rose.
Sonntag, Montag, Freitag:
Große Theater-Vorstellung.
Nächste Vorstellung Freitag, 12. April:
Romeo und Julia.
Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettoverkauf von 10-11 Uhr an der Theaterkasse.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Beuntenstr. 16.
Zum letzten Male:
Die Ahufran.
Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Uhren- und Vorzugskarten gültig.
Donnerstag: Sängeria und Näheria.

Folies Caprice
Unterstr. 132, an der Friedrichstr.
Kolossaler Erfolg!
Eine Nacht in der Apotheke.
Anfang 8 Uhr.
Vorderkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Schauspiel in 4 Akten von Oscar Blumenthal und Max Bernstein.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Freitag, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuergevalten der Erde.

Zirkus Busch.
Mittwoch, 10. April, 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Sport-Vorstellung.
Die ersten Dressurnummern des Hrn. E. Schumann. Die neu-
engagierten Reitschüler Gelsch.
Foreaux, Hl. Martha Mohrke,
Schulreiterin, Springpferde-Kon-
kurrenz usw. usw.
Um 9 Uhr: **ROM.**
Große Orig.-Kunst-Pantomime.
Besonders hervorzuheben:
Die Todesfahrt über die
kerprenge Brücke.
Kadlam-Ballett.
Heimliche Licht- und Wasserspiele.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Marianne, ein Weib aus dem Volke.
Donnerstag: Marianne.
Freitag: Lenore.
Sonnabend 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Hänsel und Gretel. 8 Uhr: Dorf
und Stadt.
Sonntag 3 Uhr: Sherlock Holmes.
8 Uhr: Marianne.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roith. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Hansary, Wolf, Bender.
Giampietro, Josephl.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 14. April, nachm. 3 Uhr:
Auf in's Metropol.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante April-Spielplan.
u. a.: Hasson u. Jenny
Ragellhäuser.
Alcide und Alberti
Lustspiel.
Die vier Lunas
Damen-Quartett
und 10 ersteklassige Nummern.
Familienkarten, wochentags zum
halben Kassenspreis gültig. In Barbier-
Friseur- u. Siggarrengeschäften gratis.

Gebr. Herrnsfeld-
Theater Borberf.
8 Uhr. 11-9 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Die sümmlich bejudelte
Herrnsfelds.
Ein verrücktes
Hotel.
Komödie in 3 Akten mit
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Jeden Abend 8 Uhr
Gastspiel des Theater des Westens:
Mamselle Nitouche.
Geleitin v. Udm. Höve a. G.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Der Wildschütz.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Beuntenstr. 16.
Zum letzten Male:
Die Ahufran.
Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Uhren- und Vorzugskarten gültig.
Donnerstag: Sängeria und Näheria.

Gebr. Herrnsfeld-
Theater Borberf.
8 Uhr. 11-9 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Die sümmlich bejudelte
Herrnsfelds.
Ein verrücktes
Hotel.
Komödie in 3 Akten mit
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Traumulus.
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz
und Oscar Neuschäfer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Traumulus.
Freitag, abends 8 Uhr:
Traumulus.

Zirkus Schumann
Mittwoch, 10. April, abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée équestre. Elite-Program
und Les 4 Rassoos, phänomenale
und Kostgymnast.
Luigi Rossi
und das Wunderpferd Emir.
Sascha Gerard Eva Powell
Parforce-Reiten.
Um 9 1/2 Uhr:
St. Hubertus.
Gedühtes und schmerzreichstes Pracht-
Ranegenschaulied.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Das großartige
April-Programm!
Ki-ta-fuku
die beste Japaner-Truppe der
Welt.
Paul Corradini
Berlins beliebtester Komiker
und die erstklassigen
14 Attraktionen 14.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante April-Spielplan.
u. a.: Hasson u. Jenny
Ragellhäuser.
Alcide und Alberti
Lustspiel.
Die vier Lunas
Damen-Quartett
und 10 ersteklassige Nummern.
Familienkarten, wochentags zum
halben Kassenspreis gültig. In Barbier-
Friseur- u. Siggarrengeschäften gratis.

Gebr. Herrnsfeld-
Theater Borberf.
8 Uhr. 11-9 Uhr
57 Kommandantenstraße 57.
Die sümmlich bejudelte
Herrnsfelds.
Ein verrücktes
Hotel.
Komödie in 3 Akten mit
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla-
Variété-Theater
Weinbergweg 19/20, Holentz. Cor.
Heute abend 8 Uhr:
Das neue April-Programm.
10 Pars. **Geni Family** 10 Pars.
Circulische Spiele zu Pferde.
Grete Gallus
Charakter-Soubrette.
12 ersteklassige Nummern 12.

Brunnen-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 53.
Direktion: Bernhard Rose.
Sonntag, Montag, Freitag:
Große Theater-Vorstellung.
Nächste Vorstellung Freitag, 12. April:
Romeo und Julia.
Koffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettoverkauf von 10-11 Uhr an der Theaterkasse.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill, Beuntenstr. 16.
Zum letzten Male:
Die Ahufran.
Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Uhren- und Vorzugskarten gültig.
Donnerstag: Sängeria und Näheria.

Folies Caprice
Unterstr. 132, an der Friedrichstr.
Kolossaler Erfolg!
Eine Nacht in der Apotheke.
Anfang 8 Uhr.
Vorderkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

Paul Töhs, Schneidmeister.
n. anlehntlicher
Garder
Suterburger-
straße 16.
Laden.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Bureau: O. 54, Steinstr. 38. Ortsverein Berlin. Fernsprech. Amt III Nr. 3100.
Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer (früher Keller), Koppenstr. 29:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern und
Stellungnahme hierzu.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.
Der Vorstand. J. H. Gustav Zeglin.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Freitag, den 12. April, abends 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
in Kellers Festjalen, Koppenstraße Nr. 29.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von den bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern und unsere
weitere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.
Da diese Versammlung für uns eine sehr wichtige ist, er-
suchen wir unsere Kollegen, die regste Agitation hierfür zu
betreiben!
Kollegen! Erscheint in Massen in dieser Versammlung!
Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Eintritt!
Der Zweigvereinsvorstand.

Der tägliche Genuss von
CACAO
fördert das
Wohlbefinden
Ein nahrhaftes
wohlschmeckendes
Frühstücksgetränk
Überall zu haben,
Originalpaket
1/2 Pfd. 50 Pf., 1/2 Pfd. 1 Mk.
General-Vertreter:
Max Henneking
Pragerstrasse 31
Am Wilmerdort 2768



Kasino-Theater
Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Neu! „Nesemann“
der beliebteste aktuelle Humorist.
Das vollständig neue April-Programm
Nick Carter.
Nick Carter, Detektiv: Dr. Hans Berg.
Sonntag 4 Uhr: Singvögeln.
Der Gahn im Korbe.

Sanssouci, Kottbusser
Strasse 44.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonn- u. Feiertag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säger
u. Tanzkränzen.
Stets neues aktuelles
Soirée-Programm.
Lustige Einakter.
Soloszenen usw.
Sonn- u. Feiertag, 8 Uhr.

Englischen Unterricht,
einzel und im Hirtel, erteilt 36872
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Gustav Behrens-Theater.
Schöneberg,
Berlin W., Goltz-
straße 9.
Nur noch
wenige Auf-
führungen der
zugkräftigen
Operette:
Die lustige Witwe von
Schöneberg.
In Vorbereitung:
Meschuggemann im
Sündenpuhl Berlin.
Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend:
Humoristisches Konzert
und Freitanz.

Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Sektion der Pugerträger.

Sonntag, 14. April, vormittags 11 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Paul Obiglos Festsaal, Schwedterstraße 23.

Sektion der Töpferträger.

Montag, 15. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Rosenthaler Vereinshaus, Rosenfelderstr. 57.

Gruppe der Brunnenbauer und Hilfsarbeiter.

Sonntag, 14. April, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung bei Julius Meyer, Oranienstraße Nr. 103.

Sektion der Fahrstuhl Arbeiter.

Sonntag, 14. April, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung bei Jannasch, Infanteriestraße Nr. 10.

Sektion der Rohrer.

Sonntag, 14. April, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5.

Sektion der Kunsthandstein-Arbeiter.

Donnerstag, 11. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Nierisch, Rigdorf, Hermannstr. 152.

Sektion der Fliesenleger-Hilfsarbeiter.

Heute Mittwoch, 10. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wagner, Michaelstr. und Dusterhausenerstraße- Ecke.

Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, 14. April, vormittags 10 Uhr: Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht. Um recht rege Beteiligung an allen Versammlungen ersucht.

Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung! Bezirk Westen-Schöneberg! Achtung!

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere nächste Bezirksversammlung der Gaukonferenz halber nicht am 21. April, sondern am 14. April

stattfindet. 33/4

Verband der freien Gast- und Schankwirte

Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1. Donnerstag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Fanke**, Trilstr. 41.
- 2. Freitag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Obiglo**, Schwedterstr. 23/24.
- 3. Freitag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Boecker**, Weberstr. 17.
- 4. Donnerstag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Litán**, Memelerstr. 67.
- 5. Donnerstag, den 11. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Donath**, Schönleinstr. 6.
- 6. Freitag, den 12. April, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Blank**, Stallschreiberstr. 29.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kleber.

Donnerstag, den 11. April, abends 8 Uhr, bei Meyer (früher Augustin), Oranienstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Welche Mittel ergreifen die Kleber, um etwaigen Tarifbrüchen der Unternehmer entgegenzutreten? 2. Diskussion.
- 3. Vereinsangelegenheiten.

Pflicht eines jeden Klebers ist es, zu erscheinen. Die Verbandsleitung.

177/17

Jede Dame lese!

Direkt aus der Fabrik jetzt nach beendeter Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigsten Preisen.

- 4461L* Jacketts, große Auswahl 3.75 bis 25 M.
- Engl. Paletots mit und ohne Futter 6.50 bis 22 M.
- Capes in allen Längen 6.25 bis 30 M.
- Staub-Mäntel in neuest. Frb. 5.50 bis 23 M.
- Sport-Röcke in engl. Stoff 2.50 b. 18 M.
- Boleros u. Havelocks, an. 5.50 M.
- Fabrik Pelz, 50 Kurstr. 50. Sonnt. geöffnet. Vorzeiger dieser Annonce 5 Proz. Rabatt. — Feste billigste Preise

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,

Welt-Ausstellungs-Biograph-(St. Louis)

Theater lebender Photographien.

Der Untergang des Dampfers „Berlin“.

168 Tote, 12 Gerettete.

Den ganzen Tag Vorstellung.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Fräulein Josette — meine Frau.

Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Liebeschaufel.

Ziehung 16., 17., 18. April in Berlin.

Geld-Lotterie

Los 3 Porton-Lose 30 M. in einem der Hauptgewinne: Mark

60,000

50,000

40,000

30,000

20,000

10,000

Zus. 9892 Geldgew. mit 380,000 M. oder 230,000 Lose. — Versand durch

Lud. Müller & Co.

in Berlin C., Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967.

Achtung! Klempner! Achtung!

Donnerstag, 11. April, abends 8 1/2 Uhr, in den Ruffler-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18 m:

Allgemeine Klempnerversammlung

Tagesordnung: 1. Situationsbericht. 2. Verbandsangelegenheiten.

NB. Wir erwarten in Rücksicht auf die Durchführung der tariflichen Erhöhungen des Lohnes, welche vom 1. April 1907 an gesahlt werden müssen, das Erscheinen aller Kollegen.

Achtung! Spandau! Achtung!

Kollegen! Die Arbeitslosenkontrollstelle befindet sich nicht mehr Neumeisterstr. 5, sondern beim Kollegen

Böhle, Linden-Ufer 17.

Ferner sind folgende Zahlstellen eingerichtet worden:

- 1. Böhle, Linden-Ufer 17.
- 2. Kern, Potsdamerstr. 7.
- 3. Künke, Schönwalderstr. 80.
- 4. Johansen, Sauerstr. 8.
- 5. Fink, Pogowit. 9.
- 6. Schuster, Bröhmenerstr. 11.
- 7. Schröter, Picheldorferstr. 5.
- 8. Ulrich, Hamburgerstr. 49.
- 9. Ristow, Zeegefelderstr. 65.
- 10. Fr. Rühmund, Zigarrengeschäft, Falkenhagen-Zeegefeld.

Den Mitgliedern zur Beachtung!

Auf Beschluß der Generalversammlung vom 17. März 1907 beträgt der Beitrag für die Dauer von 13 Wochen, und zwar von der 14. bis 26. Woche für männliche Mitglieder 75 Pfennig.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 11. April, vorm. 10 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Versammlung der Ausgesperrten.

Achtung! Kammacher!

Donnerstag, 11. April, abds. 9 1/2 Uhr, bei Walter, Halberstr. 62:

Sitzung der Kommission mit Vertrauensmännern.

Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Zentralverein der Bildhauer

Verwaltung Berlin. Donnerstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, in Wendts Industrie-Festsälen, Seußstr. 19/21:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über Genossenschaftswesen von Dr. David. Gäste willkommen! Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg. Donnerstag, den 11. April 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Obst, Weiningerstraße 8:

General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vorstandsbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Sparkasse! Ausnahmetage! Sparkasse!

Pariser-American-Wiener-Schick!!

Damenkonfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: w., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden. Filiale: o., Gr. Frankfurterstr. 115 a. d. Androssstr.

stellt übergroßes reichsortiertes Lager Orig.-Modelle, Reismuster u. Kopien, vorzüglich u. elegant gearbeitet erstklassige Plassen

in 6 Serien einfach zu Schleuderpreisen

weit unter der Hälfte des Wertes und 10 Prozent Rabatt in bar

zum Verkauf und zwar: Paletots, Umhänge, Ponnicoonds, Jacketts, Liftboy, Kostüme, Blusen, Röcke, Jupons, Reise-, Staub- u. Gummimäntel usw.

für alle auch stärkste Figuren. Tailor made Abteilung

1. Serie früher M. 20 jetzt M. 9,-

2. Serie früher M. 35 jetzt M. 16,-

3. Serie früher M. 50 jetzt M. 20,-

4. Serie früher M. 65 jetzt M. 28,-

5. Serie früher M. 80 jetzt M. 36,-

6. Serie früher M. 100 jetzt M. 45,-

Besichtigung ohne Kaufzwang! Erstklassiges Trauermagazin. Sonntag geöffnet.

Reservatenteil verantw.; Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Puger

Christian Nemeck

am 7. April an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen

Donnerstag, den 11. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danfles-Kirchhofes in Reinickendorf, Danflesstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 116/10 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 8. April, verschied nach kurzem schweren Leiden im noch nicht vollendeten 45. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Werkmeister

Gustav Naujoks.

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Simeon-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankjagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben unversehrten Frau

Hermine Ullrich geb. Han, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. Reinhold Ullrich.

Spar- und Produktiv-Genossenschaft Groß-Lichterfelde.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) Freitag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“, Kranoldplatz:

Außerordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung: Antrag der Verwaltung: Eröffnung einer Verkaufsstelle in Köpenick betr. Sonstige Anträge. Jahrbüchlicher Geschäftsbericht.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. 106/20* Der Vorstand. J. A. Harring.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden! Nach beendeter Engros-Saison auch Einzelverkauf enorm billig

Uebergangs-Paletots Capes Jacketts Staubmäntel Kostüm-Röcke Mädchen-Paletots

Robert Baumgarten Hausvogtel-Platz 11, 1. Etage (an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung dieses Inserates an der Kasse werden 5% Rabatt vergütet. Auch Sonntags geöffnet!

Die besten Wünsche zur silbernen Hochzeit

unserem allen Genossen

Theodor Birr nebst Frau.

Die Genossen des 6. Kreises. Bezirk 681. [2779b]

Unserem Freund und Genossen Louis Hempel

nebst seiner lieben Lebensgefährtin Frau Berta Hempel, Rübendörferstr. 21,

zur heutigen Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Bezirksgenossen des 173. Bezirks Berlin IV. 248/15

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige. Am 7. April verstarb unser Mitglied, der Stulleiter

Adolf Reichenbach

Zoostraße 4. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute

Wittmo, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Razareth-Kirchhof in Reinickendorf-West, Berlinstraße statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 248/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige. Am 7. April verstarb unser Mitglied, der Bauerer

Franz Nauck

Stromstr. 28. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute

Wittmo nachmittags 4 Uhr, auf dem Johannis-Kirchhof in Köpenick statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 248/16 Der Vorstand.

Nachruf!

Am 8. April verstarb unser Mitglied, der Schankwirt

August Winkler

Kellerstr. 66 und wurde beerdigt am Sonntag auf dem Hedwigs-Kirchhof, Neuenstraße, beerdigt.

Ehre seinem Andenken! Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Oskar Baech

verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Wittmo, den 10. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Bornitzstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 250/11 Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands.

Hiliale Berlin. Am Sonntag, den 7. April, starb unser Kollege, der Maler

Oskar Baech

an Lungenleiden. Die Beerdigung findet am

Wittmo, den 10. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Friedrichsberg (Krugsteige) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 124/17 Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Cöpen.

Todes-Anzeige.

Am 8. April verstarb unser treuer Kollege

Paul Ruden.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am

Donnerstag, den 11. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. 33/6

Der Zweigvereinsvorstand.

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichlichen Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer unversehrten Mutter sowie dem Gefangenen der Reichsbanner legen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Otto Schulze nebst Kindern. Frankfurter Allee 129.

Reservatenteil verantw.; Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt. Am Sonntag früh 8 Uhr in Groß-Berlin: Allgemeine Flugblattverbreitung von den bekanntesten Stellen aus.

Die Stadtverordnetenwahl im 39. Kommunalwahlbezirk

findet heute - Mittwoch, 10. April - statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist

Arbeitersekretär Adolf Ritter, Engel-Ufer 15.

Der 39. Wahlbezirk gehört zum sechsten Reichstags-Wahlkreis, ist ein Teil der Oranienburger Vorstadt und umfasst vom Stettiner Bahnhofsviertel die Stadtbezirke 268, 269, 270, 271, 272, 274A, 274B. Für die Abstimmung ist er wegen der Größe seiner Wählerzahl in drei Teile zerlegt worden, die jeder ihre besonderes Wahllokal haben. Gewählt wird:

von den Wählern der Stadtbezirke 271 und 272, d. h. der Grundstücke Bergstr. 65, Vorfigstr. 1-27, Eßasserstr. 16-30, Gartenstr. 1-32 und 85-115, Invalidenstr. 6-23 und 129-147, Schlegelstr. 16-17, Schröderstraße ganz, Tiedstr. 14-27;

im Wahllokal Gartenstr. 6, Schmidts Festsaal;

von den Wählern der Stadtbezirke 271 und 272, d. h. der Grundstücke Vorfigstr. 28-34, Chausseestr. 1-27 und 94-123, Eichendorffstraße ganz, Eßasserstr. 31-40, Gartenstr. 81, Hannoverstraße 1-8, Invalidenstr. 24-37 und 111-128, Kavaliersstraße ganz, Schlegelstr. 1-15 und 18-33, Tiedstr. 1-13 und 18-41;

im Wahllokal Chausseestr. 103a, Germania-Prachtstube,

von den Wählern der Stadtbezirke 274A und 274B, d. h. der Grundstücke Chausseestr. 28-58 und 82-93, Kesselstraße ganz, Pflugschraube ganz, Schwarzkopfsstraße ganz, Wöhlerstraße ganz;

im Wahllokal Pflugschraube 9, Wöhler-Garten.

Die heutige Wahl erfolgt noch auf Grund der Kommunalwählerliste, die in der Zeit vom 1. bis 15. Juli vorigen Jahres aufgestellt worden ist. Mitin haben an dieser Ertragwahl auch noch diejenigen Wähler teilgenommen, die im Juli 1906 im 39. Wahlbezirk wohnten, aber dann aus ihm weggezogen sind.

Seit Aufstellung der Kommunalwählerliste im Juli vorigen Jahres haben zwei Umzüge stattgefunden, im Oktober vorigen Jahres und am 1. April dieses Jahres. Dadurch sind zahlreiche Wähler aus dem Bezirk fortgezogen, die aber heute ihr Wahlrecht ausüben können, weil sie noch als Wähler dieses Bezirks gelten. Von diesen Umzügen wird bekanntlich die Arbeiterbevölkerung am meisten betroffen und somit auch die Arbeiterwähler. Die Freistimmigen bauen auf die Pässigkeit gerade dieser Wähler ihre Hoffnungen, und den Bezirk wieder entziehen zu können. Diese Hoffnungen müssen zu nichts gemacht werden. Kein Wähler darf heute fehlen, auf jede einzelne Stimme kommt es heute an! Eine Stimme kann heute den Ausschlag geben!

Die Freistimmigen arbeiten ohnehin mit den scrupellosesten Mitteln, ganz im Sinne des Reichverbandes und in würdiger Fortsetzung ihrer bei den Reichstagswahlen betriebenen niederträchtigen Kampfmethode. So haben die Herren ein Flugblatt verbreitet, in welchem sie die Sozialdemokratie begeißeln und sich als die einzigen Kulturförderer bezeichnen, ohne ein Wort über ihre liberalen Grundzüge zu lassen. Liberal sind die Herren allerdings schon lange nicht mehr, das sie aber nicht mehr wegen vom Liberalismus zu reden, beweist, wie charakterlos der Freistimm ist. Er tut dies lediglich deshalb, weil er auch bei dieser Wahl auf die Stimmen der Konservativen und Antisemiten rechnet. Deshalb verleugnet er die liberalen Grundzüge, die heute zur Schande des Freistimm die Sozialdemokratie verteidigen muß.

Und erwacht deshalb aber die dringendste Verpflichtung, alles aufzubieten, damit am heute keine Stimme verloren gehe und Genosse Arbeitersekretär Adolf Ritter, Engel-Ufer 15, als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehe. Jeder Wähler sei heute zur Stelle. Wer heute fehlt, ist mitschuldig, wenn der Bezirk dem verkotteten Freistimm in die Hände fällt!

Die Wahlzeit ist festgesetzt auf die Stunden von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Punkt 8 Uhr wird das Wahllokal geschlossen; wählen darf dann nur noch, wer bereits im Lokal ist. Jeder sollte möglichst zeitig den Gang nach dem Wahllokal erledigen, damit nicht unsere im Wahlbezirk tätigen Genossen noch in der letzten Stunde Hunderte säumiger Wähler an ihre Pflicht zu mahnen brauchen.

Am Montag hatten unsere Genossen zwei Kommunalwähler-Versammlungen einberufen und zwar fand die eine in der Chausseestraße, die andere bei Köpfer, gleichfalls in der Chausseestraße oberhalb der Invalidenstrasse statt. Während in der letzteren Genosse Pfannschuh die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Kommune darlegte und das Schulkonto des Freistimm einer treffenden Kritik unterzog, gab in der Versammlung in der Norddeutschen Brauerei Genosse Paul Singer ein Bild von den Aufgaben der Kommune, deren Erfüllung die Sozialdemokratie von der Gemeinde fordert. In großen Zügen vorbereitete sich der Redner über die verschiedensten Gebiete der städtischen Verwaltung, nachweisend, daß es überall die Sozialdemokratie war, die die Freistimmfreiheit auf die Erfüllung sozialer Aufgaben hindrängte. In beiden Versammlungen richtete der Kandidat Genosse Ritter eine Ansprache an die Wähler, diese auffordernd, wann für Wann von ihrem Wahlrecht am Mittwoch Gebrauch zu machen.

Die Freistimmigen hatten am Montag ihre Getreuen zu einer Abendunterhaltung - Parodon, Wählerversammlung - eingeladen, in der hauptsächlich die Stadtverordneten Kettig und Rosenow die Kosten trugen. Herr Kettig will nicht glauben, daß der 39. Bezirk wieder einen Sozialdemokraten und gar einen Arbeitersekretär wählen wollen. Die Stadt Berlin tue ja so viel; aber, so sagte er hinzu, den Sozialisten genügt das immer noch nicht, und sie stellen sie alle möglichen Anträge, weil sie wissen, daß es für sie selber nichts kostet. Was die Stadt Berlin bisher getan habe, das sagte dann Herr Rosenow genauer auseinander. Dabei rühmte er auch etliche Fortschritte, die auf dem Gebiet des Schulwesens und der

Schulungsfürsorge in den letzten Jahren erreicht worden sind. Herr Rosenow vergaß aber, den Zusatz zu machen, daß just diese Neuerungen von den Sozialdemokraten des Rathauses angeregt worden sind - von den „Sozial“, die nie zufrieden sind und immer „alle möglichen Anträge stellen“, wie Herr Kettig sagt. Auch Herr Rosenow sagte, die sozialdemokratische Fraktion „habe es leicht“, Anträge zu stellen, weil ja „die kleinen Steuerzahler nur wenig zu den Kosten beitragen und die Hauptlast den großen Steuerzahlern zufällt“.

In der Versammlung ergriff als dritter Redner der Freistimmkandidat Herr Lieber das Wort. Er „schloß sich den Ausführungen der beiden Vorredner an“, wie zu erwarten war. Im übrigen erklärte er, er wolle Stadtverordneter sein nicht allein für den 39. Bezirk und auch nicht lediglich für die dritte Abteilung, sondern „für ganz Berlin“. Anderer Meinung als er war anscheinend der Gemeindefachlehrer Werten, der Vorsitzende des freistimmigen Wahlvereins für den sechsten Reichstagswahlkreis, der als Kommunalwähler des 39. Bezirks in der Diskussion mitsprach. Er fragte, was in aller Welt habe der Kandidat der Sozialdemokratie, der Gewerkschaftssekretär Ritter, bisher für die Oranienburger Vorstadt geleistet. Und er fügte hinzu, da habe Herr Lieber denn doch schon bewiesen, daß er für diesen Stadtteil Interesse habe. Herr Lieber ist nämlich eine freistimmige Bezirksvereinsgröße. Herr Werten, der die Agitation des Freistimm in 39. Bezirk leitet, kratzte im voraus den „Vorwärts“ an wegen des Berichtes, den das Blatt wahrscheinlich bringen werde. Er behauptete auch, in einem der sozialdemokratischen Flugblätter seien schwere Beschimpfungen enthalten. Dieser freistimmige Anstandslehrer ist derselbe Werten, der in der Agitation zu den Reichstagswahlen sich dadurch einen Namen gemacht hat, daß er in einer für Herrn Rosenow veranstalteten Freistimmversammlung des Wahlkreises Berlin III schimpfte und tobte, die Sozialdemokratie führe den Kampf im Tone der Schnapsdestille. Sollen wir uns mit solchem Gegner herumschlagen?

Interessant ist das Liebeswerben des Freistimm um diejenige Wählergruppe, die weder freistimmig noch sozialdemokratisch wählen mag. Der Freistimm rechnet darauf, daß diese Wähler ihm Handlangerdienste leisten. Herr Lieber, der Freistimmkandidat, wird ihnen als „alleiniger Kandidat aller Bürgerlichen Wähler“ angepriesen. In der Versammlung erklärte Herr Kettig, wenn jeder der staatsbehaltenden Wähler seine Pflicht tue, dann müsse der Freistimm siegen. Ja, die Zeiten ändern sich. Bald genug scheint man vergessen zu haben, daß Freistimmige sonst den Ausdruck „staatsbehaltende Elemente“ nur in ironischem Sinne zu brauchen pflegten, daß in Versammlungen des Freistimm die „Staatsbehaltenden“ mit Spott und Hohn überschüttet und unter dem jubelnden Beifall der Zuhörer als „die vom Staat Erhaltenen“ gebrauchmarkt wurden.

Wähler dritter Abteilung, die noch einen freistimmigen wählen, müssen geradezu mit Blindheit geschlagen sein. Das Dreifachsystem des Gemeinbewahlers schützt dem Freistimm im Rathaus ohnedies die Mehrheit, weil in der zweiten und der ersten Abteilung die Geldsäcke für ihn entscheiden. Da soll wenigstens die dritte Abteilung völlig derjenigen Partei gehören, über die der Freistimm selber sagt, daß ihr Eintreten für die minderbemittelte Bevölkerung, für die kleinen Steuerzahler ihm zu weit geht.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Am Sonntag, den 14., früh 8 Uhr, findet diesmal in ganz Groß-Berlin eine Flugblattverbreitung zugunsten des Verbandes der Schneider statt, bei welcher sich die Genossen Groß-Berlins, gemäß ihrer früheren Beschlüsse, pünktlich Mann für Mann einfinden wollen.

Die vom Verbandsbureau für den 1. Mai verlangten Referenten werden von dort am prompt besorgt, die Zuteilung und Bekanntgabe erfolgt in einigen Tagen.

Der Aktions-Ausschuß.

Wilmersdorf. Die Genossen werden dringend ersucht, zahlreicher wie bisher im heutigen Zahlabend zu erscheinen. - Gleichzeitlich werden die Genossen auf die reichhaltige Bibliothek des Wahlvereins hingewiesen. Zahlreiche Werke belehrender und unterhaltender Natur liegen aus. Die Bibliothek ist im Luisenpark, Wilhelmstraße 112, jeden Sonnabend von 8 Uhr ab geöffnet. Ebenfalls werden die im Luisenpark ausliegenden namhaften Parteizeitungen den Genossen zur Lesart empfohlen.

Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß der Zahlabend heute und für die Zukunft in folgenden Lokalen stattfindet: 1. Bezirk von der Sedan- bis zurück zur Pragerstraße beim Genossen Julius Fischer, Berlinerstr. 92; 2. Bezirk von der Bräuerstraße die Berlinerstraße bis zur Schule, Haselwerder- und Krenzstraße beim Genossen Hermann Hilcher, Berlinerstr. 110, und der 3. Bezirk von der Haselwerderstraße die Grünauer- und die Berlinerstraße bis zu Rumbach mit allen Nebenstraßen beim Genossen Karl Dittke, Berlinerstr. 123. Zahlreicher Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am heutigen Zahlabend werden die Billets zur Maifeier ausgegeben. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Entweichung von Jöglingen aus den Fürsorgeanstalten ist zu einer ständigen Rubrik in den Zeitungen geworden. Keine Woche vergeht, in der nicht über mehrere derartige Entweichungen berichtet wird. Angesichts dieser Erscheinung muß doch auch die Frage aufgeworfen werden: Welches sind die Ursachen, die zu diesen Entweichungen führen? Eine gewisse Presse ist ja sofort bei der Hand mit der Antwort, daß die jugendlichen Jöglinge sich nach der Freiheit sehnen, die sie im Vermitreiben zu finden glauben. In dem einen oder dem anderen Falle mag diese Antwort vielleicht zutreffen, sie trifft aber nicht den Kern der Sache. Wir haben an den zahllosen und sehr oft vorgetragenen Klagen über die Behandlung der Fürsorgejöglinge in den Anstalten den Eindruck gewonnen, daß den

einer Fürsorgeanstalt Ueberwiesenen nicht die Behandlung zuteil wird, die sie erhalten müßten, sollen die jungen Menschen nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft werden. Wir haben uns oft überzeugen müssen, daß in einigen besonders unter Aufsicht von Pfarrern stehenden Anstalten eine Prügelwirtschaft herrscht, die roh und brutal bezeichnet werden muß und keineswegs geeignet erscheint, einen erzieherischen und sittlichen Einfluß auf die Jöglinge auszuüben. Uns sind Fälle berichtet worden, in denen Jöglinge wegen geringer Verfehlungen mit 25, 50, in einem Falle mit 75 Hieben bestraft worden sind, auf Veranlassung eines Pfarrers. In manchen Fällen waren monatelang die durch die Prügelei erfolgten Verletzungen noch sichtbar, und das Blut in den Adern stand einem still, wenn man die Wirkung dieser barbarischen Behandlung sich ansehen mußte. Mit Befremden ist da nicht viel auszurichten, es handelt sich ja um „verborgene Individuen“, heißt es da. Ist es da ein Wunder, wenn sich in solchen auf diese Weise behandelten jungen Menschen eine ungeheure Erbitterung, eine maßlose Rache ansammelt, wenn die guten Eigenschaften aus dem Menschen heraus- und die rohen Instinkte hineingepreßelt werden? Ist es zu verwundern, wenn solche Menschen, die in diesen Anstalten eigentlich liebevoll erzogen werden müßten, auf den Gedanken kommen: Lieber ins Gefängnis als in die Anstalt? Uns wundert das nicht! Uns wundert daher auch nicht, wenn die Zahl der Entweichungen der Fürsorgejöglinge sich immer mehr häuft. Sind die Jöglinge aber erst entwichen, so ist ihnen nur noch der Weg zum Verbrechen offen. Zu Angehörigen dürfen sie nicht, denn diese machen sich strafbar, wenn sie ihr einer Anstalt zugewiesenes Kind oder Verwandten bei sich aufnehmen. Leben will aber der der Anstalt Entwichene. Papiere, um eine Arbeit anzunehmen, hat er nicht, was bleibt ihm weiter übrig, als zu stehlen, und zwar so lange, bis er gefaßt wird. Das Ende vom Liede ist der Kreisgang von der Anstalt nach dem Gefängnis.

Sollen die Fürsorgeanstalten wirklich einen Zweck erfüllen, so muß in ihnen ein anderer Geist hinein, als der, der heutzutage mit seltenen Ausnahmen in den meisten Anstalten das Regiment führt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 11. April dieses Jahres, nachmittags 5 Uhr: Festlegung einer neuen Fluchtlinie für das Grundstück Linkstraße 25/Königin-Augustastr. 6 im Zusammenhang mit einer Veräußerung der Augustastr. - die Enticung einer zur Freilegung der Kreiswalderstraße erforderlichen Fläche des Grundstücks Kreiswalderstraße 134, - die provisorische Pflasterung der Senefelderstraße, - den Abschluß von Verträgen mit der Dorfgemeinde in Rosenhof und den Anschlag von Rosenhof an die Berliner Kanalisation, - den Erwerb fortifikationstischer, zur Freilegung der Arkanischen Straße erforderlichen Fläche und die Enticung von Gelände zum Comeniusplatz, - 13 Rechnungen, - Berichterstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Festlegung des IX. Adresssystems, - Vorlagen, betreffend Ueberweisung von Uferland an den Stromsifflus, - Errichtung eines Neubaus auf dem Grundstück Albrechtstraße 26, - die Herstellung einer gemeinsamen Friedhofsanlage für die städtischen Anstalten und das Riefelgut in Buch, - die Neuordnung der Anstaltungs- und Besoldungsverhältnisse der Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern, - die Wendezeitung des 8. 6. der Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule zu Berlin, - die künftliche Uebernahme einzelner vom früheren Rieder beschafften Einrichtungen bei dem Hofhausgrundstück in Treptow und einige sonstige Auseinandersetzungen mit demselben und dem neuen Rieder des Hofhauses, - die Enticung für die Enticung eines Grundstücks durch den Umbau der Grünstrassenbrücke, - den Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Treptow zwecks Regulierung der Dorffstraße und der Neuen Krugallee in Treptow, - die Zustimmung zu der von der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen beabsichtigten Herstellung eines Verbindungsgleises von dem Endpunkt ihrer Bahn in Treptow nach den in die Dorffstraße daselbst neu einzulegenden Gleisen, - die Nachbewilligung von Geldmitteln für den Abbruch der alten im Zuge der Promenadenstraße belegenen Eisenbahnbrücke, - die Erhöhung der für den Umbau einer Fleischverarbeitungs- und Verwertungsanstalt bewilligten Baukosten - und den Vorentwurf für die Wohn- und Stallgebäude auf dem Grundstück der Fleischverarbeitungs- und Verwertungsanstalt in Röhlich, - Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Gemeinde Wilmersdorf über die Wasserversorgung dieser Gemeinde durch die städtischen Gaswerke und die Einbeziehung der Wilmersburger Gemarkung in das städtische Gasrohrnetz, - die Auswahl der Neu- und Umpflasterungen für das Rechnungsjahr 1907, - die Enticung eines Teiles des Inselsteebeergrundstücks - und den Erwerb von Strophenland in der Neuen Wilhelmstraße, - Vorlagen, betreffend: die Umgestaltung der Gartenanlagen auf dem Oranienplatz, - die erfolgte Abnahme mehrerer Bauten auf dem städtischen Schlachthofe, - die Nachweisung des Umfangs der öffentlichen Beleuchtung im Vierteljahr Oktober-Dezember 1906, - die Errichtung des städtischen Unterjuchungsamtes, - die Teilung des Bezirks der 161A. Armenkommission, - eine Umgestaltung des Vorplatzes zum Bahnhof Friedrichstraße und eine Landabtretung daselbst, - die Errichtung einer Barackenschule auf dem Platz G. an der Dänzigerstraße, - Außerdem findet am Beginn der Sitzung die Einführung und Verpflichtung der zu Stadtverordneten gewählten Herren Zumberg, Schmidt, Dr. Troppke, Landsberg und Goeroldt statt.

Der Radfahrerverkehr soll für Deutschland einheitlich geregelt werden. Der Bundesrat hat beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Radfahrerverkehr in ihren Gebieten nach Maßgabe der vom Bundesrat aufgestellten Grundzüge zu regeln. Aus diesen Grundzügen heben wir folgende Bestimmungen hervor: Jedes Fahrzeug muß versehen sein: 1. mit einer sicher wirkenden Hemmvorrichtung; 2. mit einer hellleuchtenden Glöde zum Abgeben von Warnungszeichen; 3. während der Dunkelheit und bei starkem Nebel mit einer hellleuchtenden Laterne mit farblosen Gläsern, welche den Lichtschein nach vorn auf die Fahrbahn wirft. Der Radfahrer hat eine auf seinen Namen lautende Radfahrkarte bei sich zu führen und auf Verlangen dem zuständigen Beamten vorzuzeigen. Die Karte wird von der - zuständigen - Be-

Hörde des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Radfahrers nach dem Muster der Anlage unter Verwendung von auf Leinwand aufgezogenem Papier ausgefüllt.

Für Personen unter 14 Jahren erfolgt die Ausstellung auf Antrag des Vaters, Vormundes oder sonstigen Gewalthabers.

Die Radfahrkarte gilt für den Umfang des Deutschen Reiches.

Radfahrer, welche ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Deutschen Reiches haben, haben einen anderweitigen genügenden Ausweis über ihre Person bei sich zu führen und auf Verlangen dem zuständigen Beamten vorzuzeigen.

Das Einbiegen in eine andere Straße hat nach rechts in kurzer Wendung, nach links in weitem Bogen zu geschehen. Der Radfahrer hat bei der Fahrt die rechte Seite der Fahrbahn einzuhalten und entgegenkommenden Fußwerkern, Reitern, Radfahrern, Fußgängern, Viehtransporten oder dergleichen rechtzeitig und genügend nach rechts auszuweichen oder, falls dies die Umstände oder die Verkehrslage nicht gestatten, so lange abzusitzen, bis die Bahn frei ist. Das Vorbeifahren an eingeholten Fußwerkern, Kraftfahrzeugen, Reitern, Radfahrern, Fußgängern, Viehtransporten oder dergleichen hat auf der linken Seite zu erfolgen.

Das Radfahren ist außer auf den für Radfahrverkehr eingerichteten besonderen Wegen (Radfahrwegen) nur auf den für Fußwerkere bestimmten Wegen und Plätzen gestattet. Außerhalb der geschlossenen Ortschaften darf das Fahren mit Zweirädern auch auf den neben den Radwegen befindlichen, nicht erhöhten Konkretpflasterstraßen. Die Wegepolizeibehörden sind befugt, den Radfahrverkehr auf Fußwegen und auf Plätzen, die für Fußwerkere nicht bestimmt sind, zuzulassen. Reiten, Fahren, Schieben von Handwagen und Handkarren oder Viehtreiben auf den Radfahrwegen ist nicht gestattet.

Das Wettfahren und die Veranstaltung von Wettfahrten auf öffentlichen Wegen und Plätzen sind verboten. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde, welche im einzelnen Falle die besonderen Bedingungen festsetzt.

Zu widerstandsfähigen gegen die vorsehenden Bestimmungen und gegen die darin vorbehaltenen allgemeinen ortspolizeilichen Vorschriften oder besonderen polizeilichen Anordnungen werden in Gemäßheit des § 306 Nr. 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Verordnung soll am 1. Januar 1908 in Kraft treten. Mit diesem Zeitpunkte sind die bisherigen Vorschriften über den Radfahrverkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen aufgehoben. Die nach den bisherigen Vorschriften ausgestellten Radfahrkarten gelten noch bis zum 1. Januar 1910, sofern sie nicht für eine längere Zeit ausgestellt sind.

Im Verufe seines Todes gefunden hat der Bauarbeiter August Lehmann, Schöneberg, Hauptstr. 30 wohnhaft. Auf dem Neubau in der Mohrenstr. 54/55 werden zur Beförderung der Baumaterialien nach den oberen Etagen Aufzüge benutzt und in sogenannten Skiplowens wird das Material nach den einzelnen Räumen transportiert. Gestern mittag nun wollte der Arbeiter Lehmann seine mit Kolschke gefüllte Lowry auf den Fahrstuhl schieben, wobei er nicht darauf geachtet haben mag, daß der Fahrstuhl schon in die Höhe gegangen war. Er stürzte deshalb durch den Fahrstuhl nach unten und stieß dabei die Lowry mit sich reichend und auf ihn auffallend. Dem Arbeiter wurde der Schädel vollständig zerschmettert und der Tod trat auf der Stelle ein. Ärztliche Hilfe konnte nichts mehr tun. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ein großer Waldbrand wütete am Montag unweit von Zerpenschleuse an der Reinickendorfer Nebenbahn. Das trockene Gras brannte und bei dem ziemlich kräftigen Wind nahm das Feuer im Walde einen so großen Umfang an, daß beim Eintreffen der Feuerwehren eine Fläche von bestimmt 50 Morgen in Flammen stand. Der Schaden ist sehr bedeutend, eine vor vier Jahren angelegte Schranke und ein kleiner Wald an der Chaussee, der älteren Kiefernbestand aufwies, sind vollständig vernichtet. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden.

Den Kassenräumen der Ortskrankenkasse für das Tuchdruckgewerbe stalteten am Montagabend in der ersten Stunde Einbrecher einen Besuch ab. Durch Eindringen einer Fensterscheibe des in der Alexandrinenstraße 44, Hof parterre, belegenen Bureaus hatten sich die Spitzbuben Einlass verschafft und versuchten nun durch Anbohren den Kassenraum zu öffnen. Eine elektrische Läutevorrichtung, die bei dem Öffnen an dem Gelbdruck in Funktion trat, verschuchte die Einbrecher. Die alarmierten Hausbewohner konnten der Spitzbuben nicht mehr habhaft werden, da dieselben durch einen zweiten Hausausgang entflohen waren. Bei der Flucht hatten die Spitzbuben eine elegante Ledertasche, gefüllt mit den verschiedensten Einbruchswerkzeugen, im Stiche lassen müssen.

Falsche Zweimarkstücke befinden sich wieder einmal im Umlauf. Es hat den Anschein, als ob sich nach der Verhaftung jener gefährlichen Falschmünzergewerksamer, über deren Festnahme wir seinerzeit berichteten, wieder ein neues Konsortium zur Herstellung von Falschmünzen gebildet hat. Die falschen Geldstücke sind so sorgfältig nachgemacht, daß sie nur schwer zu erkennen sind.

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde am Montag die Feuerwehre von drei Seiten nach dem Kottbuserdamm 18-19 gerufen. Die Flammen schlugen bei Anbruch der ersten Löschzüge schon hell aus den Dachlukern heraus. Energisch wurde von mehreren Seiten gegen den Brandherd vorgegangen und kräftig Wasser gegeben. Die Flammen hatten an dem Inhalt der Bodenräume und dem Dachgebälk reiche Nahrung gefunden, so daß es längerer Löschtätigkeit bedurfte, um die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Der Schaden ist bedeutend, da der Dachstuhl erneuert werden muß.

Der Aufnahmeforschung für Herren- und Knabengarderoberie an der 4. städtischen Fortbildungsschule, Heinersdorferstr. 18, hat begonnen. Im Laufe dieser Woche können noch Teilnehmer aufgenommen werden. — Der Unterricht ist unentgeltlich und wird an den Sonntagen von 8-12 Uhr nachmittags erteilt. Anmeldungen nimmt der Dirigent Herr Rikermann im Amtszimmer, Heinersdorferstr. 18, wochentags von 7-9 Uhr abends und Sonntags von 8-12 Uhr vormittags entgegen.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania finden in dieser Woche die letzten Wiederholungen des dekorativ und szenisch ausgestatteten Vortrages „Die Feuergezeiten der Erde“ statt. Am Sonntag gelangt zum erstenmal der Vortrag „Durch Dänemark und Schweden, nordische Städte- und Landschaftsbilder“ zur Darstellung und am Sonnabend nachmittags 4 Uhr noch einmal eine Wiederholung des Vortrages „Am Golf von Neapel“ zu kleinen Preisen.

Feuerwehbericht. Die nächtlichen Alarmierungen der Feuerwehre von Unbesetzten wollen kein Ende nehmen. Es vergeht fast keine Nacht, in der die Feuerwehre nicht ein oder mehrere Male böswillig durch einen Feuermelder zum Ausrücken veranlaßt wird. Die Täter suchen sich in der Regel Feuermelder für ihr verwerfliches Treiben aus, die recht entlegen sind oder an Stellen stehen, die wenig beobachtet werden können. So wurde in der letzten Nacht die 4. Kompanie um 2 Uhr nach der Gartenstraße 74 gerufen. Als sie dort ankam, war der Täter schon verschwunden. Eine Stunde später erfolgte ein Alarm nach der Elberfelderstraße, wo ein Neubau in Flammen stand. Wie leicht kann es nun vorkommen, daß kurz hintereinander Alarme einlaufen und daß dann infolge solcher böswilligen Alarmierungen nach entfernten Stellen die Feuerwehre nicht sofort an der Brandstelle eintreffen kann. In der Elberfelderstraße hatte die Feuerwehre längere Zeit mit mehreren Schlauchleitungen Wasser zu geben. Der Dachstuhl des Neubaus ist vernichtet. Ferner hatte die 4. Kompanie in der Kolonnenstraße 113 zu tun. Dort stand ein Futterboden in Flammen. Der 16. Zug löschte den Brand mit einer Schlauchleitung. In der Kopenikusstraße 9 und an anderen Stellen mußten Gärtenbrände gelöscht werden.

Der Brand eines Zigarrenlagers alarmierte am Dienstag die Feuerwehre nach der Luisenstraße 88. Dort brannten Zigarrenlisten mit Inhalt u. a. Der Besitzer des Ladens hatte bei dem Bemühen, die Flammen zu löschen, Brandwunden erlitten, die ihm von Samaritern der Wehre verbunden wurden. Gleichzeitig hatte der 11. Zug an der Fontane-Promenade 3 zu tun, wo auf einer Treppe Papier, ein Korb u. a. brannten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer letzten Sitzung eine reichhaltige Tagesordnung von 29 Punkten vor sich, sie erledigte aber nur den Anfang derselben. Zur Beratung standen folgende drei Resolutionen des Staatsausschusses:

1. Den Magistrat zu eruchen, für das Etatsjahr 1908 die Einführung eines erhöhten Steuerfußes für den unbebauten und entpflanzte Ermäßigung für den bebauten Boden in Erwägung zu ziehen;

2. eine Vorlage für Einführung der Wertzuwachssteuer für 1908 zu machen;

3. die Einführung des Zuschlags zur Reichsbrausteuer als Gemeindesteuer in Erwägung zu ziehen.

Nach einer kurzen Begründung dieser drei Resolutionen durch den Berichterstatter des Ausschusses erklärte sich Stadtv. Kugnitz für Annahme der ersten Resolution. Die Verhältnisse Schönebergs machen die Annahme derselben notwendig. Der unbebaute Grundbesitz befindet sich in den Händen einer kleinen Anzahl reicher Leute, die der Stadt nicht das geringste Interesse entgegenbringen. Stadtv. Gottschall (Vb.) tritt ebenfalls für Annahme der Resolution ein. Auch Stadtv. Kötter (Soz.) erklärt, für die erste Resolution stimmen zu wollen. Die Resolution sorgt dafür, daß die erhöhten Steuern nur den tragfähigen Schultern auferlegt werden. Die Stadtv. Schneider und Schüler (Hausbesitzerfraktion) formen sich nicht für die Resolution erwärmen, sind aber für Einsetzung einer gemeinsamen Deputation mit dem Magistrat, um an eine Prüfung der Frage heranzugehen. — Beschlossen wird sodann, die erste Resolution einer gemischten Deputation zu überweisen.

Die zweite Resolution betreffend die Wertzuwachssteuer wird in längerer Aussprache vom Stadtv. Jöbel (Vb.) befürwortet. Redner weist nach, daß die Wertzuwachssteuer eine völlig gerechtfertigte ist. Stadtv. Schneider (Hausbesitzerfraktion) wendet sich energisch gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer; sie ist eine ungerechte Steuer, wie es keine zweite gibt. Seiner Meinung nach scheint es den Liberalen an Material für die im Herbst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen zu fehlen, deshalb beginnt man schon heute die Bürgerschaft auf die Haus- und Grundbesitzer zu hegen. Durch eine uferlose Sozialpolitik treibe man Schöneberg immer mehr in die Schuldenwirtschaft hinein und wolle dann die Hausbesitzer zur Tilgung dieser Schulden heranziehen. Woher kommt denn die Wertzuwachssteuer? Von den Sozialdemokraten! Das allein spreche schon dafür, daß man die vorliegende Resolution abzulehnen habe. Die Wertzuwachssteuer ist eine Programmforderung der Sozialdemokratie, man bewillige deshalb nicht eine Forderung, die uns dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat näher bringt. Der bürgerlichen Gesellschaft wird dann ein Stück nach dem anderen abgenommen werden.

Stadtv. Kugnitz ist für Einführung der Wertzuwachssteuer bei unbebauten Grundstücken. Die Einführung dieser Steuer bei bebauten Grundstücken würde das ganze Vaugewerbe zugrunde richten. Die Lage des Hausbesitzers ist keine glückliche, die noch verschlimmert werde durch die unlautere Konkurrenz im Vaugewerbe. Redner hofft, daß auch die Sozialdemokraten, wie ihre Genossen in Süddeutschland, für Ablehnung der Wertzuwachssteuer bei bebauten Grundstücken eintreten werden.

Stadtv. Dr. Morwitz hält es für einen Fehler, jetzt schon wieder zu der Wertzuwachssteuer Stellung zu nehmen, nachdem man vor Jahresfrist den Magistrat erucht habe, Erwägungen darüber anzustellen. Im übrigen ist Redner für Einführung der Wertzuwachssteuer, es könne dadurch die Umsatzsteuer ersetzt werden.

Stadtv. Lohausen ist der Meinung, daß man nicht zu prüfen habe, ob die Wertzuwachssteuer gut oder schlecht ist, sondern man muß sich fragen, kann diese Steuer in Schöneberg eingeführt werden oder nicht. Er könne die letztere Frage nur verneinen. Die Terrain speculation ist ein Segen für Schöneberg gewesen. Beim Charlottenburg und Wilmersdorf die Einführung dieser Steuer ablehnen und Schöneberg führe sie dennoch ein, so begehe Schöneberg einen finanziellen Selbstmord. Deshalb erucht er, die Wertzuwachssteuer ein für allemal abzulehnen.

Stadtv. Gottschall (Vb.) kann nicht zugeben, daß die Wertzuwachssteuer von den Sozialdemokraten stamme. Es sind bürgerliche Nationalökonom gewesen, die zuerst eine derartige Steuer gefordert haben. Sie ist die gerechteste Steuer, die man sich denken kann, denn sie richtet sich nur gegen diejenigen, die einen unbedienten Gewinn aus dem Grund und Boden ziehen wollen. Das beweist die große Gegnerenschaft der Terraingesellschaften.

Stadtv. Kötter (Soz.) hält es für überflüssig, sich darüber auseinanderzusetzen, wer der Erfinder der Wertzuwachssteuer ist. Die Sozialdemokratie würde dagegen sein, wenn wir eine allgemeine progressive Einkommensteuer hätten. Da dies aber nicht der Fall ist, halte er es für nötig, daß die Leute, denen auf Kosten der Allgemeinheit hohe, mühelose Gewinne zuzuehen, einen Teil der Allgemeinheit zurückgeben. Genau denselben Standpunkt vertreten auch die liberalen Sozialdemokraten, im Gegensatz zu den Ausführungen des Stadtv. Kugnitz. Der solide Hausbesitz werde keineswegs durch die Steuer getroffen. Zum Schluß wendet sich Redner gegen die Ausführungen des Stadtv. Schneider, der die uferlose Sozialpolitik Schönebergs für die Schuldenwirtschaft verantwortlich machen wolle. Es ist unerklärlich, wie man von einer uferlosen Sozialpolitik reden kann, während in Schöneberg doch erst der Anfang mit einer Sozialpolitik gemacht worden ist.

Nach einer langen Geschäftsordnungsbekanntmachung wird die Resolution sodann in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden vertagt. Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung des Stadtrates Seidig.

Rigdorf.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montag in der Berlinerstraße. Der Kutscher Oswald Langner fuhr mit einem Wagen die genannte Straße entlang und hatte unterwegs seinen elfjährigen Sohn zu sich auf den Kutschersitz genommen. Beim Einbiegen in eine Seitenstraße stieß nun das rechte Vorderrad des schweren Gefährtes so heftig gegen die Vorschwelle des Bürgersteiges, daß der kleine Langner das Gleichgewicht verlor und auf das Straßengpflaster stürzte. Er fiel so unglücklich, daß er mit beiden Beinen unter den Wagen geriet, dessen Räder ihm über beide Unterschenkel hinweggingen. Der Vater brachte seinen verunglückten Sohn, dem der rechte Unterschenkel total zerschmettert war, nach dem Birkow-Krankenhaus.

Steglich.

Gemeindewahlen! Die im März v. J. stattgefundenen Wahlen im ersten Bezirk, bei denen die Mieterkandidaten Hähnel und Penderwitz mit Hilfe der Hausbesitzer die Mandate der dritten Klasse erobert hatten, sind bekanntlich auf unsere Klage durch Urteil des Kreisgerichtes für ungültig erklärt worden. Der Gemeindevertreter Wirsbach ist verzogen und der Vertreter der zweiten Klasse, Kaufmann Gerde, ist verstorben. Diese Mandate sind neu zu besetzen und sind nunmehr die Wahltermine anberaumt. Der erste und zweite Bezirk der dritten Klasse wählen am Montag, den 22. April, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 6 bis 8 Uhr abends und zwar der erste Bezirk im „Albrechtshof“, der zweite Bezirk in der Turn-

halle des Gymnasiums. Der erste Bezirk wählt einen Mieter und einen Eigentümer, der zweite Bezirk einen Mieter. Die dritte Klasse wählt am Dienstag, den 23. April, nachmittags von 5-7 Uhr im Rathaus.

Parteienoffen! Durch die außergewöhnliche Festsetzung der Wahlzeit hat der Gemeindevorstand den bürgerlichen Wählern den Wahlakt recht schmachhaft gemacht. Die „besseren“ Wähler sind dadurch in der Lage, ihre Stimme zu einer Tageszeit abzugeben, in der sie nicht zu befürchten haben, mit Arbeitern im Wahllokal zusammenzutreffen, und „man“ erwartet dadurch offenbar eine stärkere Beteiligung. Die bürgerlichen kommunalen Vereine werden diesmal, wie verlautet, mit besonderem Eifer das Wahlgeschäft betreiben. Da heißt es denn auch für die Arbeiterschaft, die auf sich selbst angewiesen ist, alle Hebel anzusetzen, um unsere Wähler an die Urne zu bringen. Nur 14 Tage bleiben uns zur Agitation, die müssen gründlich ausgenutzt werden. Jeder muß seinen Mann stehen, wenn wir den ungleichen Kampf siegreich bestehen wollen. Im März vorigen Jahres fehlten uns nur drei Stimmen an der Majorität; am 22. April dieses Jahres müssen wir siegen!

Lichtenburg.

Der Eingruß gegen die Galtigkeit der Wahl in der zweiten Wahlklasse (2. Bezirk), der am Donnerstag in der Gemeindevertretung zur Verhandlung kommt, entbehrt nicht des allgemeinen Interesses. Bekanntlich war es der Herr Vordirektor Plötz, der gelegentlich eines Wahlrechtsantrages unserer Parteigenossen den treffsinnigen, von „Liberalismus“ diktierten Ausspruch tat: „Den Frauen das Kommunalwahlrecht geben, heißt das heutige Wahlrecht in ein Wahlrecht verwandeln!“ Nun haben aber die Freunde und Kassenossen nichts dagegen einzuwenden gehabt, daß eine leibhaftige Frau an dem Wählisch ersehen und laut und vernehmlich ihre Stimme abgab für — Herrn Direktor Plötz! Die Stimme dieser Frau Zimmermann geb. Müller ist gewissenhaft, wie bürgerliche Wahlvorstände nun einmal sind, gebucht und gezählt. Nur die Anhänger des Frauenstimmrechtes wollen hier eine „Gesehesverletzung“ finden. — Eine weitere Gesehesverletzung wollen die Einspruchserhebenden in dem Umfange ersehen, daß, obwohl die Zahlen in der Hauptliste mit den Zahlen in der Nebenliste nicht übereinstimmen, ein Vermerk über die Ursachen der Differenz oder diese selbst im Protokoll, trotz Verlangen der anwesenden Wähler nicht gemacht wurde. — Ob die Mehrheit der Gemeindevertretung diese offenbar Gesehesverletzungen als solche behandeln wird?

Zehndorf.

Zu überfüllter öffentlicher Versammlung sprach am Sonntag Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Jubel über das Thema: „Was haben die Frauen vom neuen Reichstag zu erwarten?“ Zunächst ging Redner auf die schamlos Kampfesweise des Reichstagsabgeordneten während des Wahlkampfes ein. Alsdann entwarf er ein Bild der elenden wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Insbesondere kennzeichnete der Referent die dem gegenwärtigen Zeitalter hochsprühende Gefühlsordnung, die die ländlichen Arbeiter zu Hörigen ihrer Dienstherrschaft mache. Nachdem Redner noch gezeigt, daß wir von dem jetzigen Reichstag nichts zu erwarten haben als neue Lasten, forderte er die Anwesenden, insbesondere die Frauen auf, sich zu organisieren und mit dem Manne gemeinsam für die Besserung ihrer Lage zu kämpfen. Der Vortrag fand großen Beifall. In der Diskussion ergänzte die Genossin Thiele die Ausführungen des Referenten und forderte die Frauen auf, den Kampf um Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft mit allen Kräften aufzunehmen. Als Vertrauensperson wurde Frau Fischer gewählt.

Reinickendorf.

Vom Arbeitswagen geschleudert und schwer verletzt wurde am Montagvormittag der Kutscher Ernst Wehn. Derselbe passierte mit einem Arbeitswagen die Plötzenstraße, als in der Nähe des Kreuzungspunktes dieser Straße mit dem Siegelwege die Pferde vor einem vorüberfahrenden Eisenbahnzuge scheuten und durcheinander. Während der tolen Jagd über Stock und Stein wurde Wehn, der die Gewalt über die dahinjagenden Tiere verloren hatte, vom Woge so heftig auf den Erdboden geschleudert, daß er einen Bruch des linken Oberschenkels und Verletzungen am Kopf und an den Händen erlitt. Nachdem ein herbeigerufener Arzt dem Verunglückten einen Notverband angelegt hatte, wurde er nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich vorgestern nachmittag auf der Dranienburger Chaussee. Dort spielten in der Nähe der Eisenbahnbrücke mehrere Kinder im Alter von 5 bis 7 Jahren, die sich damit beschäftigten, gefüllte Streichholzschachteln anzuzünden. Hierbei gerieten die Kleider der 6jährigen Tochter des Arbeiters Feinler aus der Residenzstraße in Brand, und im Nu glück die Kleine einer Feuerfäule. Der Feinler wüthte aus der Brunnenstraße, der zufällig auf einem Zweirade die Chaussee passierte, hatte den Vorfall bemerkt und eilte dem bebauerten Kinde, das sich in Schmerzen auf dem Erdboden wand, zu Hilfe. Er veranlaßte die Heberführung der 6. nach dem Krankenhaus, wo das Mädchen infolge der davongetragenen schweren Brandwunden in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Hohen-Schönhausen.

Bei der gestrigen Gemeindevwahl unterlagen unsere Kandidaten mit 53 Stimmen ihren Gegnern, auf welche 71 entfielen. Die ungünstige Wahlzeit hat, wie das vorausgesehen war, einem Teil der Arbeiter die Ausübung ihres Wahlrechts unmöglich gemacht. Wegen die Wahl ist Protest eingelegt worden.

Gerichts-Zeitung.

Die Offiziersfälle in der Friedrichstraße.

Gestern wurde der Prozeß gegen den Darlehensvermittler Ullig beendet. Ueber den der Anklage zugrunde liegenden Sachverhalt haben wir am 5. April berichtet. Der Staatsanwalt führte aus, daß der Angeklagte ein klar überlegender, klarsichtiger Mensch sei, der zur Zeit der Tat in strafrechtlicher Beziehung in jeder Weise verantwortlich gewesen und auch jetzt nicht gestraft, sondern nur hysterisch und nervös sei. Sein Hauptgeschäft sei die Geldhingabe an junge und leichtsinnige Offiziere gewesen, die aus empfindlichste geschädigt worden seien. Die glücklichsten von ihnen haben 1/4 der ihnen zustehenden Gelder erhalten, die meisten aber gar nichts. Bei der Abwicklung dieser Darlehensgeschäfte sei der Angeklagte in der empörendsten, gewissenlosesten Weise vorgegangen, das erbeutete Geld habe er mit seinem Komplizen Schneider geteilt und zum Teil verbubelt. Das Geschäft sei ein sehr blühendes gewesen und es sei nur auffällig, daß sich die Geschäftspraktiken der Firma Fritz Ullig u. Co. nicht schon früher in den interessierten Kreisen herumgesprochen hätten. Von den Offizieren sei ja dem Angeklagten die Sache leider sehr leicht gemacht worden. Er habe sich aber nicht gekümmert, auch ganz arme Leute um ihre Spargroschen zu bringen. Unter Auscheidung einiger Vertragsfälle beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten außer wegen Betruges in zahlreichen Fällen wegen dreier Urkundenfälschungen, einer verurteilten Urkundenfälschung, einer verurteilten Erpressung und wegen des Unternehmens der Verleitung zum Meineid zu verurteilen. Während die Urteile seien gänzlich ausgeschlossen. Der Angeklagte habe viele Leute schwer geschädigt und viele Existenzen ruiniert. Er sei nicht aus Not getrieben, sondern ein gut veranlagter Mensch mit einem ungewöhnlich guten Gedächtnis. Unter Berücksichtigung des hysterischen und nervösen Zustandes des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt 6 Jahre Zuchthaus und 8 Jahre Ehrverlust. Rechtsanw. Dr. Berthauer hielt aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen das Aufheben einer ganzen Reihe von Vertragsfällen, insbesondere aber auch der Fälle der Verleitung zum Mein-

Verband der Friseurgehülften Deutschlands

Zweigverein Berlin und Vororte.

Bureau: Rosenthalerstr. 57 u. Gormannstr. 28. Telefon: III, 1926. Geöffnet 9-12 vorm. u. 2-4 nachm.

In folgenden Geschäften werden Gehülften mit der Kontrollkarte (Arbeitsberechtigungskarte) beschäftigt. Diese dient als Ausweis, daß die Forderungen des Verbandes erfüllt werden. Die Karte ist nur gültig, wenn sie aufgeführt und obigen Titel trägt.

Centrum.

Nemig, Steinstr. 17.
Lorbeer, Gormannstr. 12.
Schmidt, Gipsstr. 32.

Norden.

Barbier- und Friseur-Gesellschaft
"Goran", Panstr. 32 d.
Leonhardt, Egerstr. 21.
Kees, Egerstr. 11.
Jacob, Egerstr. 2a.
Blitz, Egerstr. 6.
Wöhle, Kronprinzenstr. 5.
Hohmann, Prinzenallee 11.
Hübner, Prinzenallee 26.
Sander, Goldbierstr. 10.
Graf, Goldbierstr. 66.
Müller, Beckermannstr. 88.
Otto, Steintorstr. 32.
Kollberg, Grünhaldenstr. 11.
Wilmann, Kochstr. 46.
Lutz, Neue Kochstr. 16.
Schenk, Birkenstr. 19a.
Heinrich, Scheringstr. 12.
Krause, Kolbergerstr. 12/13.
Krause, Kolbergerstr. 30.
Engel, Gertrudstr. 19.
Reichardt, Gertrudstr. 44.
Gape, Gertrudstr. 80.
Karl, Beddingstr. 8.
Rat, Ankerplatz 18.
Höller, Ankerplatz 15.
Holtz, Reinickendorferstr. 61.
Tschirg, Neue Kochstr. 43.
Schwanefeld, Kochstr. 26.
Kerber, Lützowstr. 59.
Rehling, Lützowstr. 5.
Brandt, Müllerstr. 58.
Sefer, Müllerstr. 157.
Höber, Kempterstr. 52.
Kappe, Gartenstr. 54 (am Platz).
Müller, Gartenstr. 78.
Nantke, Tegelerstr. 49.
Kranke, Quittenstr. 18.
Kohr, Quittenstr. 45.
Lange, Liebenstr. 2.
Lorenz, Liebenstr. 9.
Lecop, Liebenstr. 34.
Schimming, Kottbusstr. 18.
Korbe, Streifenstr. 21.
Papenschuh, Lützenstr. 18.
Wirth, Brunnenstr. 32.
Lutz, Brunnenstr. 128.
Keller, Kaminstr. 18.
Dahle, Kaminstr. 33.
Wittkop, Kottbusstr. 8.
König, Kottbusstr. 2.
Reich, Kottbusstr. 19.
Hoffmann, Kottbusstr. 46.
Beccardi, Kottbusstr. 47a.
Beccardi, Kottbusstr. 41.
Baron, Kottbusstr. 21.
Hilf, Kottbusstr. 11.
Eiler, Kottbusstr. 7.
Reimann, Kottbusstr. 31.
Schulz, Kottbusstr. 34.
Hoffmann, Simeonsuferstr. 19.
Kegling, Simeonsuferstr. 74.
Epper, Kottbusstr. 18.
Dittmann, Simeonsuferstr. 11.
Wagner, Kottbusstr. 32.
Müller, Kottbusstr. 141.
Koebe, Kottbusstr. 12.
Koebe, Kottbusstr. 23.
Bundholz, Oberbergerstr. 31.
Mühl, Oberbergerstr. 56.
Gunge, Oberbergerstr. 28.
Rühmich, Oberbergerstr. 23.
Wortz, Oberbergerstr. 28.
Behner, Simeonsuferstr. 49.
Hertel, Simeonsuferstr. 23.
Schornel, Simeonsuferstr. 77.
Steinhilf, Simeonsuferstr. 45.
Hilf, Simeonsuferstr. 11.
Krieger, Seelowerstr. 12.
Dörmig, Simeonsuferstr. 153.
Domnig, Simeonsuferstr. 11.
Scholz, Simeonsuferstr. 58.
Hilf, Simeonsuferstr. 10.
Zahnmann, Simeonsuferstr. 122.
Hilf, Simeonsuferstr. 30.
Hilf, Simeonsuferstr. 45.
Dehmel, Simeonsuferstr. 39.
Dannert, Simeonsuferstr. 39.
Rege, Simeonsuferstr. 33.
Niedert, Simeonsuferstr. 87.
Hilf, Simeonsuferstr. 16/17.
Kroll, Simeonsuferstr. 74.
Wada, Simeonsuferstr. 1.
Wiedenhaus, Simeonsuferstr. 2.
Reyer, Simeonsuferstr. 2.

Osten.

Barbier- und Friseur-Gesellschaft
"Goran", Boxhagenstr. 43.
Schäfer, Boxhagenstr. 41.
Klein, Boxhagenstr. 26.
Kestel, Boxhagenstr. 63.
Kuchholz, Boxhagenstr. 3.
Habel, Boxhagenstr. 35.
Koch, Boxhagenstr. 14.
Reimer, Boxhagenstr. 75.
Jacob, Boxhagenstr. 27.
Koch, Boxhagenstr. 21.
Schmidt, Boxhagenstr. 4.
Riedemeier, Boxhagenstr. 11.
Willing, Boxhagenstr. 40.
Braun, Boxhagenstr. 3.
Fischer, Boxhagenstr. 16.
Gente, Boxhagenstr. 2.
Scholle, Boxhagenstr. 44.
Koch, Boxhagenstr. 73.
Koch, Boxhagenstr. 76.
Koch, Boxhagenstr. 80.
Koch, Boxhagenstr. 29b.
Koch, Boxhagenstr. 8.
Koch, Boxhagenstr. 4.
Koch, Boxhagenstr. 25.
Koch, Boxhagenstr. 6.
Koch, Boxhagenstr. 18.
Koch, Boxhagenstr. 7.
Koch, Boxhagenstr. 25.
Koch, Boxhagenstr. 43.
Koch, Boxhagenstr. 11.
Koch, Boxhagenstr. 45.
Koch, Boxhagenstr. 23.
Koch, Boxhagenstr. 9.
Koch, Boxhagenstr. 46.
Koch, Boxhagenstr. 47a.
Koch, Boxhagenstr. 80.
Koch, Boxhagenstr. 177.
Koch, Boxhagenstr. 17.
Koch, Boxhagenstr. 68a.
Koch, Boxhagenstr. 9.
Koch, Boxhagenstr. 19.

SO.

Barbier- und Friseur-Gesellschaft
"Goran", Seelowerstr. 65.
Hilf, Seelowerstr. 26.
Hilf, Seelowerstr. 5.
Hilf, Seelowerstr. 9.
Hilf, Seelowerstr. 71.
Koch, Seelowerstr. 75.
Koch, Seelowerstr. 91.
Koch, Seelowerstr. 106.
Koch, Seelowerstr. 3.
Koch, Seelowerstr. 11.
Koch, Seelowerstr. 26.
Koch, Seelowerstr. 16.
Koch, Seelowerstr. 8.
Koch, Seelowerstr. 27.
Koch, Seelowerstr. 41.
Koch, Seelowerstr. 32.
Koch, Seelowerstr. 12a.
Koch, Seelowerstr. 34.
Koch, Seelowerstr. 4.
Koch, Seelowerstr. 28.
Koch, Seelowerstr. 35.
Koch, Seelowerstr. 35.
Koch, Seelowerstr. 15.
Koch, Seelowerstr. 32.
Koch, Seelowerstr. 58b.
Koch, Seelowerstr. 64.
Koch, Seelowerstr. 18.
Koch, Seelowerstr. 50.
Koch, Seelowerstr. 141.
Koch, Seelowerstr. 88.
Koch, Seelowerstr. 155.
Koch, Seelowerstr. 4.
Koch, Seelowerstr. 96.
Koch, Seelowerstr. 13.
Koch, Seelowerstr. 48.
Koch, Seelowerstr. 155.
Koch, Seelowerstr. 18a.
Koch, Seelowerstr. 14.
Koch, Seelowerstr. 33.
Koch, Seelowerstr. 56.
Koch, Seelowerstr. 22.
Koch, Seelowerstr. 22.

Nordosten.

Scholle, Landwehrstr. 3.
Johann, Köpckestr. 41.
Schubert, Landwehrstr. 35.
Hilf, Landwehrstr. 30.
Hilf, Landwehrstr. 30.
Koch, Landwehrstr. 32.
Koch, Landwehrstr. 31.
Hilf, Landwehrstr. 10.
Hilf, Landwehrstr. 3.
Hilf, Landwehrstr. 38.
Hilf, Landwehrstr. 35.
Hilf, Landwehrstr. 7.
Hilf, Landwehrstr. 6.
Schupp, Landwehrstr. 6.

Nordwesten.

Hilf, Landwehrstr. 7.
Schubert, Landwehrstr. 73.
Schubert, Landwehrstr. 19.
Hilf, Landwehrstr. 24.
Hilf, Landwehrstr. 1.
Hilf, Landwehrstr. 42.
Hilf, Landwehrstr. 32.

S.

Koch, Seelowerstr. 9.
Koch, Seelowerstr. 33.
Koch, Seelowerstr. 29.
Koch, Seelowerstr. 10.
Koch, Seelowerstr. 77.
Koch, Seelowerstr. 24.
Koch, Seelowerstr. 51.
Koch, Seelowerstr. 59.
Koch, Seelowerstr. 42.
Koch, Seelowerstr. 14.
Koch, Seelowerstr. 104.
Koch, Seelowerstr. 7.
Koch, Seelowerstr. 100.

W.

Koch, Seelowerstr. 6.
Koch, Seelowerstr. 34.
Koch, Seelowerstr. 2.

Schöneberg.

Hilf, Seelowerstr. 1.
Hilf, Seelowerstr. 27.
Koch, Seelowerstr. 21.
Koch, Seelowerstr. 73.
Koch, Seelowerstr. 70.
Koch, Seelowerstr. 74.
Koch, Seelowerstr. 4.
Koch, Seelowerstr. 54.

Steglitz.

Steinert, Köpenickerstr. 54.
Groß-Lichterfelde-Ost.
Scheller, Köpenickerstr. 14.

Charlottenburg.

Hilf, Köpenickerstr. 60.
Koch, Köpenickerstr. 27.
Koch, Köpenickerstr. 5.
Koch, Köpenickerstr. 4.
Koch, Köpenickerstr. 14.
Koch, Köpenickerstr. 44.
Koch, Köpenickerstr. 67.
Koch, Köpenickerstr. 74.
Koch, Köpenickerstr. 3.
Koch, Köpenickerstr. 27.
Koch, Köpenickerstr. 9.

Weißensee.

Simon, Charlottenburgerstr. 95.
Koch, GutsMuths-Str. 19.
Koch, GutsMuths-Str. 24.
Koch, GutsMuths-Str. 4.
Koch, GutsMuths-Str. 28.
Koch, GutsMuths-Str. 2.

Reinickendorf.

Koch, GutsMuths-Str. 82.
Koch, GutsMuths-Str. 12/13.

Borsigwalde.

Koch, GutsMuths-Str. 22.

Pankow.

Hilf, Köpenickerstr. 71.
Schulz, Köpenickerstr. 71.

Rummelsburg-Stralau.

Koch, GutsMuths-Str. 17.
Koch, GutsMuths-Str. 6.
Koch, GutsMuths-Str. 22.
Koch, GutsMuths-Str. 46.
Koch, GutsMuths-Str. 3.
Koch, GutsMuths-Str. 7.
Koch, GutsMuths-Str. 14.

Treptow.

Koch, GutsMuths-Str. 37.
Koch, GutsMuths-Str. 2.
Koch, GutsMuths-Str. 12.
Koch, GutsMuths-Str. 73.
Koch, GutsMuths-Str. 100.
Koch, GutsMuths-Str. 183.

Köpenick.

Koch, GutsMuths-Str. 17.
Koch, GutsMuths-Str. 71.
Koch, GutsMuths-Str. 15.
Koch, GutsMuths-Str. 24.
Koch, GutsMuths-Str. 5.
Koch, GutsMuths-Str. 27.
Koch, GutsMuths-Str. 2.
Koch, GutsMuths-Str. 2.
Koch, GutsMuths-Str. 2.

Adlershof.

Koch, GutsMuths-Str. 17.
Koch, GutsMuths-Str. 50/51.
Koch, GutsMuths-Str. 7.
Koch, GutsMuths-Str. 53.
Koch, GutsMuths-Str. 2.

Rixdorf.

Koch, GutsMuths-Str. 47.
Koch, GutsMuths-Str. 44.
Koch, GutsMuths-Str. 91.
Koch, GutsMuths-Str. 30.
Koch, GutsMuths-Str. 99.
Koch, GutsMuths-Str. 75.
Koch, GutsMuths-Str. 8.
Koch, GutsMuths-Str. 18.
Koch, GutsMuths-Str. 77.
Koch, GutsMuths-Str. 91.
Koch, GutsMuths-Str. 54.
Koch, GutsMuths-Str. 61.
Koch, GutsMuths-Str. 28.
Koch, GutsMuths-Str. 11.
Koch, GutsMuths-Str. 205.
Koch, GutsMuths-Str. 20.
Koch, GutsMuths-Str. 5.
Koch, GutsMuths-Str. 7.
Koch, GutsMuths-Str. 31.
Koch, GutsMuths-Str. 22.
Koch, GutsMuths-Str. 77.
Koch, GutsMuths-Str. 35.
Koch, GutsMuths-Str. 26.
Koch, GutsMuths-Str. 41.
Koch, GutsMuths-Str. 207.
Koch, GutsMuths-Str. 27.
Koch, GutsMuths-Str. 6.
Koch, GutsMuths-Str. 3.
Koch, GutsMuths-Str. 1.
Koch, GutsMuths-Str. 33.
Koch, GutsMuths-Str. 89.
Koch, GutsMuths-Str. 20.
Koch, GutsMuths-Str. 24.
Koch, GutsMuths-Str. 5.
Koch, GutsMuths-Str. 32.
Koch, GutsMuths-Str. 3.
Koch, GutsMuths-Str. 6.

Friedrichshagen.

Hilf, Köpenickerstr. 6.

Wegen Differenzen etc.

Koch, GutsMuths-Str. 112.
Koch, GutsMuths-Str. 2.
Koch, GutsMuths-Str. 62.
Koch, GutsMuths-Str. 43.



Hochmoderne, tadellose

Mass-Arbeit

aus erstklassigen deutschen u. englischen Erzeugnissen

mässigen Preisen

Sauberste Ausführung
Kleidsamste Fassons

Umfangreichste Betriebe.

Wegen grossen Andranges

wird das geehrte Publikum gebeten, die Mass-Aufträge möglichst frühzeitig aufzugeben, damit den bestimmt zu erwartenden gewaltigen Dimensionen zum Pfingstfeste vorgebeugt wird.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24a-25 • II Brückenstrasse II

Gr. Frankfurterstr. 20

Der Hauptkatalog Nr. 81 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Achtung!

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschluß beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

Osten:

Sachs, Große Frankfurterstr. 132.

Norden:

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.
Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.
Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Süden:

Edders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.
Schulmeister, Dresdenerstr. 4.
Karl Stier, Dranienstr. 166.

Westen:

Kaplan, Friedrichstr. 1.
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.
Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.
Landsberger, Friedrichstr. 108.
Thiery u. Sigrand, Friedrichstr. 173.
Vandsburger, Friedrichstr. 7.
Vandsburger, Turmstr. 30.
Edders u. Dyckhoff, am Dönhofsplatz.

Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan Edders, Kaiser Wilhelmstr. 41.
Riehmüller, Kolonnenmarkt.

Warenhäuser:

Max Mannheim, Frankfurter Allee 112.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands
Filiale Berlin, Engel-Ufer 21, parterre.

130/06

Jedermann verlange gratis und franko:
Schriftenverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Verleih-Institut
Friedrichstr. 115 I, a. Drabg.
Vor. Weg. Kranz, Gebrode
1,50, Hofe 1,00, Wette 50 Pf.

Steppdecken
billigt direkt in der
Fabrik
72, Wallstr. 72.
Wo auch alte Steppdecken ausgearbeitet
werden. Bernhard Strohmundel,
Berlin Ks. 3. Markt. Katalog gratis.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
Ritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hervorragender Violinvirtuos
(Solo-Geiger)
nimmt vom 1. April d. J. noch
Schüler auf gegen ein Honorar von
drei Mark pro Session. Vor- und
Ansbildung zur künstlerischen Ge-
fällige Offerten erbeten unter Z. 2
an die Expedition des "Vorwärts".

Haus der Frauenbewegung.

Wer nicht arbeitet...

Hell spiegelt sich die Sonne in den Fenstern des Schlosses. Auf hohem Berge gelegen genötigt es einen weiten Blick über das Land. Hinter dem umgrenzten Walde, tief in der Ebene, steigen aus einem Wald von Fabrikschloten schmutzige Wolken von Rauch auf. Es ist Mittagszeit. Aus den Türen streben hunderte, tausende Menschen. Silbenden Schritten wenden sie sich ihren Wohnungen zu. Raucherhöfen, einfarbige Steinblöcke, auch Holzbaracken, nehmen die Wälder auf. Vielfach sieht man auch Frauen, junge und alte, von Kindern begleitet, mit dem Eimerträger an der Hand, auf dem Wege zur Fabrik. Mancher der Lohnsklaven hat nicht Zeit, das Mittagmahl zu Hause einzunehmen. Im Vordergrund des Schlosses, auf halber Anhöhe, ist ein Trupp Arbeiter beschäftigt einen Bau aufzuführen. An einem Fenster des Schlosses steht die Fabrikherrin. Sinnend schaut sie hinaus auf den Ameisenhaufen von Menschen. Geschäftige Hände legen Stein auf Stein. Sie bauen eine Kapelle. Eine Kapelle

für die Herrin; erbaut zu dem Zweck — darin ihre Vermählung stattfinden zu lassen. Sie ist fletsch fromm gewesen. Und hochgeehrt wegen ihrer Kirchenspenden. Ein Gebetbuch liegt ihr zur Seite. Sie schlägt es auf. — „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ — Mit leisem Stürzen legt sie das Buch zur Seite. — Doch die Gedanken lassen sich nicht so schnell bannen. Was hat sie denn schon geleistet im Leben? Ist sie jemandem nützlich gewesen? War es ihr Verdienst, daß sie große Summen zu „kommen Zwecken“ ausstreuen konnte? Hatte das nicht die schweißige Hand erarbeitet? Fort mit den Gedanken! Sie ist doch Herrin — durch die Gott gewollte Ordnung. Die Klagen der Arbeiter um höheren Lohn sind ungehört verhallt. Es sind sogar wieder Wägen gemacht worden. Aber man kann ja mal wieder wohlthätig sein... Und erneut erschallt das Lob der hochherzigen, humanen Arbeitgeberin! In einer niederen dampfenen Hütte, dort in der schmutzigen, luftverwöhnten Tiefe sitzt ein junges Mädchen. Aus blauen, verhängten Jalousien blicken ein paar müde Augen. Weisnäher liegt auf dem Tisch. Widerwillig hat sie die fleischigen Hände ruhen lassen. Ein trockner Husten entwidet sich der schmerzenden Brust. Aber sie darf nicht kram sein. Sie ist die Ernährerin einer gelähmten Mutter und jüngerer Geschwister. Der Tagesverdienst reicht aus, Hebräutenden für eine Wohltat. Und die holde Fee im Schloß war so gültig

die einen Teil der Ausstattung in Arbeit zu geben. Sie greift wieder zur Nadel, und näht und hustet. Das Direktorium der Fabrik unterbreitet dem Schloßfräulein den Jahresabschluss. Zwanzig Millionen Mark Reingewinn ist ihr Verdienst! Am Hochzeitsmorgen, als sich der impotente Zug auf dem Wege zur Kapelle bewegte, schlangelte sich durch das Tal ein stiller Leichenzug zum Friedhof hin. Sie die nicht arbeitet, umgeben von Gold und Glanz und Heberflut, kommt sich ihres Glückes, die fleißige Arbeiterin sinkt ins Grab...

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Zehlendorf, Mittwoch, den 10. April, 8 1/2 Uhr, bei Nied, Karlstraße 12. Vortrag des Genossen Schubert.

Eingegangene Druckschriften.

Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe. Heft 5. Vierteljahr 6 Nr. Verlag: C. Neumann, Berlin W. 30. Der Kammwärt. Rundschau über Dichtung, Theater, Musik. Herausgeber: A. Neumann, Verlag von Georg D. W. Callwey in München. Geschäftsbericht der Allgemeinen Arbeitervereinsvereine zu Frankfurt a. M. für das Jahr 1906. 32 Seiten. Union-Druckerei Frankfurt a. M.

In neuer Auflage

Die Zukunft der Sozialdemokratie von J. Dietzen mit einem Vorwort und Nachtrag. Preis 30 Pf. Bessere Ausgabe 50 Pf.

Sozialdemokratische Philosophie. Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. Eine abermalige Kritik der reinen und praktischen Vernunft von Josef Dietzen. Mit einem Vorwort von Anton Pannekoek. Preis 1,50 M. Gebunden 2 M.

Religion der Sozialdemokratie. Die Streitzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie. Mit einem Anhang: Max Stirner und Josef Dietzen von Eugen Dietzen. Preis 30 Pf. Bessere Ausgabe 50 Pf.

Das Acquisit der Philosophie und Briefe über Logik. Speziell demokratisch-proletarische Logik. Zweite Auflage. Preis 1,50 M. Gebunden 2 M.

Kleinere philosophische Schriften. Eine Auswahl. Gebunden 2,50 M.

Expedition des „Vorwärts“ Lindenstraße 69, Laden. 233/13

Polologlow - Zigaretten sind in Geschmack und Qualität unerreicht! Das Stück 3 bis 10 Pfennige. Ueberall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Glück machen. Ordentlichen, nächsten Schloßern, Monteuren usw. geben wir schon bei geringer Anzahlung Motorwagen wodurch sie ein glänzendes Einkommen erzielen, besonders da jetzt die Fahrpreise um 1/3 erhöht ist. 175/15

Teilzahlung monatlich 10 M. liebre Herron-Garderober nach Maß (billigste Preise). J. Tomporowski, Lindenstr. 110, 2. Etage. Nähe Belleallianceplatz. Raffe 10% billiger.

Kein Laden. Brennabor. Bestehtes Teilzahlungs-Geschäft für Räder. Günstigste Bedingungen. BERLIN SO., Louis Barth, Brückengr. 10a pt.

Riesengewinn jedermann durch Verkauf photographischer Kunst an Privats. Aufnahmen „Brandt“, Wallstraße 2.

Schwarzer Adler. Jeden Sonntag im Königssaal: Großer Ball. Jeden Mittwoch: Willy Walde-Sänger. Gebr. Arnold.

Konsum-Genossenschaft haben noch Geschäftsguthaben abzuholen: 494 Weber, 623 Köhler, 815 Kioninger, 1011 Schramm, 1141 Pflanzberg, 1245 Löffel, 1300 Döhning, 1520 Kalbe, 1542 Gerull, 1623 Stating, 1628 Freidreier, 1727 Käst, 1735 Rente, 2031 Schäffe, 2119 Dehne, 2202 Kuchbach, 2257 Demig, 2261 Brenng, 2272 Gled, 2281 Weigert, 2707 Wehrndt, 2928 Reindert, 2944 Rubland, 2955 Schneider, 3030 Wippl, 3180 Augustin, 3320 Recklaff, 3462 Gorenz, 3468 Feiler, 4040 Kumpf, 4185 Denschte, 4260 Ehrentraut, 4017 Lippa. Sollten die Geschäftskonten bis zum 23. April 1907 nicht abgehoben sein, so verfallen sie auf Grund § 9 Absatz 2 unseres Statuts dem Referendum der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Max Nengel, Tubastr. 106/107

2. Ziehung 4. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. April 1907, vormittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers. Includes sub-sections for 100,000 M, 50,000 M, 25,000 M, 10,000 M, 5,000 M, 2,500 M, 1,000 M, 500 M, 250 M, 100 M, 50 M, 25 M, 10 M, 5 M, 2 M, 1 M prizes.

2. Ziehung 4. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. April 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers. Includes sub-sections for 100,000 M, 50,000 M, 25,000 M, 10,000 M, 5,000 M, 2,500 M, 1,000 M, 500 M, 250 M, 100 M, 50 M, 25 M, 10 M, 5 M, 2 M, 1 M prizes.

2. Ziehung 4. Kl. 216. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 4. April 1907, nachmittags. Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers. Includes sub-sections for 100,000 M, 50,000 M, 25,000 M, 10,000 M, 5,000 M, 2,500 M, 1,000 M, 500 M, 250 M, 100 M, 50 M, 25 M, 10 M, 5 M, 2 M, 1 M prizes.

